

READER

ZUSAMMENGESTELLT VON ANTIFA FRIEDRICHSHAIN
DOWNLOAD > DANEBEN.BLOGSPORT.DE

Hellersdorf > twitter.com/AntiRa_Info_MH
www.hellersdorfhilft.wordpress.com
Bündnis gegen Lager > bglbb.blogsport.de
asylstrikeberlin.wordpress.com
fluechtlingsrat-berlin.de
fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.willkommen-im-westend.de
www.willkommen-in-reinickendorf.de
www.multitude-berlin.de

AUGUST 2013

Flüchtlinge in Berlin

Heime, Lager, Unterbringung?

Berichte, Analysen, Konzepte, Dokumente
Fakten gegen Rassismus!



Deconstruct Now! Abrissbirne für Hellersdorf (?)

Verfasst von: Dekonstruktion Ost. Verfasst am: 15.08.2013

Die rassistische „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" macht gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft mobil und ist dabei eng verzahnt mit Neonazis, NPD und NW Berlin. Der erste Artikel der Gruppe „Dekonstruktion Ost" erarbeitet Analyseperspektiven zu den Spezifika der Situation und leitet daraus eine politische Stellungnahme zu den Geschehnissen ab. Wo der deutsche Mob sich Online-Pogrome und Flash-Mob-Attacken herbeiwünscht, gibt es keinen Frieden mit Volk und Nation.

Am Anfang stand die NPD

Anfang Juli tauchten im Kiez um die Carola-Neher-Straße Plakate im Stadtbild auf, die sich auf die Einrichtung einer Notunterkunft für Asylbewerber_innen in dem ehemaligen Max-Reinhardt-Gymnasium bezog. Ausgegeben wurde dieses Plakat von der bis dahin unbekannten Bürgerinitiative Marzahn / Hellersdorf, die im V.i.S.d.P. den Namen Thomas Crull führte, der 2011 zur Abgeordnetenhauswahl für die NPD kandidierte. Die Lesart der Plakate gab sich zu dem Zeitpunkt auch formulierungsgleich mit Punkten aus dem NPD-Wahlprogramm und transportierte offene rassistische Hetze. So die Forderung nach Abschiebung von „kriminellen Ausländern und Asylanten" und die Zuschreibung von „Müll, Kriminalität und Lärm" gegenüber Unterkünften von Asylsuchenden sowie die (vermeintliche) Diskreditierung von Asylbewerber_innen als „Wirtschaftsflüchtlinge".

Mit Verbreitung der Plakate wurden auch antifaschistische Initiativen in Marzahn-Hellersdorf auf die Bürgerinitiative aufmerksam und thematisierten ihr Wirken nachfolgend medial. Parallel dazu wurde eine Facebook-Seite unter dem Label der BMH gegründet, angeblich um Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform für ihre Sorgen und Ängste zu geben. Federführend auf dieser Plattform waren zu dem Zeitpunkt Berliner Neonazis aus dem Spektrum des Nationalen Widerstands (NW Berlin) und der NPD. Während Thomas Crull als presserechtlicher Vertreter der Publikationen fungierte, begab sich Matthias Wichmann, langjähriger Aktivist der JN, der NPD und Schützling von Andreas Storr, in seiner Funktion als BVV-Verordneter für die NPD auf Klinkenputz-Tour durch den Kiez, um Anwohner_innen persönlich für die Sache zu gewinnen. Die Plakate wurden unter anderem durch den NW-Aktivist und –Laufburschen Lars Niendorf aus Marzahn an Haushalte und eine Lokalzeitung verteilt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss sich auch der bis dato unbekannte André Kiebis, der später als zentrale Figur in Organisation und Kommunikation fungierte, in die Strukturen der BMH eingearbeitet haben. André Kiebis ist ehemaliger IT-Kaufmann und agierte bisher nicht offen in der neonazistischen Subkultur. Nach einem Artikel der Berliner Zeitung[1], der auch die Beobachtung der BMH durch Verfassungsschutz thematisierte, wechselte die Aufmachung und die inhaltliche Positionierung ihrer Seite. Es ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt André Kiebis seine Rolle als Strohmann für den neonazistischen Hintergrund der BMH übernahm. Das Verschwinden der Berliner Neonazis als Kommentator_innen und Organisator_innen auf der Plattform lässt vermuten, dass zugunsten der bürgerlichen Fassade und der Anschlussfähigkeit für rechtsoffene und rassistische Bürger_innen ein strategischer Rückzug aus der Öffentlichkeit durch die Neonazis stattfand.

Der „Braune Dienstag"[2]

Die BMH mobilisierte weiterhin zu einer von Bezirk und Land Berlin ausgerichteten Informationsveranstaltung am 09. Juli 2013. In ihrer inhaltlichen Positionierung gab sie sich argumentativ nun weiter gefasst. Jedes Argument, das gegen eine Eröffnung des Heimes sprach wurde genutzt. Neue Qualität dabei war auch die angebliche Sorge um das Wohl der Geflüchteten und der Bezug auf die deutsche Rolle in weltweiten Migrationsbewegungen. Stil, Rechtschreibung und Argumente deuten auf geschulte Neonazi-Kader_innen hin. Auch logistisch war der Einfluss organisierter und finanzkräftiger Strukturen bemerkbar: so wurden „Nein zum Heim"-T-Shirts an interessierte Bürger_innen zur Verfügung gestellt. „Nein zum Heim" wurde im Folgenden zum anschlussfähigen Slogan der BMH aufgebaut, auch durch ein Transparent an einer Brücke und entsprechenden Postings auf der Facebook-Seite. Antifaschist_innen wirkten der Aktivität der BMH entgegen und sorgten dafür, dass Plakate und Transparente nur wenige Stunden im Stadtbild auftauchten. Die Polizei wirkte einem öffentlich geplanten Aktionstag zum Aufhängen von „Nein zum Heim"-Schildern an der geplanten Unterkunft entgegen und verteilte auch für Anwohner_innen Platzverweise. Die Lehre der BMH daraus war, sich in Zukunft nur noch konspirativ zu Aktionen zu verabreden, eine öffentliche Mobilisierung blieb für einige Zeit nach diesem Scheitern aus.

Am Dienstag, den 9. Juli 2013, fand um 18 Uhr auf einem großen Hof die schon vorher angesprochene Informationsveranstaltung unter freiem Himmel statt. Über 800 Menschen fanden sich auf der für 400 Besucher_innen ausgelegten Veranstaltung ein, unter ihnen viele Medienvertreter_innen und einige Refugees vom Protestcamp am Oranienplatz. Schon frühzeitig wurde klar, das die Berliner Polizei auch stadtbekannte Neonazis ohne Kontrolle auf das Gelände lies. Beratungsangebote gegenüber dem Bezirk durch die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus", um diese Neonazis zu erkennen und der Veranstaltung zu verweisen, wurden durch die Offiziellen abgewiesen. So konnten sich weitgehend ungehindert Sebastian Schmidtke (NPD Berlin) und Maria Fank (RNF Berlin) zur Thematik äußern, während Christian Bentz und andere Aktivist_innen von NW Berlin solidarische Menschen durch Porträt-Aufnahmen und körperliche Gewalt abschreckten. Anwesend war zudem Julian Beyer, Lars Niendorf, David Gudra, Stephan Alex, Robert Scheffel und Steffen Peplow.[3] Aber nicht nur die aktive Generation von Neonazis zog das Thema an, sondern auch alte Bekannte. So hatte sich auch Daniela Fröhlich an der „Wortergreifungsstrategie" der Neonazis beteiligt. Daniela Fröhlich war seit Mitte der 90er zusammen mit ihrem Bruder Matthias die Führungsebene der Kameradschaft Mahlsdorf, die zeitweise täglich Angriffe auf vermeintliche politische Gegner_innen und Menschen, die ihrem neonazistischen Weltbild nicht entsprachen, verübten.[4] Außerdem war sie grundlegend eingebunden in den Aufbau einer Berliner Anti-Antifa-Struktur und zog sich dann aufgrund einer Schwangerschaft und dem gestiegenen Fahndungsdruck aus dem politischen Alltag zurück. Nun scheint sie, zusammen mit anderen ehemals aktiven Neonazis, ein lohnenswertes Ziel ihrer wiederauflebenden politischen Aktivität gefunden zu haben. Die anwesenden Neonazis waren aber selbst überrascht von der Aktivität, die der rassistische Bürger_innen-Mob entwickelte. Selig grinsend über die Lautstärke der „Nein zum Heim"-



„Besorgte AnwohnerInnen" 20.08.2013

Rufe, maßgeblich initiiert durch André Kiebis, applaudierten sie johlend. Rassistische Zwischenrufe, Beleidigung gegenüber vermeintlichen Gegner_innen und körperliche Übergriffe gingen zum Großteil von Anwohner_innen aus. Solidarische Menschen hatten schon zu Beginn der Veranstaltung das Gefühl, nicht unbeschadet den Schulhof verlassen und sich sicher durch den Kiez bewegen zu können. Die Stimmung, die der deutsche Mob erzeugte, lässt Befürchtungen für die Zukunft der Geflüchteten in der Unterkunft aufkommen. Der Hass, der sich an diesem Tag seine Bahnen brach, darf sich in keinem Fall im Alltagsleben der Geflüchteten bemerkbar machen. Eine starke antirassistische Zivilgesellschaft muss hier den Part übernehmen, den der Staat nicht übernehmen kann oder will: Schutz auf allen Ebenen. Nach der Veranstaltung sammelten sich ca. 15 Neonazis hinter einem NPD-Transparent auf einer von Sebastian Schmidtke angemeldeten Kundgebung. Weitere ca. 40 Neonazis standen direkt am Ausgang des Veranstaltungsgeländes und versuchten vermeintliche politische Gegner_innen zu dokumentieren und einzuschüchtern. Anwesende Antifaschist_innen schufen spontan mit einer Demonstration durch den Kiez einen Schutzraum für solidarische Besucher_innen der Veranstaltung und setzten so unmittelbar nach der desaströsen Veranstaltung ein kraftvolles, wütendes und entschlossenes Zeichen gegen Rassismus und Nazis.

Dennoch: das fatale Scheitern der staatlichen Vertreter_innen an diesem Tag ist haarsträubend. Dort, wo die Polizei keine Präsenz gegenüber Neonazis zeigt, wo sich Bürgermeister und Bezirkspolitiker_innen beratungsresistent gegenüber Hilfsangeboten von Antifaschist_innen zeigten, wo im Nachgang durch Bezirk und Stadt das Scheitern der Veranstaltung auf einen Links-Rechts-Konflikt konstruiert wird, wo eine rassistische Grundhaltung der Anwohner_innen verleugnet wird und sie als bemitleidenswerte instrumentalisierte Opfer dargestellt werden: dort bleibt nur zu konstatieren, dass rassistische Weltbilder nicht nur in der Mitte der Gesellschaft existieren, sondern auch institutionalisierte Formen durch den Schutz von Täter_innen in Hellersdorf angenommen haben. Das ist kein Konflikt zwischen Links und Rechts, sondern ein Konflikt zwischen Menschlichkeit und Rassismus!

Medialer Aufschrei und NPD-Pleiten

Der mediale Aufschrei nach der Veranstaltung katapultierte Hellersdorf in die bundesweiten Medien. Politiker_innen aller Parteien leisteten Lippenbekenntnisse, während die Neonazis ihren vermeintlichen Erfolg mit einer Kundgebungstour durch Berlin nur wenige Tage später feiern wollten. Die starke antifaschistische Mobilisierung führte besonders in Hellersdorf für die Tour der NPD am 13. Juli 2013 zu einem Desaster, statt Bürger_innen holten sie sich nur faule Eier und Gemüse ab.[5] Währenddessen arbeitete die BMH an einer parallelen Organisationstruktur mit den neu für die Sache gewonnen Anwohner_innen, die sich über Facebook meldeten. Konspirativ wurde so ein Aktionsnetzwerk aufgebaut, das auch bei einer drohenden Abschaltung der Seite funktionieren sollte. Erste Testläufe machte man mit anschlussfähigen Kleinstaktionen im legalen Rahmen: Anwohner_innen sollten mit durch die BMH verteilte Kreide „Nein zum Heim“ und andere Sprüche auf die Straße bringen. Sorgfältig dokumentiere man jede Schmiererei. Antifaschist_innen reagierten schnell und putzten noch in denselben Nächten die Straße und hinterließen „Rassismus tötet“-Zeichnungen. Auch die Polizei sah sich aufgrund des medialen Drucks zu Handlungen veranlasst und beseitigte einzelne Schmierereien mit Hilfe der Feuerwehr. Während des tagelangen Hin- und Hers verschärfte sich der Inhalt der Kreideschmierereien der BMH und ihres Umfeldes massiv: bald kamen Forderungen wie „Schutz der Familie“, „Erst wir, dann der Rest der Welt“, die sozial-chauvinistische und rassistische Zuschreibung „Assylanten“ und weitere Sprüche, die die kollektive (deutsche) Identität der im Kiez lebenden Bevölkerung betonte und im Gegenzug dazu das Feindbild der „Fremden“ produzierten. Neben einer Kreidezeichnung fand sich auch ein Hakenkreuz.

Das Ende der Kreidezeit

Am 27. Juli wurde deshalb von dem Netzwerk Solidarität, Hellersdorf Hilft Asylbewerbern, Antifaschist_innen und weiteren Aktivist_innen zu einem Kiezspaziergang unter dem Motto „Ende der Kreidezeit“ aufgerufen. Über 70 Leute zogen bunt durch den Kiez und entfernten 50 Kreideschmierereien und verteilten Flugblätter.[6] Schon zum Auftakt der Aktion versuchte André Kiebis durch abfotografieren von Aktivist_innen die Veranstaltung zu stören, was durch engagierte Antifaschist_innen verhindert werden konnte. Die Berliner Polizei versuchte mehrmals, den Spaziergang mit repressiven Maßnahmen zu kriminalisieren und trug damit ihren Teil zur Konstruktion eines Links-Rechts-Konfliktes bei. Im Nachgang der Aktion wurde auf der Seite der BMH Daten von vermeintlichen politischen Gegner_innen zusammen mit einem Foto, das André Kiebis angefertigt hat, veröffentlicht. Die Art und Weise deutet stark auf die vergangenen Veröffentlichungen von NW Berlin hin, sodass eine Verbindung zu Anti-Antifa-Strukturen, durch die starke Aktivität von Christian Bentz wohl zum Umkreis der Lichtenberger NW-Nazis um die Lückstr. 58, angenommen werden kann. Das abstrakte Zusammenwirken von Polizei und Neonazis durch die Einschüchterung und Aufnahme von Personalien von Aktivist_innen wird umso bedrohlicher, als dass die BMH verlauten lässt, eine_n Polizeibeamt_in in ihrer Reihe zu haben.

André Kiebis and Friends – Drohungen und Anti-Antifa

Bereits vorher wurden durch André Kiebis und Neonazis im Umfeld der BMH schon Politiker_innen, Journalist_innen und Amtsträger_innen mit dem Veröffentlichen von Daten und dem Aufruf zur massenweisen Anzeige durch BMH-Mitglieder bedroht. Damit sollte der Rückzug der einzelnen Personen aus der öffentlichen Debatte erwirkt werden, um den Neonazis der BMH das Feld zu überlassen. Das setze sich im weiteren Verlauf fort: so wurde am 5. August 2013 der Radio-Moderator Hendrik Schröder in seiner Sendung „Blue Moon“[7] öffentlich von einem „Lars“ bedroht, nachdem er ihn auf seinen falschen Namen hingewiesen und nach seinen Verbindungen zur NPD gefragt hat. Aufmerksamen Zuhörer_innen ist aufgefallen, dass Lars wohl André Kiebis war, dessen Name zu diesem Zeitpunkt schon durch ein Plakat engagierter Anwohner_innen der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Die Bedrohungen reißen nicht ab, werden nur extremer: Aktivst_innen wurden inzwischen sogar mit Tod durch das BMH-Umfeld bedroht und sexistisch attackiert.

Nach dem Kiezspaziergang kam es nur noch vereinzelt zu Kreideschmierereien, dafür mit deutlich neonazistischem Inhalt wie „88 ist unser Leben“ und „NSDAP / NPD“. Auch wurde aus der frustrierenden Erfahrung des engagierten Entfernens der rassistischen Parolen immer häufiger zur Sprühdose gegriffen und „Nein zum Heim“-Schablonen erstellt. Auch online veränderte sich die Stimmung erneut. Während nach dem Outing[8] seiner Personendaten André Kiebis für einigen Stunden komplett aus dem Netz verschwand und dann unter neuem Namen kommentierte, fanden auch wieder neonazistische Kader_innen wie Maria Fank ihren Weg auf die Plattform und kommentierten die Einträge der BMH. Dabei sind sie aber nur ein Teil des übergreifenden rassistischen Konsenses der ca. 150 mit der BMH-Facebook-Seite vernetzten und regelmäßig aktiven tatsächlichen Anwohner_innen. Nicht nur die Selbstbeschreibung der BMH, sondern auch Kenntnisse und Veröffentlichung interner Informationen lassen darauf weiterhin schließen, dass ein_e Mitarbeiter_in des Bezirksamts aktiv versucht, zumindest durch Informationsweitergabe den Umbau der geplanten Unterkunft zu verhindern.

Auch überbezirkliche Kontinuitäten zu anderen vermeintlich bürgerlichen Initiativen gegen Unterkünfte lassen sich erkennen. Rechtsanwalt Jens-Georg Morgenstern ist sowohl für die Unterkunfts-Gegner_innen in Reinickendorf als auch neuerdings in Hellersdorf aktiv. Privat und Beruflich ist der Rockabilly-Fan durchaus auf einer Linie mit seinen Mandanten: während er auf seinem Facebook-Profil den Gründer des Ku-Klux-Klans liked, argumentiert er juristisch mit rassistischen Argumenten wie „Seuchengefahr“.[9] Inzwischen dürfte allerdings auch seine Sozietät „Streifler & Kollegen“ mitbekommen haben, dass Morgenstern keine Bereicherung für die Kanzlei ist. Das Engagement eines so skandalträchtigen Anwalts lässt zudem auch die Fassade der Bürger_innen in Reinickendorf bröckeln.

Fernsehinterviews und Demonstrationen als Flash-Mobs?

Das Mobilisierungspotential der BMH in den nicht-digitalen Raum hinein beläuft sich kurzfristig auf ungefähr 40 Personen, von denen einige enge Kontakte zu den Neonazis von NW Berlin, so z.B. Julian Beyer, haben. Dieses Umfeld der BMH agierte kurzfristig auf eine Anfrage des ARD Morgenmagazins und stellte jüngst einen Teil einer konspirativ organisierten, angeblich spontanen Demonstration, um die Deutungshoheit über den politischen Stand der Anwohner_innen im Sinne zu beeinflussen. Medienanfragen werden allerdings inzwischen kaum noch

beantwortet. Man versucht über die Facebook-Seite sich eine Parallel-Realität zu schaffen, und bedient dabei einen verschwörungstheoretischen Narrativ[10], der allen Medien pauschal einen linken und BMH-feindlichen Hintergrund unterstellt. Man schwört sein Publikum darauf ein, sich nur noch über Quellen zu informieren, die vermeintliche Neutralität postulieren – das meint die Facebook-Präsenz der BMH, Zeitschriften der Extremen Rechten und der Conspiracy-Szene als auch Berichte von NW-Berlin-Kader Stephan Alex[11]. Zusammengetragene Fakten durch die Presse werden resistent ignoriert. Das Zusammenhaltsgefühl ist prioritär bei allen Sympathisant_innen.

Grundlegend basiert diese Strategie aber auf dem, dem überwiegenden Teil der Anwohner_innen innewohnenden, alltagsrassistischen Konsens. Die BMH versucht krampfhaft, sich als Sprachrohr all jener zu stilisieren, um diesen unterschwelligen Rassismus zu eskalieren. Diese Eskalation rief ihre Demonstration vom 9. August 2013 (genau einen Monat nach der Bürgerversammlung) auch hervor: in enger Verbindung mit dem NPD-Wahlkampf-Team, bestehend u.a. aus Maria Fank und David Gudra, wurde die Demonstration durch André Kiebis angemeldet und durchgeführt. Einen großen Teil der Demonstrant_innen stellten dabei Thor Steinar, Consdaple und andere szenebekannte Marken tragende Männer, die auch das vorbereite Transparent („Das Volk sagt Nein zum Heim") trugen. Auch die mitgeführten Schilder zeigten eine neue Qualität der Argumentation: es wurde durch „Gefühl statt Asyl" oder „Erst wir, dann ihr" nicht mehr auf die Gegnerschaft zum Heim abgestellt, sondern eine klare Position gegen das Recht auf Asyl und für die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen bezogen. Damit schließt sich der Kreis zu der anfänglichen Übernahme von rassistischen NPD-Positionen. Der Versuch, sich ein bürgerliches Gesicht zu geben, dürfte inzwischen intern durch die BMH und die NPD als gescheitert angesehen werden, auch wenn man aktuell noch versucht, sich krampfhaft und unglaubwürdig zu distanzieren. Im weiteren Verlauf wurden der Polizei zufolge zu Straftaten aufgerufen. Daniela Fröhlich, die als Rednerin am Mikrofon stand oder durch André Kiebis, der seine BMH-Crew mit einem Megafon durch den Kiez navigierte, nahmen zentrale Rollen ein. In der Demonstration lief außerdem Julian Beyer als auch Björn Wild mit. Stephanie Piehl und Christian Bentz waren als Anti-Antifa-Fotograf_innen aktiv.

Ausblick

Wir halten eine Zuschreibungen der Medien über die angeblich anonym agierende Bürgerinitiative für längst überholt. Spätestens seit der Demonstration am vergangenen Freitag ist deutlich geworden, dass hinter der BMH die NPD Berlin und der NW Berlin personell und organisatorisch steht. Mit André Kiebis ist der Strohmann für diese Struktur schon seit Wochen bekannt. Es muss jetzt um eine klare Benennung dieser Strukturen gehen und ein entschlossenes Gegenwirken auf allen Ebenen.

In den nächsten Tagen wird der als Notunterkunft geplante Teil des Lagers eröffnen. Aufgrund der hohen Aktivität der BMH, des Anwohner_innen-Mobs und der organisierten Neonazis sind militante Aktionen gegen die Unterkunft und Asylsuchende zu erwarten. Schon lange wird auf der BMH-Seite die Einrichtung einer Bürgerwehr gefordert und schon zum Einzugstermin könnte der pure Hass des deutschen Volksmobs an den Geflüchteten und ihrer Unterkunft mit schrecklichen Resultaten ausgelebt werden. Die Bedrohung von Leib und Leben von People of Color ist nicht nur durch den NSU und neonazistische Schlägerbanden eine ständige Gefahr, sondern auch durch die rassistische deutsche Mitte möglich.

Dort, wo Polizei und Bezirk ihre Pflichten nicht wahrnehmen können oder wollen, müssen engagierte Antifaschist_innen und Antirassist_innen sowie weitere solidarische Menschen, den Druck auf allen Ebenen aufbauen und verstärken, um den Neonazis ihren vermeintlich sicheren Kiez zu nehmen und eine solidarische Atmosphäre für Geflüchtete aufzubauen. Das kann nicht bei Lippenbekenntnissen und Runden Tischen bleiben, sondern muss praktisch werden.

Praktische Solidarität und ihre Formen

Dazu müssen auch die Anbieter_innen von sozialen Netzwerken in die Pflicht genommen werden, Online-Pogrome und Flash-Mob-Attacken zu verhindern. Rassistische Plattformen auf Facebook oder anderswo darf es nicht geben!

Der Bezirk muss sich klar dazu bekennen, das Marzahn-Hellersdorf ein Problem mit Rassist_innen hat und zwar nicht vereinzelt, sondern in einer großen Mehrheit und auch in der Verwaltung und politischen Ämtern. Er muss dem offensiv entgegenwirken. Dazu reicht es nicht, Funktionärsstellen zu schaffen, sich schöne Titel zu verleihen und ein Imageprogramm[12] zu starten. Vielmehr muss Aufklärung, praktischer Schutz vor Rassismus und bezirklicher Widerstand inkl. Alternativen zum Lagerkonzept des Landes organisiert werden. Dazu muss mit zivilgesellschaftlichen Kräften zusammengearbeitet werden und ihre Hilfe darf nicht ausgeschlagen werden.

Die regionalen Wohnungsgesellschaften und –träger_innen müssen ihrer menschlichen Verpflichtung und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und einen Teil ihrer Wohnungen für ein dezentrales Unterbringungskonzept zur Verfügung stellen. Das gilt insbesondere für die Wuhletal e.G., die ihren rassistischen Vorstand über Bord kippen muss.

People of Color sind seit Jahrzehnten ein elementarer Teil von Marzahn-Hellersdorf. Dem müssen zivilgesellschaftliche Kräfte mit stärkerer Partizipation gerecht werden, genauso wie die jüngere Geschichte des Bezirkes in Hinblick auf diese Menschen gewürdigt werden muss.

Antifaschistische und Antirassistische Aktivist_innen dürfen nicht kriminalisiert werden, ihr Widerstand muss durch alle solidarischen Kräfte gefördert werden. Kreative Aktionen, politische Freiräume und solidarische Institutionen in Marzahn-Hellersdorf müssen ihren Platz erhalten.

Linker Konsens kann nur sein: keine Querfront mit Rassist_innen. Dort, wo die Diskurs-Ergebnisse von Hoyerswerda, nämlich nicht mit dem deutschen Mob zu paktieren, durch Antisemit_innen und Rassist_innen aus der Linken aufgeweicht werden[13], muss man entgegenwirken. Kein Frieden mit Volk und Nation!

Die rassistische Abschiebe- und Lagerpolitik des Staates, das rassistische Vorgehen der Polizei gegenüber Geflüchteten und anderen als nicht-deutsch empfunden Menschen, die rassistische „Das-Boot-ist-voll-Rhetorik" der Bundesregierung und die Abschottung Europas muss ein Ende haben.

Refugees welcome!

Die Gruppe „Dekonstruktion Ost" ist ein Zusammenschluss von Aktivist_innen aus Marzahn-Hellersdorf und Berlin. Durch Theorie und Aktion bearbeitet sie schwerpunktmäßig politische Themenfelder im Bezirk, ohne dabei Labelpolitik zu betreiben. Publikationen sind auf dost.blogsport.de verifizierbar. Anfragen zur Druckübernahme oder Nachfragen zur Thematik über die auf der Website angegebenen Kontaktmöglichkeiten.

[1] Berliner Zeitung: „Asylheim Hellersdorf: Anonyme Hetze gegen Asylbewerber" vom 4.7.13 [http://www.berliner-zeitung.de/berlin/asylheim-hellersdorf-anonyme-hetze-gegen-asylbewerber,10809148,23604124.html]

[2] AG Antifa von Avanti Berlin: „Nur Mob, noch keine Elite", analyse & kritik 585.

[3] AMH: „Rassist_innen und Neonazis hetzen gegen Flüchtlinge in Hellersdorf! Fight Back!" vom 10.7.13 [https://linksunten.indymedia.org/de/node/90456]

[4] junge Welt: „Nazis wittern Morgenluft" vom 14.8.13 [http://www.jungewelt.de/2013/08-14/007.php]

[5] taz: „Nazis im Eierregen" vom 13.7.13 [https://www.taz.de/Hetze-gegen-Berliner-Fluechtlingsheime/!119815/]

[6] Hellersdorf hilft: „Erfolgreicher und bunter Kiezspaziergang" vom 28.7.13 [http://hellersdorfhilft.wordpress.com/2013/07/28/erfolgreicher-und-bunter-kiezspaziergang/]

[7] Abrufbar, nach rechtlichem Vorgehen gegen Fritz, unter: https://cdn.anonfiles.com/1375925480905.mp3

[8] Anwohner*innen: „Hellersdorf - Rassisten und Nazis geoutet!" vom 1.8.13 [https://linksunten.indymedia.org/en/node/91741]

[9] Neues Deutschland: „Festnahmen nach Demonstration in Hellersdorf" vom 12.8.13 [http://www.neues-deutschland.de/artikel/829962.festnahmen-nach-demonstration-in-hellersdorf.html]

[10] Zum kritischen Nachhören über Wahrheitsschaffung – Fefe/Rieger: „Alternativlos, Folge 23" vom 6.5.2012 [http://alternativlos.org/23/]

[11] Fight Back: „Anti-Antifa Aktivist als „Journalist" unterwegs - Stephan Alex" vom 11.8.13 [https://linksunten.indymedia.org/de/node/92352]

[12] „Auftakt und Vorstellung der neuen Imagekampagne des Bezirks Marzahn-Hellersdorf" vom 15.8.13 [http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/presse/archiv/20130813.1010.387855.html]

[13] SoL: „Flugblattaktion zur Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf" vom 10. 8.13 [https://linksunten.indymedia.org/de/node/92280]

„Bürgerprotest" als rassistische Mobilmachung

17.08.2013 Workshop auf dem Festival gegen Rassismus / Bericht: Antifa Friedrichshain

Im Kontext der Eröffnung von Notunterkünften für Flüchtlinge haben sich in den letzten Monaten Initiativen gegründet, die Flüchtlinge unterstützen und einer rassistischen Mobilmachung in der jeweiligen Anwohner_innenschaft entgegentreten wollen. Diese haben sich auf dem Festival gegen Rassismus zu einem Workshop getroffen und ihre Erfahrungen ausgetauscht.

Die Vorkommnisse in Hellersdorf waren für viele schockierend. Allerdings nur eine der sog. Anwohner_innenversammlungen, die aus dem Runder gelaufen sind. Ähnliche Versammlungen in anderen Bezirken haben schon vorher gezeigt, wie notwendig antirassistische Interventionen sind. Auch die konkrete Unterstützungsarbeit in den neuen Unterkünften macht eine Vernetzung notwendig, da sich bestimmte Probleme überall stellen. An dem Erfahrungsaustausch nehmen daher Hellersdorfer_innen, Reinickendorfer_innen, Charlottenburger_innen, Grünauer_innen und Spandauer_innen teil.

1. Aus den Bezirken

In Treptow/Köpenick ist damit zu rechen, dass neben der Notunterkunft in Grünau weitere Unterkünfte im Bezirk eröffnen. Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. Im Zentrum für Demokratie gibt es seit April eine neue Stelle, die sich als Anlaufstelle für Migrant_innen und Antirassistische Bildung versteht und sich auch um Netzwerkarbeit kümmert. Diese ist sehr hilfreich für die Entwicklung von Soliarbeit für Flüchtlinge.

Bei der Versammlung in Grünau wurde, anders als in Hellersdorf, nicht suggeriert, dass die Notunterkunft verhinderbar wäre. Das Motto „Grünau hilft" fokussierte die Unterstützung. Die Moderation durch einen Bürgerverein und das Setting in einer Kirche sorgten für ein anders Klima. Dennoch gab es viele rassistische Stimmen.

Die Aktivitäten des Bezirksamts, Heimleitung, aber auch der organisierten Zivilgesellschaft ist darauf ausgelegt die Anwohner_innen nicht zu provozieren und die Bewohner_innen der Unterkunft „wegzusperren". Das gilt für die mangelnde Einschulung, Begegnungsinitiativen und den Möglichkeiten, Unterstützung der z.T. willigen Anwohner_innen zu organisieren. Aktuell gibt es einen kleinen Runden Tisch, der aber nicht dazu dient, wirkliche Verbesserungen in der Unterbringung zu erzielen, sondern eher das Bestehende zu legitimieren.

Die zivilgesellschaftlichen Kräfte die gut gegen Rechts zusammenarbeiten sind sich in Sachen Rassismus nicht einig und oft überfordert. Die Unterstützung artet schnell in Paternalismus aus und es wird „Hilfe" geleistet, die gar nicht erwünscht ist. Das dürfte auch daran liegen, dass der Kontakt zur Unterkunft immer nur über die Heimleitung erfolgt.

In Hellersdorf wird der Einzug in diesen Tagen erfolgen. Verschiedene rechte Gruppierungen haben sich schon angemeldet. Es gibt wohl auch Bürger_innenwehren, die das Haus überwachen. Die größte Problematik ist, dass die Gegner_innen der Unterkunft direkt dort wohnen (z.B. der NPD Kandidat in der gleichen Straße) und die Unterstützer_innen eher weiter weg sind oder sich in der direkten Umgebung nicht zu Erkennen geben wollen. Die Gegner_innen neigen zu spontanen Versammlungen und sind durch Kontakte in das Bezirksamt besser informiert als die Öffentlichkeit. Die Polizei und das Bezirksamt sind darauf nicht vorbereitet. Die Ereignisse passen nicht in das politisch proklamierte Selbstbild des Bezirks als „antirassistischer Bezirk" und werden deshalb kleingeredet. Das LaGeSo lehnt jede Verantwortung für die Sicherheit der Flüchtlinge ab.

In Hellersdorf haben sich zwei Gruppen gebildet, die unterschiedliche Dinge organisieren. Das Netzwerk Solidarität beschäftigt sich eher mit der öffentlichen Meinungsbildung, während Hellersdorf-Hilft vor allem Hilfsangebote sammelt und koordiniert. Es gibt auch in Hellersdorf einen Runden Tisch, der sich aber „Netzwerk für Menschen in Not" nennt, da bemängelt wurde, dass nicht alle Beteiligten (u.a. die NPD-Initiative) mit am Tisch sitzt.

In Reinickendorf kam es nicht zu so einer großen rassistischen Versammlung wie in Hellersdorf. Allerdings waren ähnliche Ansätze auch rund um das Marie-Schlei-Haus und Bonhoeffer-Standort zu spüren. Das Bezirksamt hat dazu beigetragen die Unsicherheiten bei den Anwohner_innen weiter anzutreiben und für ein polizeiliches Wegsperren der Flüchtlinge gesorgt. Der Betreiber AWO hat mit einem Begegnungsfest und mit guter Gegenöffentlichkeit zu einer Normalisierung beigetragen.

Die regionale Unterstützer-Initiative ist zunächst auf wenig Rückhalt gestoßen. Dieser baut sich aber nun langsam über persönliche Kontakte auf. Ziel ist, dass Unterstützungsarbeit im zwischenmenschlichen Alltag möglich gemacht wird.

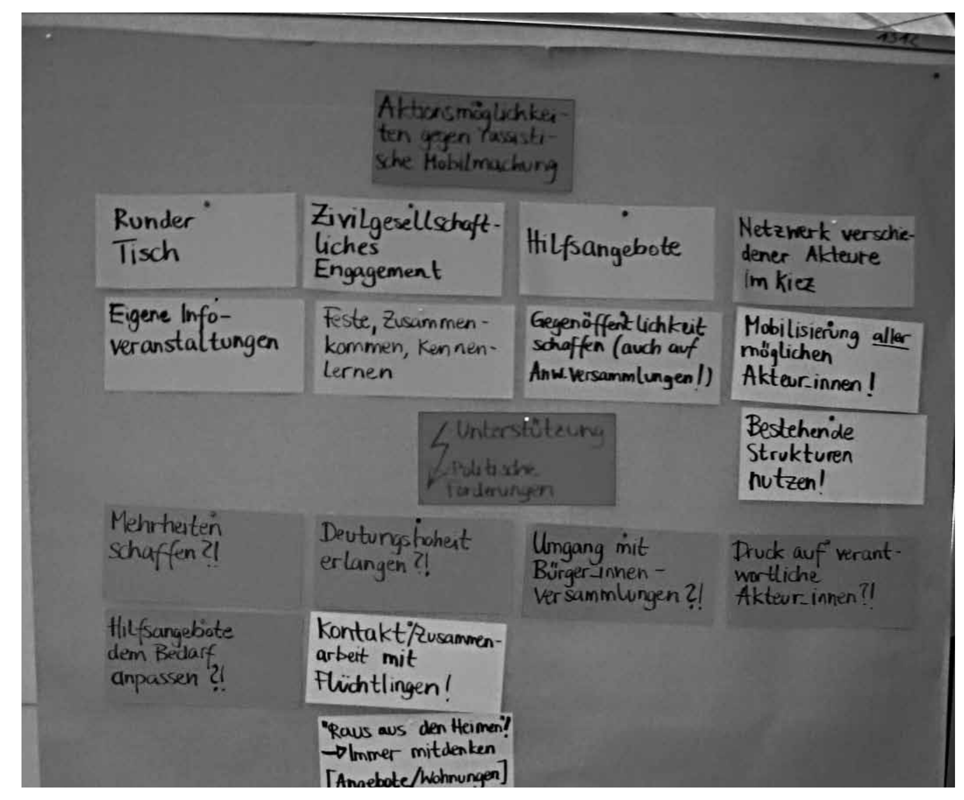
Im Westend hat es mit rassistischen Plakaten angefangen. Daraufhin hat sich „Willkommen im Westend" gegründet. Einmal im Monat findet ein offener Infoabend für Unterstützer_innen in der Unterkunft statt. Es gibt mittlerweile sehr viele Sachspenden und ehrenamtliche Hilfe aus der Gegend.

In Wandlitz wurde bei der ersten Anwohner_innenversammlung die Position pro-Flüchtlinge gezielt stark gemacht. So ist die Veranstaltung umgeschlagen und es hat sich auch ein Netzwerk gegründet, dass nicht nur Sachspenden koordiniert, sondern auch schon gegen Abschiebungen und gegen die NPD protestiert hat.

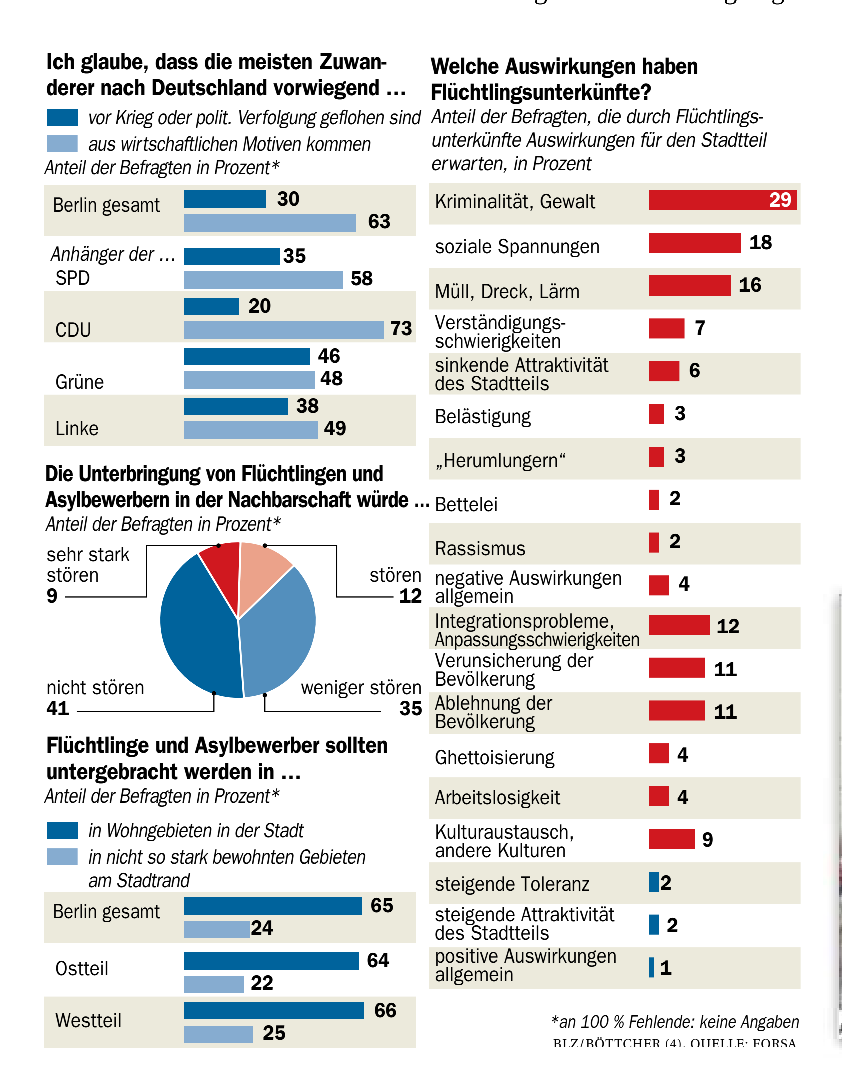
In Neukölln wurde bisher durch unterschiedliche Mittel verhindert, dass eine Unterkunft eröffnen kann. Demnächst soll es dennoch soweit sein. Die lokalen Initiativen sind darauf vorbereitet.

In Spandau werden gerade Ersatzobjekte für die Motardstraße gesucht, da diese temporär schließen soll. Bei der Auswahl neuer Standorte kommen auch rassistische Gegenstimmung aus migrantischen Zusammenhängen.

Der Flüchtlingsrat hat einen detaillierten Überblick über fast alle Standorte. Seinen Erfahrungen nach mangelt es in allen Unterkünften an Sozialarbeiter_innen. Die meisten Betreiber haben ein klares Profitinteresse, halten sich nicht an Absprachen und müssen über das LaGeSo gezwungen werden. Initiativen wie Multitude engagieren sich nicht lokal, sondern sind berlin-



Ergebnisse des Workshops am 17.08.2013



*an 100 % Fehlende: keine Angaben

BLZ/BÖTTCHER (4), QUELLE: FORSA



Asylbewerberheim in Marzahn-Hellersdorf Verhindern!

Aus der leer stehenden „Max-Reinhardt-Schule“ in der Carola Neher Str. / Maxi-Wander Str. wird ein großes Heim für mehrere Hundert Asylbewerber und Flüchtlinge unter anderem aus Syrien errichtet.

Wir fordern:

- Kein weiteres Asylbewerberheim in Marzahn Hellersdorf, hier leben bereits genug Ausländer von Sozialleistungen!
- Die Marzahner/Hellersdorfer Bürger müssen in einem Bürgerentscheid darüber abstimmen, ob ein weiteres Asylbewerberheim in Betrieb genommen werden soll oder nicht!
- Wir wollen, dass es den Marzahner und Hellersdorfer Bürgern erspart bleibt, was in fast allen Asylbewerberheimen an der Tagesordnung ist, nämlich Müll, Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwerste Gewaltausbrüche. Das müssen wir uns und unseren Kindern nicht zumuten.
- Touristen sind herzlich willkommen – kriminelle Ausländer und Asylbetrüger sind konsequent in ihre Heimatländer abzuschieben!

Bürgerbefragung am Dienstag 9. Juli 2013 um 17.30 Uhr im evangelischen Gemeindezentrum in der Glauchauer Str. 7, 12627 Berlin.

Jetzt haben wir Marzahner und Hellersdorfer Bürger es selber in der Hand, mit unserem Protest das Asylbewerberheim zu verhindern!

Anwohnerdemo: Awo-Chef Manfred Nowack (l.) stellt sich den Fragen

weit in den Heimen mit Sprachkursen präsent. Die niedrigschwelligen Sprachkurse eröffnen den oft problematischen direkten Zugang zu den Bewohner_innen der Unterkünfte.
Das große Problem in Hellersdorf ist, dass die vielen Gegner_innen nicht auf genügend Gegenwehr treffen. Die Unterstützung der Anwohner_innen ist im Moment noch schwach. Es braucht mehr Institutionen, die sich einklinken und sich politisch klar positionieren.

2. Anwohner_innenversammlungen

Eigentlich gibt keinen Anlass zu Bürger_innenbeteiligung, wenn eine Unterkunft für Flüchtlinge eröffnet. Dennoch wird dieses Mittel oft gewählt, um (willentlich?) dazu aufzufordern dem Unmut darüber Luft zu machen. In manchen Bezirken hat es keine Versammlungen gegeben, und es hat sich auch kein Anwohner_innenprotest entwickelt. Die Suggestion, durch massenhaftes Erscheinen das Heim verhindern zu können, ist falsch und gefährlich, weil es die Gegner_innen ermutigt. Im Umgang mit Anwohner_innen dürfen Bezirke keinen Zweifel daran lassen, dass die Unterkunft kommt und dass es den politischen Willen gibt die Bewohner_innen zu unterstützen. Bei künftigen Versammlungen sollte vorher darauf Einfluss genommen werden, in welchem Setting, unter welchem Motto und mit welchen Referenten_innen die Versammlungen stattfinden. Auch macht es Sinn, sich vorher damit auseinanderzusetzen was man selbst sagen will. Bei den letzten Versammlungen haben sich die Flüchtlingsunterstützer_innen immer erst sehr spät zu Wort gemeldet. Die Erfahrungen sind, dass sich aktive Gegner_innen nicht überzeugen lassen, egal mit welchen Argumenten diskutiert wird.

3. Vertiefung Unterstützungsarbeit

Die Isolation der Flüchtlinge in ihrer Unterkunft ist ein wesentlicher Grund für deren gesellschaftliche Isolierung. Deshalb sollten Angebote auch außerhalb der Unterkünfte organisiert werden. Die letzten Monate zeigen, dass Hilfsangebote oft nicht sinnvoll oder nicht umsetzbar waren. Am besten ist, zunächst Kontakt zu den Bewohner_innen der Unterkünfte herzustellen und genau nachzufragen was gebracht wird. Die Heimleitung ist nur bedingt Ansprechpartner, weil die auch oft Eigeninteressen hat. Bewährt hat sich, die Anwohner_innen in ihrem Alltag mit Flüchtlingen zu konfrontieren und von ihnen Unterstützung in ihrem persönlichen Rahmen zu erwarten. Als Beispiele wurden Sport- und Kulturvereine genannt. Diese könnten besser als einmalige Feste für Begegnung sorgen. So nimmt man dem Thema auch die Wahrnehmung als temporäres außeralltägliches „Problem“.
Drängend ist auch das knappe Geld, um Projekte außerhalb der Unterkunft zu entwickeln. Aber auch um bestimmte offensichtlich überforderte Berufsgruppen (z.B. Lehrer_innen, Erzieher_innen) besser sensibilisieren zu können. Hier könnten Fachveranstaltungen und Fortbildungen weiterhelfen, die aber auch von irgendwem entwickelt und durchgeführt werden müssen. Die Berufsverbände sind hier gefragt.
Die Unterkunft im Westend hat sich durch die vielen Hilfsangebote zu einer Musterunterkunft entwickelt. Die ehrenamtliche Hilfe kann also auch schnell dazu beitragen, das Modell „Massenunterkunft“ wieder erträglich und populär zu machen. Durch eine Kritik am Lagersystem, aber auch durch die Entkopplung der Unterstützung von der Heimleitung, ist es dennoch möglich solidarisch zu sein. Aus Bremen wurde von solchen Diskussionen berichtet. So verstellt die Selbstwahrnehmung als Helfer_innen/Unterstützer_innen oft die Position als Komplize, die ja eingenommen werden sollte um den Untergebrachten auf gleicher Augenhöhe zu begegnen und nicht paternalistisch zu werden.
Die meisten Flüchtlinge könnten nach der Erstaufnahme durchaus in eigenen Wohnungen unterkommen, wenn denn dafür ein politischer Wille vorhanden wäre. Deshalb ist es dringlich, nicht nur „Lagerpolitik“ sondern auch „Wohnungspolitik“ zu betreiben. Das zuständige Lageso begnügt sich mit Obdachlosenpolitik und lässt alles andere liegen. Erinnert wurde daran, dass es fast in allen Bezirken wohnungspolitische Netzwerke gibt, die auch für die Kämpfe von Flüchtlingen aktivierbar seien.
Für die lokalen Initiativen ist es wichtig eigene Schwerpunkte zu setzen, um sich nicht zu verzetteln und alles bzw. gar nichts zu machen. Richtig ist. die zuständigen Akteure (z.B. Schulamt, Wohnungsbaugesellschaften, Kleingartenvereine, Bündnisse gegen Rechts usw.) in die Pflicht zu nehmen, aber eben auch eigene Akzente zu setzen.

„Die politischen Repräsentanten müssen Stellung beziehen"

Konfliktforscher zu Auseinandersetzung um Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf

22.08.2013 Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Gabi Wuttke (Dradio)

Die Proteste gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf zeigten ein immer wiederkehrendes Muster der Diskriminierung ganzer Gruppen, sagt Wilhelm Heitmeyer. Das trete bildungsunabhängig auf und betreffe auch Behinderte oder Obdachlose. In der Asyldebatte befeuere die Politik diese Stimmung. Politiker müssten vor Ort sichtbar sein, nicht nur die Polizei.

Gabi Wuttke: Die Bundesrepublik Deutschland wollte aus der Geschichte gelernt haben, aber der Protest gegen ein neues Flüchtlingsheim in Berlin beweist mal wieder, auch von Krieg und Gewalt vertriebene Syrer und Afghanen werden bei uns nicht mit offenen Armen empfangen. Dafür sorgen seit Tagen Rechtsextremisten, Rechtspopulisten und - eine schweigende Mehrheit. Professor Wilhelm Heitmeyer ist Gründer des renommierten Konfliktforschungsinstituts in Bielefeld. Seine Studien über Rechtsextremismus in Deutschland und die Fremdenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft waren Pionierarbeit und sind heute wichtiger denn je. Einen schönen guten Morgen, Herr Heitmeyer!

Wilhelm Heitmeyer: Guten Morgen!

Wuttke: Warum passiert nicht, was der regierende Bürgermeister von Berlin als Selbstverständlichkeit hinstellt, dass nämlich nur ein paar Hundert, aber nicht etwa alle Demokraten vor dem Flüchtlingsheim zusammenstehen?

Heitmeyer: Eine Menge allein macht es nicht, sondern die Haltung, und da wissen wir ja, dass es Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde gibt, wie es in der Geschichte Judenfeindlichkeit ohne Juden gab. Und insofern ist das nicht überraschend, aber man muss natürlich darauf reagieren, denn jede Gesellschaft muss immer wieder ihre geltenden Normen bestätigen, nämlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Nun sehen wir in Hellersdorf, dass die Würde antastbar ist, und da muss man sehr hellhörig werden.

Wuttke: Was hat Sie besonders hellhörig gemacht an diesem Fall?

Heitmeyer: Nun, mich überrascht das nicht. Das Grundmuster ist ja immer wieder gleich. Das sind Gruppengrenzen, die aufgebaut werden, „wir" auf der einen Seite und „die" auf der anderen Seite, und das ist das, was wir in unseren Forschungen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nennen. Dass es gar nicht um den einzelnen Afghanen oder um den einzelnen Syrer geht, sondern die Gruppe als Ganzes wird dann in die Abwertung und in die Diskriminierung hineingezogen, und das ist eigentlich das große Problem.

Wuttke: Und welche Botschaft steckt in dem politischen Appell, wer sich mit den Flüchtlingen solidarisiert, der solle, Zitat, „das friedliche Zusammenleben mit den Anwohnern nicht erschweren"?

Heitmeyer: Ja, also, die politischen Signale an vielen Stellen befeuern natürlich diese Stimmung. Angefangen von der europäischen Politik - Festung Europa - bis hin zu den jeweiligen Äußerungen der Abschiebepraxis. Und das große Problem scheint mir oft zu sein, dass diese Haltung ja gar nicht bildungsabhängig ist. Ich meine, wenn man im Fernsehen das Schreien von Anwohnern sieht, dann denkt man ja, denken die eigentlich nach? Aber wir kennen das aus der Vergangenheit, und deshalb sprechen wir ja auch von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Es trifft ja nicht nur die Asylbewerber, das trifft ja beispielsweise auch Behinderte, das trifft Obdachlose, wenn in besseren Wohngebieten solche Heime gebaut werden, dann ist da auch der Teufel los. Also, es ist eine generelle Frage, wie man mit Menschen umzugehen trachtet in einer Gesellschaft, die von sich selbst ja immer wieder behauptet, wir seien eine humane Gesellschaft, eine soziale Gesellschaft. Aber man weiß also, das ist alles sehr dünnes Eis.

Wuttke: Aber ist es nicht immer wieder erschütternd, auch gerade für Sie als Forscher, festzustellen, dass Flüchtlinge letztlich auf einer Stufe mit einem Windrad stehen, nämlich dann, wenn es heißt, gerne, aber nicht vor meiner Tür?

Am 19. August 2013 kamen die ersten Flüchtlinge unter Polizeischutz im Aslybewerberheim in Berlin-Hellersdorf an. (Bild: picture alliance / dpa Foto: Florian Schuh)

Heitmeyer: Ja. Dagegen helfen meines Erachtens nur öffentliche Debatten, und die politischen Repräsentanten müssen Stellung beziehen. Das heißt, in Hellersdorf der Bezirksbürgermeister, der ja auch gewählt ist, muss sichtbar sein, und nicht nur die Polizei. Die Polizei macht ja auch dann zum Teil Angst. Und von daher geht es auch darum, dass man den Asylbewerbern auch die Möglichkeit gibt, Anerkennung zu erwerben. Das ist ja ganz wichtig. Denn der Vorwurf lautet ja immer, die liegen uns auf der Tasche, und die sind uns sowieso fremd.

Fremdheit ist übrigens nicht das Problem. Fremdheit ist für alle Menschen in einer bestimmten Situation gewöhnungsbedürftig, aber es kommen ja soziale, kulturelle und zum Teil auch religiöse Dinge dazu. Also im Hintergrund schwappt dann auch der politische Islam, und wenn dann ein Bürgermeister wie in Schwäbisch-Gmünd den Asylbewerbern die Chance gibt, sich öffentlich als Individuen zu präsentieren, und nicht nur, dass sie wahrgenommen werden als Gruppe, die vor dem Asylbewerberheim zusammenstehen, weil sie nicht arbeiten dürfen. Sie dürfen sich nicht bewegen. Das ist ja ein Teil des großen Problems, und dieses Problem hat diese Gesellschaft bei Weitem nicht gelöst.

Wuttke: Befördert denn dann Ihrer Meinung nach die Politik in Deutschland, in Europa, speziell die Asylpolitik die Vorurteile und Ressentiments gegen Menschen aus fremden Ländern?

Heitmeyer: Ja, an vielen Stellen ist dies so. Was in Italien auf der Insel Lampedusa sich abspielt, hat mit europäischer Tradition und Humanismus ja nichts mehr zu tun, und der Papst hat das ja auch noch mal verdienstvollerweise deutlich gemacht. Aber es hat sich an manchen Stellen auch etwas verändert, etwa im Vergleich zu Rostock-Lichtenhagen 1992. Das war damals eine gezielte Verwahrlosung der Umgebung dieses Asylbewerberheimes durch Behörden.

Ich glaube, das kommt so heute nicht mehr vor. Teilweise sind diese Menschen, die dort schreiend vor ihren Häusern standen und mit Drohungen gearbeitet haben oder versuchten Drohungen - das sind ja versuchte Machtdemonstrationen, denn ein Teil dieser Menschen sind ja auch nicht gesellschaftlich integriert, das heißt, sie haben auch Anerkennungsdefizite. Und wenn ich selbst nicht anerkannt werde, dann erkenne ich auch andere nicht an. Wenn dann auch noch soziale Differenzen, kulturelle und religiöse Differenzen hinzukommen. Also die Situation ist nicht einfach, aber sie muss natürlich bearbeitet werden. Und nicht nur allein durch eine Polizeihundertschaft.

Wuttke: Aber auch bildungsnahe Schichten haben ja ganz offensichtlich, obwohl es kein Thema gibt, über das in den letzten Jahren so viel berichtet wurde wie über den Arabischen Frühling und die Folgen, die Entwicklung, die es genommen hat, weshalb ja zum Beispiel jetzt auch die Syrer hier in Deutschland sind - dass es so wenig Empathie gibt!

Heitmeyer: Ja. Wenn in besseren Wohngebieten Heime für Behinderte, für Obdachlose gebaut werden, dann gibt es, natürlich in feinerem Stil sozusagen, aber mit ähnlichem Effekt, diese fehlende Empathie, sich in die Situation - Empathie heißt ja, sich in die Situation von anderen hineinzuversetzen - das alles ist schon ein enormes Problem. Ich fürchte, es wird auch noch schlimmer, weil die Anonymität des Internets uns in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch mehr Schwierigkeiten bereiten wird, weil da neue Strategien der Mobilisierung getan werden, die man kaum beherrschen kann.

Wuttke: Sagt der Gewaltforscher Professor Wilhelm Heitmeyer im Interview der Ortszeit von Deutschlandradio Kultur. Herr Heitmeyer, besten Dank!

ViSdP: P. Müller, Oranienstr. 13, Berlin

Du musst Dich entscheiden!

Klare Kante GEGEN Neonazis und Rassismus!

Das frühere Max-Reinhardt-Gymnasium in Kaulsdorf wird zurzeit zur Notunterkunft für Flüchtlinge umgebaut. Ab Ende des Monats kommen dort vor allem Menschen unter, denen die Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien nach Deutschland gelungen ist.

Seit Tagen wird in Hellersdorf rassistische Stimmung gegen die geplante Unterbringung von Asylsuchenden gemacht. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Hetze bei einer Bürgerversammlung am 9. Juli. Rund 50 Neonazis waren erschienen und skandierten unter dem Applaus vieler Anwohnerinnen und Anwohner ihre Parolen.

Treibende Kraft hinter dieser Stimmungsmache: die „Bürgerinitiative“ Marzahn-Hellersdorf. Sie wird verantwortet von Thomas Krull, 2011 Kandidat der NPD und Fan der Neonaziband Sleipnir. Bei der Kundgebung agierten gezielt Neonazis des Nationalen Widerstands (NW) Berlin und der NPD, darunter der Schöneweider Sebastian Schmidtke (Landesvorsitzender der NPD), Maria Fank (Ring nationaler Frauen), Christian Bentz (Lichtenberg) und zahlreiche weitere bekannte Neonazis. Gezielt machen die Neonazis und die NPD Stimmung gegen Asylbewerber. Sie wollen sich im Wahlkampf in Abgrenzung zu anderen rechten und rechtspopulistischen Parteien als rassistisches Original profilieren. Über das Internet, mit Plakaten und Transparenten schüren sie massive Ängste und hetzten mit rassistischen Parolen.

Die Neonazis verfolgen ihre eigenen Ziele. Was sie vorhaben, machen sie in aller Offenheit kund: Bei der Informationsversammlung tauchten sie mit T-Shirts auf, die die Aufschrift 22. bis 26. August 1992 trugen – die Tage des rassistischen Pogroms von Rostock-Lichtenhagen.

Dass sie mit ihrer Hetze auf fruchtbaren Boden stoßen, ist das Problem. Alle Bewohnerinnen und Bewohner von Hellersdorf müssen sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen: Entweder Seite an Seite mit Neonazis gegen Menschen vorgehen, die vor Leid, Krieg und Folter geflohen sind, oder sich deutlich gegen diese rassistische Stimmungsmache wenden. Bei der Bürgerversammlung am 9. Juli haben viele Menschen – bewusst oder unbewusst – mit den Neonazis zusammen eine Atmosphäre geschaffen, die diese ermutigt, es wie 1992 in Rostock-Lichtenhagen nicht alleine bei rassistischer Hetze zu belassen. Die Neonazis werden bei der sich erst bietenden Gelegenheit ihre menschenverachtende Weltanschauung in die Tat umsetzen und mit Gewalt gegen alle vorgehen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Die Beschwichtigungsversuche von Bürgermeister Stefan Komoß (SPD), es habe am 9. Juli keine Pogromstimmung geherrscht, sind fehl am Platze. Jetzt ist eine Situation, in der klare Kante gegen Neonazis und Rassismus gezeigt werden muss. Jede und jeder ist aufgerufen, sich im Alltag gegen die Stimmungsmache einzusetzen. Wer wie die „Bürgerinitiative“ Marzahn-Hellersdorf offen Rassismus schürt, darf dabei kein Gesprächspartner für den Bezirk sein.

Viele Menschen in Hellersdorf engagieren sich gegen die Neonazis und brauchen dabei jeden Tag unsere Unterstützung. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

avanti-projekt.de

aus analyse&kritk Nr. 585, 14.08.2013

Nur Mob, noch keine Elite

Deutschland Proteste gegen Flüchtlingsheime häufen sich, in Berlin-Hellersdorf mischt die NPD an vorderster Front mit

Von Antifa AG Avanti Berlin



Unverholener Bezug auf das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen.

Die Stimmung bei der Bürgerversammlung am 9. Juli 2013 in Berlin-Hellersdorf werden anwesende AntifaschistInnen nicht so schnell vergessen. Vom »braunen Dienstag« ist danach die Rede, von »Pogromstimmung« und von »Hellersdorf-Lichtenhagen«.

Was war passiert? Etwa 800 Menschen waren an diesem Dienstag zu einer Versammlung gekommen, bei der der Bezirk die AnwohnerInnen über ein neues Heim für Flüchtlinge informieren wollte. Unter dem Applaus Hunderter AnwohnerInnen heizten zahlreiche Nazis von NPD und Kameradschaften die Stimmung an. Anwesende Antifas und FlüchtlingsaktivistInnen waren von der offen rassistischen und aggressiven Atmosphäre sichtlich schockiert.

Die BezirksvertreterInnen ließen die »Wortergreifungsstrategie« der Nazis tatenlos geschehen. Entgegen der Empfehlung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und den Hinweisen von Antifas wurden auch bekannte Nazis wie Maria Fank vom Ring nationaler Frauen an das Mikro gelassen.

»Brauner Dienstag« in Berlin-Hellersdorf

Im johlenden Mob befanden sich neben NPD-Leuten und Kameradschaftlern auch zahlreiche Nazis, die in den 1990er Jahren in Hellersdorf aktiv waren und sich inzwischen aus der Szene zurückgezogen haben. Einige trugen T-Shirts mit dem Datum »22.-26.8.1992«. Eine unmissverständliche Botschaft: An diesen Tagen fand das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen statt.

Die anwesenden Linken versuchten, durch Sprechchöre der aggressiven Stimmung etwas entgegenzusetzen. Das ließ den Hellersdorfer Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) und einige Medien später in bodenlos dummer »Extremismuslogik« davon sprechen, die Bürgerversammlung sei von »Extremisten von links und rechts« aus anderen Bezirken gestört worden. Dieser Versuch der Weißwaschung der AnwohnerInnen ist so durchsichtig wie einfältig.

Die Situation in Hellersdorf steht nur exemplarisch für eine Vielzahl von Auseinandersetzungen, die um die Einrichtung von neuen Heimen bundesweit geführt werden. In den Berliner Bezirken Charlottenburg, Reinickendorf und Steglitz, aber auch in Bremen-Vegesack oder in Gemeinden in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gibt es Anwohnerproteste und rassistische Anfeindungen.

Manchmal kommen sie eher im bieder-konservativen Gewand daher wie in Berlin-Reinickendorf. Hier hatten AnwohnerInnen über einen Anwalt versucht, das Heim wegen »Seuchengefahr« schließen zu lassen, und ihren privaten Kinderspielplatz eingezäunt, damit die geflüchteten Kinder aus dem benachbarten Heim dort nicht mehr spielen können. In Wolgast wollten bereits am 9. November 2012 Nazis mit einem Fackelmarsch gegen eine Unterbringung demonstrieren. Erst in höherer Instanz wurde der Aufmarsch verboten. Diese Zunahme von rechter Hetze gegen Flüchtlingsheime ist kein Zufall. Rassistische Gruppen versuchen, die seit 2012 wieder steigende Zahl von Geflüchteten in eine rassistische Stimmung zu kanalisieren.

Nicht zuletzt dank der antirassistischen Kämpfe in den vergangenen Jahren ist die Lagerunterbringung zunehmend in die Kritik geraten. Es wurden Sammelunterkünfte geschlossen und zunehmend städtische Quartiere gesucht. Allerdings bringen viele Städte und Gemeinden weit weniger Geflüchtete unter, als der Verteilungsschlüssel vorschreibt. Statt der vorhersehbaren Situation verantwortungsvoll zu begegnen, werden jetzt in etlichen Bundesländern hektisch neue Unterkünfte aus dem Boden gestampft.

Die rechte Partei PRO NRW hat bereits im März zu einer »Volksinitiative gegen Asylmissbrauch« aufgerufen. Die NPD versucht ihrerseits, sich als »Speerspitze« des Protests zu profilieren – wie etwa bei der Bürgerversammlung in Hellersdorf. Dabei legt die Partei viel Wert auf ein modernes, bewegungsförmiges Vorgehen. Hauptsächlich agiert sie in Form der von einem NPD-Kandidaten mitgegründeten Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH). Die BMH setzt ihrerseits vor allem auf eine auf Mitwirkung ausgerichtete Facebook-Kampagne. Gleichzeitig organisiert sie niedrigschwellige Angebote. So tauchen z.B. rund um das Heim immer wieder großflächige Kreidegraffitis mit Sprüchen wie »Nein zum Heim« auf.

Offene Gewaltaufrufe sind auf der Facebookseite der BMH nicht zu finden, zu eindeutige Kommentare werden in der Regel schnell gelöscht. Allerdings wird Antifas subtil mit Gewalt gedroht, in dem z.B. Fotos veröffentlicht werden, die Antifas zeigen, wie sie die rassistischen Kreidezeichnungen entfernen. Diese Einschüchterungsstrategie traf auch eine im lokalen Gegenbündnis aktive Politikerin der Grünen, die massiv bedroht und deren E-Mail-Postfach gehackt wurde.

Offensichtlich versucht die BMH, eine Scharnierfunktion zwischen organisierter Naziszene und ansprechbaren AnwohnerInnen auszufüllen. Dazu bedient sie sich einer gewissen Mimikrystrategie und ist tatsächlich lokal recht gut verankert. Ein entscheidender Unterschied zu den Anwohnerprotesten anderswo liegt in Hellersdorf in der Akzeptanz der Nazis als »Lautsprecher«. Ein Grund hierfür ist sicherlich auch, dass im Bezirk noch viele VertreterInnen der »Nazigeneration« der 1990er Jahren leben, die zwar nicht mehr organisiert sind, aber ein sympathisierendes Umfeld bilden. Die Berliner Zeitung schätzte die Zahl der BI-Aktiven auf ca. 100, die Kerngruppe wird kaum mehr als zehn Personen umfassen. Inzwischen wurde eine zentrale Figur im Gefüge der BI, ein IT-Techniker aus Hellersdorf, von der Antifa geoutet.

Die Situation heute ist (noch) nicht wie 1992

Trotz der von Antifas befürchteten und von den Nazis beschworenen Parallelität zu der Pogromstimmung zu Beginn der 1990er Jahre liegt ein wesentlicher Unterschied darin, dass das politische Establishment aktuell kein Interesse an einer gewaltförmigen rassistischen Mobilisierung hat. Zwar beklagt Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) den Anstieg der Flüchtlingszahlen und fordert, den Aufenthalt derer, »die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen«, schnell zu beenden. Allerdings suchen die Konservativen momentan nicht das »Bündnis von Mob und Elite« (Hannah Arendt), sondern bedienen sich der kalten Instrumentarien bürgerlichen Verwaltungshandelns.

Das bedeutet aber nicht, dass – um rechte Milieus weiterhin an sich zu binden – von konservativer CDU-Seite auf markige Sprüche verzichtet wird. So hetzt der Berliner Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) im Einklang mit zahlreichen Medien von Springer bis zum Tagesspiegel seit Wochen gegen das Flüchtlingscamp am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg.

In der Eigenlogik des heraufziehenden, aber themenlosen Wahlkampfes scheint es denkbar, dass sich in diesem Umfeld eine rechte Mobilisierung entfalten könnte. Es wird viel davon abhängen, ob sich für die rechten Kräfte erfolgreiche »Präzedenzfälle« schaffen lassen und damit der rassistische Protest gegen ein Heim Früchte trägt. Deshalb ist es für Menschen aus der Antifa- und Antirabewegung unbedingt notwendig, in diese lokalen Konflikte zu intervenieren und für ein Scheitern der rechten Mobilisierung zu sorgen.

Die Stärkung von lokalen linken Akteuren und die Unterstützung von breiten Bündnissen sind dabei essenziell. Im Gegensatz zu vielen Antifa-Interventionen der 1990er Jahre kommt es dabei jedoch darauf an, dass Handlungsstrategien dem Stand der lokalen Kämpfe angepasst sind und gemeinsam auch von den linken lokalen Akteuren getragen werden und nicht im Nachhinein deren Position schwächen. ●

Avanti – Projekt undogmatische Linke *ist Teil der Interventionistischen Linken. Neben Berlin gibt es Avanti in Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck und Norderstedt.*

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.
Menschenrechte kennen keine Grenzen



Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin
Tel: (030) 24344 5762
Fax: (030) 24344 5763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Hintergrundinformationen zur Presseinformation vom 31. Juli 2013:

E-Mail der Berliner Unterbringungsleitstelle vom 30. Juli 2013 an die Betreiber der Sammelunterkünfte:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie ab morgen sämtliche Gemeinschaftsräume in Ihren Unterkünften für eine Notbelegung inklusive der Versorgung mit Vollverpflegung für mindestens ca. 1 - 2 Wochen umzuwandeln. Bitte melden Sie uns darüber hinaus sämtliche potentiell freien oder kurzfristig aktivierbaren Plätze - auch über die derzeitigen Nutzungsgenehmigungen hinaus. Wir werden uns dann mit den entsprechenden Genehmigungsbehörden in Verbindung setzen und eine vorübergehende Freigabe erwirken.

Hintergrund ist, dass Berlin gestern keine freien Bettenplätze mehr hatte und am späten Nachmittag in der ersten Unterkunft die Gemeinschaftsräume kurzfristig in ein Notquartier umgewandelt musste.

Wie Sie sicher den Medien entnommen haben, wollten wir in Marzahn-Hellersdorf am 23.07.2013 eine Unterkunft mit 60 Plätzen eröffnen und die Kapazität innerhalb weniger Tage/Wochen auf ca. 200 Betten erhöhen. Die Arbeiten dort mussten wir unvorhergesehener Weise aufgrund eines Baustops einstellen. Seinen Sie versichert, dass fieberhaft an der Lösung des Problems gearbeitet wird.

Bitte melden Sie die Plätze (Anzahl der Räume, Größe in m² und Betten pro Raum) per Mail an meine Kollegin Petra Toro und Cc auch an Frau Hein, deren Mailanschrift Sie dieser Mail unter Cc entnehmen können. Die Mindestfläche von 6 m² ist für diese Notunterbringung aufgehoben, bitten sehen Sie ca. 4 m² vor.

Ich bitte um Verständnis für diese Maßnahme zu der Sie gesetzlich verpflichtet sind, da Sie über den Unterbringungsvertrag hinaus auch allgemein zur Vermeidung von Obdachlosigkeit gemäß ASOG herangezogen werden können. Ich hoffe jedoch diesen formellen Weg nicht beschreiten zu müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berliner Unterbringungsleitstelle - BUL

Merkwürdige Sozialberatung des LAGeSo: Flüchtlinge sollen nach einer kautionsfreien Wohnung suchen
Die SozialarbeiterInnen des LAGeSo haben Flüchtlinge bis vorige Woche dahingehend beraten, dass sie nach einer kautionsfreien Wohnung suchen müssten. Dabei werden zumindest für Menschen mit geringem Einkommen in Berlin nirgends kautionsfreie Wohnungen angeboten. Auf Beanstandung des Flüchtlingsrats antwortete das Amt: Spätestens seit Oktober 2012 würden regelmäßig Mietkautionen für leistungsrechtlich angemessenen Wohnraum übernommen. Dies sei allen damit befassten MitarbeiterInnen der Behörde weitergegeben worden. Die SozialarbeiterInnen und die SprachmittlerInnen der LAGeSo-Sozialberatungsstelle für wohnungssuchende AsylbewerberInnen hätten lediglich übersehen, dass in dem bis Ende Juli 2013 standardmäßig verwendeten und unterschriebenen Beratungsprotokoll etwas anderes stünde.
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/ZLA-Beratung_nix-Kaution_Juli_2013.pdf

Verweigerte Mietübernahme bei kurzer Restlaufzeit des Aufenthaltstitels
Das LAGeSo verweigert die Kostenübernahme für Mietwohnungen, wenn die regelmäßig auf sechs Monate befristete Aufenthaltsgestattung der AntragsstellerIn vor Mietbeginn endet. Dass die Restlaufzeit eines befristeten Aufenthaltstitels ein völlig ungeeignetes Indiz für die weitere Aufenthaltsprognose ist, lässt das LAGeSo außer Acht. Ein Ermessenspielraum wird negiert.
Siehe www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/LAGeSO_keine_Mietkosten_Juli2013.pdf
Vgl. auch Pressemitteilung des Flüchtlingsrats vom 19.07.2013
www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen2.php?post_id=642

Keine Mietübernahmescheine zur Wohnungssuche von Amts wegen?
Ende Juli 2013 haben wir aus gegebenem Anlass (s.o.) noch einmal die Forderung an das LAGeSo bzw die ZLA erhoben, allen Leistungsberechtigen in Sammelunterkünften auch ohne vorheriges Aufsuchen der offensichtlich wenig hilfreichen LAGeSo-Beratungsstelle für wohnungssuchende AsylbewerberInnen (und mehrstündigem Warten auf einen Termin) rechtsverbindlich formulierte Mietübernahmescheine zur Vorlage beim Vermieter nach Wahl von Amts wegen zu erteilen. Darauf ging das LAGeSo erneut nicht ein.

Rechtswidrige Überbelegung der Sammelunterkünfte
Siehe dazu das auch auf Sammelunterkünfte anzuwendende Gesetz zur Beseitigung von Wohnungsmissständen in Berlin (Wohnungsaufsichtsgesetz WoAufG Bln)
www.stadtentwicklung.berlin.de/service/gesetzestexte/de/download/bauen/woaufg_16.10.2001.pdf

> § 7 Belegung
>
> (1) Wohnungen dürfen nur überlassen oder benutzt werden, wenn für jede Person eine Wohnfäche von mindestens 9m², für jedes Kind bis zu sechs Jahren eine Wohnfläche von mindestens 6m² vorhanden ist.
>
> (2) Einzelne Wohnräume dürfen nur überlassen oder benutzt werden, wenn für jede Person eine Wohnfläche von mindestens 6m² für jedes Kind bis zu sechs Jahren eine Wohnfläche von mindestens 4m² vorhanden ist und Nebenräume zur Mitbenutzung zur Verfügung stehen. Stehen Nebenräume nicht oder offensichtlich nicht ausreichend zur Verfügung, gilt Absatz 1 entsprechend.

Demnach gilt für jede Person über sechs Jahren eine Wohnfläche von mindestens 6m², für jedes Kind bis zu sechs Jahren eine Wohnfläche von 4m². Dies legen daher auch die **offiziellen Mindeststandards des LAGeSo** als Vertragsbestandteil aller Unterkünfte verbindlich fest:
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Mindeststandards_LAGeSo_Asylunterkuenfte_2012.pdf

Wenn das LaGeSo nunmehr die Betreiber der Unterkünfte anweist, die vorhandenen Gemeinschaftsräume zu sperren, stehen Nebenräume nicht mehr ausreichend zur Verfügung. Für jede Person über sechs Jahren muss laut WoAufG Bln dann aber eine Wohnfläche von mindestens 9m² (bisher: 6m²), für jedes Kind bis zu sechs Jahren eine Wohnfläche von 6m² (bisher: 4m²) vorhanden sein. Die neue Untergrenze von 4 m²/Person ist offensichtsichtlich rechtswidrig und beträgt weniger als die Hälfte der bei fehlenden Gemeinschaftsräumen gesetzlich vorgeschriebenen ohnehin schon sehr geringen Untergrenze von 9m².



Was darf die Heimleitung?

Worüber entscheidet sie?

Was ist ihre Aufgabe?

Eine Information des
Flüchtlingsrats Brandenburg

flüchtlingsrat brandenburg

Entscheiden die Heimleiterinnen und Heimleiter darüber, ob Sie eine Wohnung bekommen?

In vielen Heimen sind die HeimleiterInnen gleichzeitig SozialarbeiterInnen. Sie werden dafür bezahlt, Ihnen zu helfen, z.B. wenn Sie einen Antrag auf eine Wohnung stellen wollen. Nicht die HeimleiterInnen entscheiden, ob Sie eine Wohnung bekommen, sondern das Sozialamt.

Entscheiden die Heimleiterinnen und Heimleiter, ob Sie einen Job bekommen?

Die HeimleiterInnen verteilen die 1-Euro-Jobs im Heim. Sie müssen die Jobs aber gerecht unter allen HeimbewohnerInnen verteilen. Bezahlt werden die Jobs vom Sozialamt. Es gibt aber auch 1-Euro-Jobs außerhalb des Heims. Erkundigen Sie sich darüber beim Sozialamt und stellen Sie am besten einen schriftlichen Antrag.

An welche Regeln für die Unterbringung müssen sich die Heimleiterinnen und Heimleiter halten?

Die HeimleiterInnen sind für Ihre Unterbringung verantwortlich. Sie haben sich dabei an Recht und Gesetz zu halten, also an die „Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften“.

- Sie dürfen entscheiden, wer mit wem im Zimmer wohnt. Aber sie sollen bei dieser Entscheidung an „nationalen, ethnischen, kulturellen und religiösen Eigenheiten“ denken.
- Wenn es möglich ist, sollen nicht mehr als vier Personen in einem Wohnraum wohnen. Wenn mehrere Personen zusammen in einem Zimmer wohnen müssen, aber ein anderes Zimmer leer ist, kann man sich beschweren.
- Jede Person soll 6 qm Wohnfläche haben.
- Jede Person soll ein Bett, einen eigenen Platz im Schrank, einen Platz an einem Tisch und einen Stuhl haben.
- Man muss die Zimmer abschließen können.
- Es muss für Frauen und Männer getrennte Duschen und Toiletten geben. Man muss die Toiletten und Duschen abschließen können, während man sie benutzt.

Was sind die Aufgaben der Heimleiterinnen und Heimleiter?

Sie sollen das Wohnen im Heim organisieren, mehr nicht. Sie sind nicht der „Chef“ oder die „Chefin“. In vielen Heimen sind die HeimleiterInnen gleichzeitig SozialarbeiterInnen. Sie werden dafür bezahlt, Ihnen zu helfen, wenn Sie etwas zusätzlich zur Sozialhilfe brauchen, z.B. Kleidung, oder wenn Sie einen Antrag auf eine Wohnung stellen wollen.

Haben die Heimleiterinnen und Heimleiter Macht über Ihren Asylantrag?

Nein. Die HeimleiterInnen haben mit Ihrem Asylverfahren nichts zu tun. Über Ihren Asylantrag entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Eisenhüttenstadt. Wenn das BAMF Ihren Antrag ablehnt, können Sie dagegen bei einem Gericht klagen. Für die Klage vor Gericht brauchen Sie einen guten Anwalt! Das BAMF oder die Gerichte, entscheiden über Ihren Aufenthalt , nicht die Ausländerbehörde und auf keinen Fall die HeimleiterInnen.
Gegen falsche Entscheidungen der Ausländerbehörden können Sie sich wehren. Wenden Sie sich an eine Flüchtlingsberatungsstelle.

Haben die Heimleiterinnen und Heimleiter Einfluss auf Ihre Duldung und Abschiebung?

Solange Sie eine Duldung haben, versucht die Ausländerbehörde, Sie abzuschieben. Dafür braucht sie Informationen über Sie. Manchmal versucht die Ausländerbehörde, diese Informationen von den HeimleiterInnen zu bekommen. Es sind aber nicht die HeimleiterInnen, die über die Duldung und Abschiebung entscheiden.

Entscheiden die Heimleiterinnen und Heimleiter, wie viel Geld Sie bekommen?

Nein. Die Sozialhilfe bekommen Sie vom Sozialamt. Das Sozialamt kann die HeimleiterInnen beauftragen, die Sozialhilfe im Heim auszuzahlen. Es ist aber immer das Sozialamt, das entscheidet, wie viel Geld Sie bekommen, nicht die HeimleiterInnen.
Wenn Sie eine Duldung haben und die Ausländerbehörde Ihnen vorwirft, Sie würden zu wenig für Ihre eigene Abschiebung tun, kann Ihnen das Sozialamt die Sozialhilfe kürzen. Die HeimleiterInnen haben mit dieser Entscheidung nichts zu tun.

Darf jemand Ihre Post öffnen?

Nein, nur wenn Sie es erlauben. Wenn Ihre Post ohne Ihre Erlaubnis geöffnet wird, ist das eine Straftat. Dann können Sie eine Anzeige bei der Polizei stellen.

Dürfen die Heimangestellten ohne Ihre Erlaubnis Ihr Zimmer betreten?

Nein. Wenn Sie im Raum sind, muss man klopfen und warten, bis Sie sagen, er oder sie darf hereinkommen. Wenn Sie nicht da sind und etwas repariert werden muss, müssen Sie vorher informiert werden. Nur wenn es einen Notfall gibt, darf jemand, ohne vorher Bescheid zu sagen, in Ihr Zimmer, z.B. die Feuerwehr oder die Polizei.

Darf jemand Ihren Schrank und Ihre Sachen durchsuchen?

Das darf nur die Polizei, wenn sie einen Hausdurchsuchungsbefehl hat. Wenn in Ihrer Hausordnung etwas anderes steht, informieren Sie uns bitte. Wir lassen die Hausordnung dann von einem Juristen oder einer Juristin überprüfen.

Was können Sie tun, wenn die HeimleiterInnen oder andere Heimangestellte Ihre Rechte verletzen?

Wenn sich die HeimleiterInnen oder die anderen Heimangestellten nicht an die Regeln halten, muss man sich das nicht gefallen lassen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu beschweren und seine Rechte einzufordern: beim Sozialamt, bei der Integrationsbeauftragten des Landkreises oder des Landes Brandenburg. Wir empfehlen, sich an eine gute Beratungsstelle zu wenden. Adressen können Sie über den Flüchtlingsrat bekommen.

Flüchtlingsrat Brandenburg

flüchtlingsrat brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel. 0331 – 716 499
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Karin Weiss
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel. 0331 – 866 5900
integrationsbeauftragte@masf.brandenburg.de

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.
Menschenrechte kennen keine Grenzen

Georgenkirchstrasse 69/70
10249 Berlin
Tel. (030) 24344 – 5762
Fax (030) 24344 – 5763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

BÜRO FÜR MEDIZINISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. (030) 694 67 46
Fax (030) 629 011 45
info@medibuero.de
www.medibuero.de

Gemeinsame Presseinformation vom 25. Juni 2013 / Lokales

Panikmache vor schutzsuchenden Flüchtlingen stoppen!

Flüchtlingsrat fordert Reinickendorfer Bezirkspolitiker auf, Asylaufnahme zu unterstützen statt zu sabotieren

Während das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) händeringend nach geeigneten Immobilien zur Unterbringung asylsuchender Flüchtlinge sucht, wehren sich LokalpolitikerInnen jeglicher Couleur gegen die Eröffnung von Sammelunterkünften für Flüchtlinge in ihrem Bezirk – nach dem Motto „Asyl ja, aber nicht bei uns!“ Besonders negativ hervor sticht dabei das Bezirksamt Reinickendorf. Mit regelrechten Sabotageaktionen gegen neue Flüchtlingsunterkünfte werden dort rassistische Stimmungen im Bezirk befördert.

Reinickendorf: Flugblätter und rechtswidrige Quarantäne gegen Asylsuchende

Nur widerwillig stimmte das Bezirksamt im vergangenen Herbst der Eröffnung einer Notunterkunft für neuankommende Asylsuchende zu – bis dahin gab es überhaupt keine Flüchtlingsunterkunft in Reinickendorf. Auch die zweite Sammelunterkunft wurde erst nach langwierigen Verhandlungen eröffnet. Baustadtrat Martin Lambert (CDU) hatte sich, angetrieben von der flüchtlingsfeindlichen „ Pro Marie Schlei Haus“, vehement gegen das neue Wohnheim gesperrt.[1]

Anfang Mai nahm das LAGeSo zur Vermeidung akut drohender Obdachlosigkeit kurzfristig ein leeres Krankenhausgebäude in Reinickendorf als Sammelunterkunft für Flüchtlinge in Betrieb. Noch am selben Tag ließ der Baustadtrat Flugblätter verteilen, mit denen er die AnwohnerInnen zum Protest gegen die neue Unterkunft aufforderte.[2]

Am 4. Juni 2013 verhängte das Bezirksamt Reinickendorf über das neu eröffnete Flüchtlingsheim im Marie Schlei Haus eine Quarantäne. Acht der 80 dort lebenden Kinder hatten Windpocken. Allen 180 Bewohnern – egal ob infiziert oder nicht – wurden jedes Verlassen des Hauses, Einkäufe, Behördengänge und selbst Arztbesuche verboten. Nachdem die AWO, Betreiberin der Unterkunft, eine Untersuchung des Immunstatus veranlasste, wurde die Quarantäne auf ca. 80 Flüchtlinge beschränkt, deren Immunstatus nicht untersucht worden oder negativ war, sowie auf Säuglinge, da deren Immunstatus nicht untersucht werden konnte.

Das Verwaltungsgericht Berlin erklärte die Maßnahme mit Beschluss vom 17. Juni 2013 für rechtswidrig: Die gemeinsame "Quarantäne" Kranker mit Infektionsgefährdeten sei nach Infektionsschutzgesetz (IFSG) nicht sachgerecht. Ein Flüchtlingswohnheim sei anders als ein Krankenhaus oder ggf. eine einzelne Wohnung auch kein zulässiger Ort für eine Quarantäne.[3]

„Die populistische Quarantäneanordnung des Bezirksamts war fachlich und politisch im höchsten Maße unverantwortlich“, kommentiert Georg Classen, Sozialrechtsexperte des Flüchtlingsrats Berlin. *„BewohnerInnen ohne Immunschutz wurden ungeachtet ihres Alters und Gesundheitszustandes durch die gemeinsame Quarantäne mit den Erkrankten gezwungen, sich dem Infektionsrisiko auszusetzen. Bis heute wurden und werden medizinisch gebotene Maßnahmen zum Schutz besonders vulnerabler Personen (z.B. Säuglinge, Schwangere ohne Immunschutz) sowie eine räumliche Trennung von den Erkrankten, Riegelimpfungen oder Immunglobulingaben weder angeboten noch durchgeführt.“*

Entgegen dem Beschluss des Verwaltungsgerichts setzte das Bezirksamt bis zum späten Abend des 20. Juni die rechtswidrige Quarantäne-Maßnahme mit Hilfe der Polizei durch.

„Das Verhalten des Baustadtrats Lambert, des Gesundheitsamtes und des in Vertretung des Gesundheitsstadtrats handelnden Sozialstadtrats Höhne ist inakzeptabel. Mit ihrer Blockade gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und der völlig abwegigen Quarantänemaßnahme haben sie sich politisch disqualifiziert. Statt eine flüchtlingsfeindliche Wählerschaft zu umwerben und rassistische Stimmungen zu befördern, müssen LokalpolitikerInnen sich ihrer Verantwortung zur Aufnahme schutzsuchender Menschen stellen und im Bezirk für die Unterstützung der Flüchtlinge werben“, so Classen weiter.

Der Flüchtlingsrat ruft AnwohnerInnen und LokalpolitikerInnen dazu auf, den schutzsuchenden Menschen Achtung und Respekt entgegenzubringen und ihnen bei ihrer Ankunft in Berlin behilflich zu sein.

Möglichkeiten gibt es viele: z.B. die Gründung von Initiativen, die ehrenamtlich Deutschunterricht und Hilfe bei der Wohnungssuche anbieten, Sachspenden für die Kinder oder ein Willkommensfest.

Pressekontakt:
Flüchtlingsrat Berlin, Tel. 030-243445762
Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, Tel. 030- 694 67 46

[1] www.morgenpost.de/bezirke/reinickendorf/article113766723/Berliner-Bezirk-lehnt-Fluechtlingsheim-ab.html
[2] www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Lambert_Kein_Asyl_KaBoN.pdf
[3] www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/VG_Berlin_keine_Quarantaene_Windpocken.pdf

Hintergrundinformationen

1. Steigender Bedarf an Unterbringungskapazitäten und Initiativen gegen neue Heime

Asylsuchende Flüchtlinge finden in Berlin angesichts einer fehlenden Wohnungspolitik, eines immer schwierigeren Wohnungsmarktes und nicht an die Mietpreisentwicklung angepasster sozialhilferechtlicher Mietobergrenzen kaum noch Wohnungen. Von 2010 bis 2013 stieg die Zahl der insgesamt in Berlin lebenden asylsuchenden und geduldeten Flüchtlinge von etwa 10.000 auf ca. 13.000.

Die Zahl der mangels Wohnraum in **Not- und Sammelunterkünfte** eingewiesenen Flüchtlinge vervierfachte sich zugleich von 1.500 auf 6.000. Während noch vor drei Jahren ca. 85 % der asylsuchenden und geduldeten Flüchtlinge in Mietwohnungen lebten, sind es heute nur noch etwa 50 %. In der Folge gibt es statt seinerzeit sechs nunmehr etwa 30 Sammelunterkünfte für Flüchtlinge in der Stadt.

Während in Berlin hunderte grundsätzlich geeignete öffentliche und private Immobilien leer stehen – siehe – www.leerstandsmelder.de **wehren sich BezirkspolitikerInnen** mehr oder weniger erfolgreich gegen die Unterbringung Asylsuchender in ihrem Bezirk.

Hinzu kommen die vor allem von **LokalpolitikerInnen der CDU in Rudow, Kreuzberg, Lichtenrade und Reinickendorf organisierten bzw. initiierten „Initiativen“** und Kampagnen gegen Flüchtlinge.

Die **CDU Rudow** und CDU-**MdA Hans-Christian Hausmann** organisierten Stimmungsmache gegen Asylsuchende mittels einer Bürgerversammlung in Rudow. Die NPD und rechtsextreme Kriminelle übernahmen die von der CDU gestartete Kampagne, es gab Anschläge u.a. gegen eine am Rand Neuköllns gelegene Flüchtlingsunterkunft.
http://bglbb.blogsport.de/2012/10/11/cdu-und-nazis-zusammen-gegen-fluechtlings-lager-in-suedberlinn
http://bglbb.blogsport.de/2012/10/12/hintergrund-zur-cdu-rudow-und-den-anschlag-auf-das-lager-wassmannsdorf-durch-nw-berlin/

In **Kreuzberg** organisierten der „integrationspolitische Sprecher“ der CDU, **MdA Kurt Wansner**, seine BVV-KollegInnen und der CDU-Bundestagskandidat des Wahlkreises die Stimmungsmache gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft. Inzwischen sei nach Aussage der Heimleitung die Unterstützung durch das Umfeld überwältigend, von der CDU aufgehetzte AnwohnerInnen hätten sich persönlich entschuldigt.
www.cl-netz.de/foren/cl.politik.migration/CDU-Kreuzberg-macht-bei-Buergerversammlung-Stimmung-gegen-Asylbewerberheim-Wahlkampf-gegen-Fluechtlinge%3F-93261.html
http://www.berliner-woche.de/nachrichten/bezirk-friedrichshain-kreuzberg/kreuzberg/artikel/8139-versammlung-zum-neuen-asylbewerberheim/?type=98.

In **Tempelhof** hatte **CDU-MdB Jan-Marco Luszak** Erfolg mit seiner Kampagne gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Seniorenheim. www.bz-berlin.de/archiv/lichtenrade-verhindert-neues-asyl-bewerberheim-article1642651.html
Auch die **Grüne Stadträtin Klotz** äußerte sich immer wieder skeptisch bis ablehnend gegen die Asylsuchenden.
www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article113821846/Asylbewerberheim-kommt-nicht-nach-Lichtenrade.html

In **Reinickendorf** ist es u.a. **CDU ex-MdA Ulrich Brinsa**, der den Widerstand gegen Flüchtlingsunterkunft der AWO organisiert. www.nord-berliner.de/index.php/nachrichten-wittenau/items/umwandlung-aus-rein-finanziellen-interessen.html

2. Quarantäne bei Windpocken-Infektionen?

Die Kinderkrankheit tritt regelmäßig in den Flüchtlingsunterkünften aller Bezirke auf - und nicht nur dort. Es ist richtig, ein ansteckendes Kind einige Tage zu Hause zu lassen. Grund für eine behördliche Quarantäneanordnung waren Windpocken aber noch nie. Fachleute für Infektionsschutz halten Windpocken-Quarantänen in Flüchtlingsunterkünften für abwegig, so die Auffassung des LaGeSo Berlin, der Senatsgesundheitsverwaltung und des dortige Referats Infektionsschutz, sowie der Amtsärzte der anderen Berliner Bezirke.

Der AWO Kreisverband Berlin-Mitte, der die betroffene Unterkunft in Reinickendorf betreibt, hat die Maßnahmen zutreffend als rechtswidrige **Freiheitsentziehung** bezeichnet.

Heimbetreiber: Quarantäne ist Freiheitsentzug
Die Berliner Amtsärzte halten Quarantäne bei Windpocken in Heimen nicht für notwendig.
www.berliner-zeitung.de/berlin/windpocken-quarantaene-heimbetreiber--quarantaene-ist-freiheitsentzug,10809148,23392234.html

Klemens Senger, der Vorsitzende des Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, hat eine deutliche Antwort auf die Frage, ob Quarantäne bei Windpocken sinnvoll ist: „Nein, sonst könnte man die halbe Republik einsperren“.

Kommentar Berliner Zeitung: Keine Polizei bei Windpocken!
www.berliner-zeitung.de/berlin/stadtbild-keine-polizei-bei-windpocken-,10809148,23394046.html

„Stellen Sie sich vor, Ihr Kind hat Windpocken und das Gesundheitsamt postiert Polizei vor Ihrer Haustür, um sicherzustellen, dass Sie Ihre Wohnung nicht verlassen. Schließlich sind Sie womöglich eine Gefahr, ansteckend eben. Sie können sich das nicht vorstellen?....

Seit Ende vergangener Woche stellt die Polizei sicher, dass die Einrichtung in Wittenau wirklich nur verlässt, wer per Bluttest bewiesen hat, dass er geimpft ist oder schon Windpocken hatte. Denn dann kann er die Krankheit nicht übertragen. ....

Trotz der berlinweiten Einigung auf eine anderslautende Regelung hatte der Bezirk sogar die Stirn, die Polizei vors Haus zu beordern. Im Namen des Volkes sozusagen. Man fragt sich, was für ein Denken hinter so etwas steckt. Soll den Flüchtlingen das Leben schwer gemacht werden? Soll ihnen klar gemacht werden, dass sie inmitten der Wittenauer Einfamilienhäuser nicht erwünscht sind?“

3. AnwohnerInnen-Initiativen zur Unterstützung Asylsuchender

Positive Beispiele gibt es aus **Wandlitz** und aus dem Berliner **Westend** zu berichten.

Das Wunder von Wandlitz: Refugees Welcome – Flüchtlinge willkommen!

Aus "Bürgerprotesten" gegen ein neues Flüchtlingsheim ist inzwischen eine Kampagne "Flüchtlinge willkommen - Refugees welcome" geworden. Als schließlich die NPD auf den Plan trat zeigten die WandlitzerInnen dagegen phantasievoll ihren Widerstand!

Die Wandlung der Wandlitzer
www.tagesspiegel.de/berlin/die-wandlung-der-wandlitzer/7797784.html

Willkommens-Aufkleber an den Geschäften
www.moz.de/details/dg/0/1/1083758

Wandlitzer stehen zum Flüchtlingsheim
http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1151140
http://oberhof.blog.de

Das Beispiel Westend

Westend heißt Flüchtlinge doch noch willkommen
www.berliner-zeitung.de/berlin/fluechtlingsunterkunft-westend-heisst-fluechtlinge-doch-noch-willkommen,10809148,23300212.html

„Am Ende des Abends hielt Suada Dolovac einen Fächer kleiner, bunter Kärtchen in der Hand und strahlte: Visitenkarten von Kirchengemeinden, Sprachschulen, dem Bezirkselternausschuss-Kita, aber auch von Privatleuten, die mitmachen wollen. Mitmachen bei der Angeboten für bis zu 230 Flüchtlinge aus aller Welt, die in den nächsten Wochen in einem Verwaltungsgebäude in der Soorstraße im Charlottenburger Ortsteil Westend unterkommen sollen: unentgeltlich Sprachkurse geben, Kinder betreuen, zu Festen in der Kleingartenkolonie oder im Fußballverein einladen, sich einfach blicken lassen, um den neuen Nachbarn zu zeigen: Ihr seid nicht allein.“

Anwohner solidarisieren sich mit Flüchtlingen
„Zunächst gab es eine Unterschriftenaktion der Anwohner gegen das Asylbewerberheim in Westend. Nun formiert sich Gegenprotest: Freiwillige melden sich, um den Flüchtlingen an der Soorstraße zu helfen.“
http://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-protest-in-berlin-westend-gegen-asylbewerberheim-anwohner-solidarisieren-sich-mit-fluechtlingen/8377718.html

Flyer der AnwohnerInneninitiative „Willkommen im Westend“
http://bglbb.blogsport.de/images/AktuellerFlyerWestend.pdf

Wohnen statt Lager: Überblick & Strategien

20. Mai 2013: Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg

Am Donnerstag diskutierte das Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg unter dem Motto „Lagerland Berlin“ mit der Berliner Mietergemeinschaft, dem Flüchtlingsrat und Betroffenen Flüchtlingen die Strategien im Umgang mit der prekären Situation von Flüchtlingen auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Parallel fand im Berliner Abgeordnetenhaus eine ähnliche Debatte statt.
Seit Herbst letzten Jahres werden in Berlin faktisch keine Flüchtlinge mehr in Wohnungen untergebracht. Statt dessen werden immer mehr Sammel- und Notunterkünfte durch den Sozialsenat eingerichtet (siehe Bericht „Politik mit und gegen die Lager“ 12.12.2012). Mittlerweile gibt es 31 vom Senat betriebene Einrichtungen, mit knapp 6.000 BewohnerInnen. Auch das bekannte Containerlager Motardstraße (Erstaufnahmeeinrichtung) in Spandau soll nach 20 Jahren Provisorium nun noch größer werden. Die Querelen um die neuen Standorte sorgen teilweise für regionale rassistische Mobilmachungen und absurden Boykott seitens der Bezirksregierungen. Der Abend in der Kreuzberger Regenbogenfabrik sollte informieren und Interventionsmöglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen aufzeigen. Klar geworden ist, dass die Marktposition von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden muss, aber auch, dass der Kampf um Wohnraum für Flüchtlinge nicht entkoppelt werden kann von den Kämpfen gegen hohe Mieten und der Diskussion um sozialen Wohnungsbau. Dabei braucht es vor allem Druck auf Immobilienbesitzer, Verwalter, BetreiberInnen der Sammelunterkünfte, Bezirksverwaltungen, die Senatsverwaltungen für Soziales und Stadtentwicklung und einen Umgang mit den rassistischen AnwohnerInnen-Protesten.

Die Zahlen von Asylerstanträgen entsprechen aktuell denen des Jahres 2003. Damals war es für die Stadt nicht besonders schwierig Flüchtlinge nach der Erstaufnahme (also nach spätestens drei Monaten) in eigenen Wohnungen unterzubringen. Was sich geändert hat, so das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), ist die Wohnungsknappheit im unteren Marktsegment. Die Behörde prognostiziert deshalb für Ende 2013 rund 7.000 Flüchtlinge, die in Sammelunterkünften leben müssen. Ein Unterbringungskonzept des Sozialsenators Czaja (CDU) spricht sogar von zukünftig 12.000 Plätzen, die vorgehalten werden sollen. Die Bezirke, die bisher wenig Flüchtlinge aufgenommen haben, müssen mit der zwangsweisen Einrichtung von Sammelunterkünften rechnen. In den letzten Monaten gab es dazu in Reinickendorf, Mitte und Lichtenrade nennenswerten Widerstand der dort zuständigen Baustadträte. Es gab baupolizeiliche Sperrungen (Reinickendorfs Baustadtrat Martin Lambert), es wurden Räumungsandrohungen gegen Betreiber ausgesprochen (Mittes Baustadtrat Carsten Spallek) und die AnwohnerInnen wurden um Protest nahezu angefleht.

Landesamt für Gesundheit und Soziales - Berliner Unterbringungsleitstelle

Unterbringung Flüchtlinge - Kapazität der Unterkünfte gem. Absprache mit den Bezirken

08.08.2013 9:00 Uhr

Art der Einrichtung	Bezirk	Betreiber	aktuelle Laufzeit	Kapazität *	Belegung	Auslastung
Aufnahmeeinrichtung AE	Spandau	Arbeiterwohlfahrt (AWO)	31.12.13	400	561	140%
	Lichtenberg	Arbeiterwohlfahrt (AWO)	31.01.17	350	357	102%
Gemeinschaftsunterkünfte GU	Chlbg-Wilm	DIMO Wehner	30.09.15	190	191	101%
	Chlbg-Wilm	PeWoBe GmbH	31.12.13	240	216	90%
	Frh-Krzbg	Diakonisches Werk	30.09.13	147	144	98%
	Frh-Krzbg	PRISOD GmbH	30.11.17	300	278	93%
	Lichtenberg	PRISOD GmbH	30.08.13	310	304	98%
	Marz-Hell	Neustart Berlin GmbH	30.09.13	140	138	99%
	Mitte	Berliner Stadtmission **	30.06.13	73	62	85%
	Mitte	PeWoBe GmbH	24.10.13	285	278	98%
	Mitte	City 54 Hotel und Hostel Berlin GmbH	31.12.22	250	245	98%
	Pankow	PRISOD GmbH	30.11.13	95	103	108%
	Rdf	AWO	offen	200	189	95%
	Temp-Schbg	Internationaler Bund (IB)	30.04.14	176	179	102%
	Temp-Schbg	Internationaler Bund (IB)	31.12.14	600	611	102%
	Trep-Köp	Arbeiterwohlfahrt (AWO)	31.10.13	250	252	101%
vertragsfreie Unterkünfte	Marz-Hell	BWV GmbH	ohne	30	11	37%
	Lichtenberg	Werneuchener Straße GmbH	ohne	394	356	90%
	Neukölln	PeWoBe GmbH	ohne	29	13	45%
Unterk. unbegl. Minderjährige	Stegl-Zehld	FSD	laufend	40	40	100%
		Summe/Auslastung		4.499	4.528	101%
Notunterkünfte	Lichtenberg	PRISOD	30.09.13	150	153	102%
	Mitte	GIERSO	31.12.13	200	268	134%
	Pankow	PRISOD	31.12.13	200	196	98%
	Rdf	PRISOD GmbH	31.10.13	500	486	97%
	Chlbg-Wilm	GIERSO	31.07.18	165	204	124%
	Trep-Köp	PeWoBe GmbH	31.12.13	138	133	96%
	Spandau	AWO	31.12.13	200	228	114%
	Spandau	Gierso	offen	100	104	104%
	Stegl-Zehld	GIERSO	offen	109	119	109%
		Summe Notunterkünfte		1.762	1.891	
		Summe aller Unterkünfte		6.261	6.419	

Erschwerter Zugang zum Wohnungsmarkt
Auf der Veranstaltung berichtete ein Flüchtling von seiner erfolglosen Wohnungssuche. Dieser lebt seit etwa einem Jahr in Berlin und ist in drei verschiedenen Lager untergebracht gewesen. Er erfuhr von anderen BewohnerInnen von der Möglichkeit eine eigene Wohnung anzumieten. Unterstützung bei der Suche und Vertragsabschluss bekam er aber keine. Neben rassistischen Ressentiments und Sprachbarrieren sorgen die Fiktionsbescheinigungen der Ausländerbehörde, also die zeitliche Beschränkung des Aufenthalts bis zur nächsten turnusmäßigen Prüfung, für Unruhe bei VermieterInnen. Diese würden einen sicheren Aufenthalt von mindestens zwei Jahren verlangen, bevor sie überhaupt an Flüchtlinge vermieten. Gescheitert ist die Anmietung bisher aber eher an den engen Vorgaben des Sozialamtes an die Wohnungen.
Der vom LaGeSo eingerichtete Kooperationsvertrag „Wohnen für Flüchtlinge“ sollte formale Probleme umgehen und war als Selbstverpflichtung der städtischen Wohnungsbauunternehmen gedacht (die besitzen rund 270.000 Wohnungen). Ein Pool von 275 Wohnungen sollte jährlich zuerst Flüchtlingen angeboten werden, bevor sie auf den freien Markt gebracht würden. Die Folge dieses Vertrags ist, dass sich die Unternehmen damit begnügen und anfragende Flüchtlinge vertrösten, sie hätten bereits ihren Beitrag geleistet. Ähnliche Erfahrungen haben andere soziale Gruppen gemacht, für die ein geschützte Marktsegment gilt: Die Kontingente reichten nicht aus; die im Pool enthaltenen Wohnungen sind die schlechtesten im Portfolio der Unternehmen und das Marktsegment dient als „social washing“-Legitimation der städtischen Wohnungsbaugesellschaften (20 Jahre Bilanz).
Flüchtlinge sind also nicht die einzige Gruppe, die auf der Suche nach billigem Wohnraum ist. Vielmehr reihen sie sich in der langen Kette der LeistungsbezieherInnen (in Berlin rund 600.000) ganz hinten ein. Denn neben den Mietobergrenzen, für die das Amt (mittlerweile) Mietübernahmebescheinigungen ausstellt, sind Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitserlaubnis mehrfach auf dem Mietmarkt diskriminiert.
Einen wichtigen Beitrag in dieser Debatte konnte Joachim Oellerich (Audio) vom Mieterecho leisten. Nicht die steigenden Mieten seien das Problem, sondern der verschlafende Wohnungsbau. Um dem Bevölkerungswachstum gerecht zu werden, müssten jährlich 1% Wohnungen hinzukommen. Bei 1,9 Mio. Wohnungen wären das mehr als die maximal 3.000, die es in den letzten Jahren waren. Seit der Jahrtausendwende ist eigentlich klar, dass Berlin ein Wohnungsproblem haben wird. Die Stellschraube Leerstand ist seit fünf Jahren aufgebraucht. Verdichtung ist die Folge. Dazu gehört, dass immer mehr Menschen, in immer kleineren Wohnungen, immer länger zusammenleben. Eine Kennzahl ist die Anzahl an Wohnungen im Verhältnis zu Haushalten. Während diese jahrelang bei 106 Wohnungen für 100 Haushalte stagnierte, sind wir mittlerweile bei 96 Wohnungen für 100 Haushalte. Das merken natürlich erst die Leute mit geringem, oder gar keinem Einkommen. Die weitere Entwicklung ist schon in osteuropäischen Staaten zu beobachten. Dort werden massenhaft Containersiedlungen errichtet, um das niedrige Marktsegment zu bedienen. Der einzige Weg aus dieser Entwicklung ist die Vergesellschaftung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Entkopplung der Mieten vom Marktgeschehen. Die Politik macht es sich einfach, wenn sie die Sammelunterkünfte mit dem Mietmarkt begründet. Gerade den hat sie in der Hand. Die rund 15.000 Ferienwohnungen sind nur ein Symptom der deregulierten Wohnungspolitik.
Aber auch vor einer umfassenden Restrukturie-

rung der Wohnungspolitik könnten Flüchtlinge auf dem Wohnungsmarkt bessergestellt werden. Das Mittel „Wohnberechtigungsschein" als Belegungsrecht der Sozialämter gegenüber den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wäre leichter umzusetzen als eine Sozialquote im Neubau. Laut Auskunft des Flüchtlingsrates fehlt es vor allem an qualifizierter Beratung und schneller Bearbeitung (rechtzeitige Kautionsübernahme usw.).

Lagerland: Die Berliner Sammelunterkünfte

Die Vertreterin des Flüchtlingsrats schilderte die Unterschiede bei den 31 Lagern (vor drei Jahren waren es nur sechs) in Berlin. Die „Wohnqualität" ist abhängig von der stadträumlichen Lage, der baulichen Beschaffenheit und Ausstattung, der Größe der Unterkunft und den Beratungsangeboten und persönliche Einstellung des dort eingesetzten Personals. Insofern sind die Notunterkünfte besonders zu kritisieren. Dort werden die amtlichen Qualitätsanforderungen oft nicht eingehalten, da aus Sicht des LAGeSo die Vermeidung von Obdachlosigkeit derzeit Vorrang hat. Die Folge sind meist Überbelegung, ungeeignete Sanitäranlagen oder Doppelnutzungen mit Sportvereinen, fehlende Möblierung und fehlendes Personal (v.a. SozialarbeiterInnen). Die panische Einrichtung der acht Notunterkünfte rief die Betreiberfirmen PeWoBe/Gierso, PRISOD und AWO auf den Plan. Während einige eher langfristig planen und viel Geld investieren um die Notunterkunft später zu einer „ordentlichen Sammelunterkunft" umzubauen, setzen andere auf das schnelle Geld. Wieviel von dem umgesetzt wird, was das LaGeSo vorschreibt ist ohne Kontrolle Glückssache.

Wesentlichen Einfluss auf die Bedingungen haben in allen Lagern aber auch die dort zuständigen SozialarbeiterInnen und LagerleiterInnen. Ihrem Engagement und Improvisationsvermögen obliegt es, ob Kinder eingeschult werden können, ob sich umliegende Krankenhäuser um die Notfallbehandlungen kümmern oder ob unterstützungswillige AnwohnerInnen eine Struktur vorfinden.

Neubau in der Motardstraße

Bisher unveröffentlicht ist das Ansinnen des Kreisverbandes Mitte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Erstaufnahmeeinrichtung Motardstraße in einem Industriegebiet in Spandau nicht zu schließen. Vielmehr will die AWO-Mitte, die schon vier Sammelunterkünfte betreibt, das Gelände von OSRAM/Siemens kaufen und dort eine größere Erstaufnahmeeinrichtung bauen. Die Idee wurde schon verklausuliert vom LaGeSo-Chef Franz Allert Ende November 2012 im Sozialausschuss des Abgeordnetenhauses vorgetragen. Dem Vernehmen nach findet der Bezirk Spandau es praktisch, dass mit der Motardstraße das bezirkliche Kontingent an unterzubringenden Flüchtlingen abgegolten ist, ohne weitere Unterkünfte in Wohngebieten stellen zu müssen. Andererseits will sich die AWO KV Mitte mit der Motardstraße auf dem wachsenden Markt der Sammelunterkünfte gegen private Betreiber behaupten. Geplant ist wieder Billigbau,wahrscheinlich Container. Der Leiter des Kreisverbandes Manfred Nowak sprach im März 2013 noch davon, dass die Motardstraße geschlossen wird und deshalb das Marie-Schlei-Haus in Reinickendorf betrieben werde. Dabei ist offensichtlich egal, dass das AWO-Jugendwerk im April eine Reform des Berliner Unterbringungskonzepts forderte: „Wichtig ist uns hierbei jedoch, dass sich Berlin um dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten bemüht, um den Lagercharakter möglichst zu vermeiden." Möglich gemacht werden Sammelunterkünfte in Industriegebieten übrigens durch die Baunutzungsverordnung, die „Anlagen mit sozialen Zwecken" in Ausnahmefällen zulässt. Die Ausnahmeregelung wird in Berlin standardmäßig erteilt.

Was zu tun ist

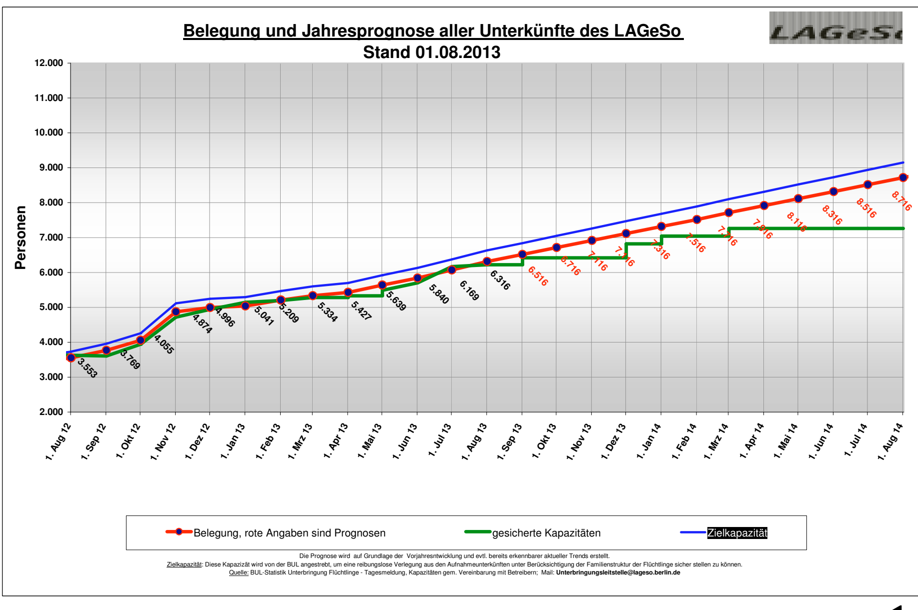
Im Anschluss an die Veranstaltung wurde themenspezifisch in kleineren Runden diskutiert und danach die Ergebnisse zusammengetragen. Eine Gruppe beschäftigte sich mit der rassistischen Mobilmachung in den Bezirken. Sich im Streit zwischen den Bezirken und dem Land bzgl. der Einrichtung von Sammelunterkünften zu positionieren ist schwierig. Einerseits sind die Bemühungen der Bezirke Flüchtlinge aus ihrer Nachbarschaft fernzuhalten zu kritisieren und Position für die Aufnahme von Flüchtlingen zu beziehen. Andererseits sollte dabei aber auch nicht das Unterbringungskonzept des Senats, das fast ausschließlich auf Sammelunterkünfte setzt, unkritisch unterstützt werden.

Den AnwohnerInnenversammlungen, die meist durch die Bezirksämter initiiert werden, kommt eine wichtige Funktion für die Meinungsbildung zu. CDU und NPD haben das mittlerweile verstanden. Im Vorfeld sollte darauf geachtet werden, dass dorthin auch Vereine eingeladen werden, die Unterstützung für Flüchtlinge organisieren wollen. Wenn sich bei Versammlungen rassistische Stimmungen Bahn brechen, dann liegt das meist auch an fehlender Gegenöffentlichkeit. Rassistische Bürgerinitiativen (mustergültig die Reinickendorfer Initiative „Pro-Marie-Schlei-Haus") muss klar werden, dass ihre Position auf Gegenwehr trifft. Wenn die Sammelunterkunft eingerichtet ist, kann eine kontinuierliche Vernetzung der Unterstützungsgruppen (z.B. Runder Tisch) dabei helfen auch den Betreibern auf die Finger zu schauen und Interessen der Flüchtlinge gemeinsam durchzusetzen.

Eine andere Diskussionsgruppe beschäftigte sich mit der Unterstützung bei der Wohnungssuche. Hierzu sollen Informationsmaterialien direkt an die BewohnerInnen von Sammelunterkünften gebracht werden und Begleitung für Wohnungsbesichtigungen o.ä organisiert werden. Solange die Wohnungspolitik Berlins so aussieht, muss dafür gekämpft werden die Marktposition von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt durch gezielte Unterstützung zu verbessern. Dazu gehört beispielsweise auch freie WG-Zimmer oder frei werdende Wohnungen direkt an Beratungsstrukturen zu melden.

Der Kampf gegen Lager wurde in Verbindung zu MieterInnenkämpfen diskutiert. Die Segregation der einzelnen Gruppen, die dem Mietmarkt ausgeliefert sind, sollte überwunden werden. Dafür würde helfen die Positionen nicht nur inhaltlich sondern auch in den Kämpfen auf der Straße zusammenzubringen. Neben den städtischen Wohnungsbauunternehmen könnten auch die privaten EigentümerInnen mehr in die Pflicht genommen werden (die Forderung nach straffreier Besetzung von leerstehenden Wohnungen bleibt aktuell). Hinsichtlich der Lagerbetreiber sind die Forderungen nach Einhaltung der Mindeststandards nicht ausreichend. Den privaten Betreibern, die meist noch in der Unterbringung von Senioren dick im Geschäft sind, müsste es zunehmend unangenehm werden solche schäbigen Sammelunterkünfte zu betreiben. Auf der anderen Seiten müssten die Wohlfahrtsverbände, wie die AWO, gezwungen werden ihre Strategie zu ändern. Beispielsweise könnten diese problemlos nicht mehr Heimplätze für 20 Euro die Nacht anbieten, sondern Wohnungen anmieten, die sie dann an Flüchtlinge weitervermieten. Eine Form von betreutem Wohnen gibt es für andere Gruppen schließlich auch. Auch ein Fonds zur Anschubfinanzierung von Wohnungen für Flüchtlinge könnte der organisierten Verantwortungslosigkeit des LaGeSo das Zepter aus der Hand nehmen. Denn eines ist sicher, die kleineren Protestaktionen in der Sache werden nicht ausreichen um genügend Druck auf die unterschiedlichen Akteure auszuüben.

Mit vielen Bildern, Audio-Dokumenten und Verlinkungen unter http://de.indymedia.org/2013/05/345001.shtml





Flüchtlingslager in Oberursel (Hessen)

Von Paul Gerstheim

Selbstherbeigeführter Unterbringungsnotstand

Hysterie um den Anstieg der Asylantragszahlen

Über Jahre haben die Kommunen massiv die Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende reduziert. Als Folge beklagen sie nun, sie seien mit der Aufnahme der Geflüchteten überfordert. Mit jeder Ankündigung einer neuen Notunterkunft malen die Medien den vermeintlichen „Notstand" in schillernden Farben aus, während die Innenminister sich mit rigiden Maßnahmen als Retter vor „massenhaftem Asylmissbrauch" profilieren.

„Der Katastrophenfall ist verschoben – der befürchtete Ansturm bleibt bislang aus", so betitelte die *Augsburger Allgemeine* am 18. Januar 2013 einen Artikel über die Zuweisung von rund 100 Asylsuchenden. Einige Monate zuvor war man noch von anderem überzeugt: „Flüchtlingssturm führt zu Notstand", schrieben die *Westfälischen Nachrichten* im September 2012 und die *Neue Osnabrücker Zeitung* titelte: „Aufnahmestelle platzt aus allen Nähten". Kaum eine Lokalzeitung unterließ es, den Anstieg der Asylantragszahlen zur „Flüchtlingsflut" oder „Katastrophe" zu dramatisieren. Immerhin wiesen einige Medien auf den Grund hin, warum es in vielen Kommunen an Unterkünften mangelt: Nicht etwa, weil die rund 60.000 Asylanträge im Jahr 2012 Deutschland „überschwemmt" hätten, sondern weil in den vergangenen Jahren fast überall die Zahl der Unterkunftsplätze massiv reduziert worden war. Bei der Planung der Kapazitäten hatte man sich offenbar vielerorts am historischen Tiefststand der Antragszahlen orientiert: 2007 waren es gerade einmal rund 19.000 Erstanträge gewesen. Obwohl die alltäglichen Nachrichten der Folgejahre nicht gerade glauben machten, der Weltfriede stünde unmittelbar bevor, hatte offenbar kaum jemand damit gerechnet, dass die Zahl der Flüchtlinge, die es trotz aller Abschottungsmaßnahmen nach Deutschland schaffen, wieder steigen könnte.

Instrumentalisierung

Doch das politische Interesse, vorausschauend Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge zu schaffen, dürfte ohnehin

gering sein. Bilder von Turnhallen voller Feldbetten kommen Innenministern traditionell gelegen. Angesichts überfüllter Flüchtlingsunterkünfte können sie sich ihren Wählern als Retter vor „massenhaftem Asylmissbrauch" empfehlen. Als Ende 2012 die Antragszahlen serbischer und mazedonischer Asylsuchender deutlich stiegen, unterstellte Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** den Schutzsuchenden aus den genannten Staaten pauschal Asylmissbrauch und ordnete Asylschnellverfahren an, in denen das Ergebnis von vornherein feststand. „In keinem Fall konnte eine asylrelevante Verfolgung festgestellt werden", vermeldete das Innenministerium. Dass es sich bei den Betroffenen größtenteils um Angehörige der Roma und anderer Minderheiten handelt, die aufgrund massiver rassistischer Diskriminierung in Serbien und Mazedonien vielerorts noch nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser haben – geschweige denn Chancen auf Arbeit und Bildung – interessierte weder in den Verfahren noch die Öffentlichkeit.

Konzept Abschreckung

Vor allem eignet sich der selbstherbeigeführte Unterbringungsnotstand, um das aus den 1980er Jahren stammende Konzept des Lagerzwangs aufrechtzuhalten. „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager", hatte **Lothar Späth**, seinerzeit Ministerpräsident Baden-Württembergs, 1982 Sinn und Zweck des bis heute bestehenden Konzepts des Lagerzwangs erläutert. Bis heute geht es um Abschreckung und systematische Ausgrenzung – auch nachdem das Bundesverfassungsgericht im Sommer letzten Jahres bezüglich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz urteilte: „Die Menschenwürde ist nicht migrationspolitisch zu relativieren".

Wohin?

Wenn es an Unterbringungsplätzen mangelt, ist noch das heruntergekommenste Lager mit Hinweis auf angeblich fehlende Alternativen leicht zu verteidigen. So stand ein aus alten Baucontainern bestehendes Lager in Hessens schwerreicher Gemeinde Oberursel schon kurz vor der Schließung. Mittlerweile ist das Lager wieder überbelegt, eine Schließung ist in weite Ferne gerückt.

Angesichts der rassistischen Proteste aus der bürgerlichen Mitte, die sich so gut wie überall dort erheben, wo Asylsuchende untergebracht werden sollen, und Kommunen, die oft nicht wissen, wo sie auf die Schnelle die Flüchtlinge unterbringen sollen, fällt es derzeit selbst Flüchtlingsorganisationen schwer, sich gegen die Eröffnung neue Massenunterkünfte zu engagieren. Zwar haben intelligentere Anwohnerinitiativen, die ihre Ressentiments gegen Asylsuchende noch halbwegs zu verbergen suchen, mittlerweile begriffen, dass man gegen solche Einrichtungen am besten mit dem Argument vorgeht, diese seien auch für die Flüchtlinge unzumutbar. Dass sich Anwohner dafür stark machen, die zugewiesenen Flüchtlinge dezentral in Wohnungen in ihrer eigenen Gegend unterzubringen, ist jedoch selten. Kein Wunder, suggeriert doch die offizielle Politik, ein Großteil der Flüchtlinge sei nur hier, um Sozialleistungen abzugreifen.

Lebenssituation

Die Flüchtlinge, die in den Lagern untergebracht werden, sind durch Arbeits- und Ausbildungsverbote zur Untätigkeit verdammt und durch die sogenannte Residenzpflicht in ihrem Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit beschnitten. Sie werden trotz häufiger Traumatisierungen medizinisch nur notdürftig versorgt, verfügen über keinerlei Privatsphäre, leben im Ungewissen über den Ausgang des Asylverfahrens und damit ohne jede konkrete Perspektive auf eine selbstbestimmte Zukunft. So verlieren die Betroffenen nicht allein Monate oder Jahre ihres Lebens, sondern oft auch ihre physische und psychische Gesundheit.

In Folge der Flüchtlingsproteste nach dem Suizid des iranischen Flüchtlings **Mohammed Rahsepar** in Würzburg Anfang 2012 interessierte sich auch die Öffentlichkeit wieder für die Situation in den Lagern – mehrere Fernsehteams zogen in Asylbewerberunterkünfte ein, um zu testen, wie es sich als Flüchtling in Deutschland lebt. Eine ARD-Reporterin, die nach vier Wochen mit Krätze, Schlafmangel und Depressionen zu kämpfen hat, sitzt am Ende der Dokumentation weinend vor der Kamera.

Widerstand unerwünscht

Jenseits des großen medialen Echos zeigen die Proteste bisher aber wenig Erfolg. In Köln machten deutsche Behörden erst vor kurzem klar, wie sie mit Flüchtlingen umzugehen gedenken, die sich den Schikanen nicht fügen: Als Flüchtlinge vom Berliner Protestcamp, die sich mit Kleinbussen aufgemacht hatten, um ihren Protest durch die Republik zu tragen, die städtische Asylunterkunft Köln-Ehrenfeld besuchten, um dort für eine angemeldete Kundgebung zu werben, rief der dortige Wachschutz die Polizei – Besuchsaktionen in diesem Umfang seien „nicht vom Individualbesuchsrecht der Flüchtlinge in den Unterkünften gedeckt", hieß es seitens der Stadt Köln. Mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Hundestaffel ging die Polizei gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer vor, 19 Personen wurden festgenommen, mehrere verletzt. Als eine Journalistin eine Polizistin nach dem Grund für das brutale Vorgehen fragte, sagte die in schlichten Worten: „Die haben sich widersetzt".

(Keine) Wohnungen für Geflüchtete in Berlin

(Stand Mai 2013)

Tausende müssen in Lagern unterkommen!

MieterInnen in Berlin wehren sich verstärkt gegen die Verdrängung in abgelegene Quartiere oder in die Obdachlosigkeit. Der Fall von Rosemarie aus Reinickendorf, die zwei Tage nach ihrer Zwangsräumung starb, zeigt die Härte der menschlichen und sozialen Realität im Berliner Raum, der dem privaten Investment überantwortet wird. Besonders Stadtteile in Innenlage wurden aufgewertet von der Politik mit Security- und Sauberkeits-Auflagen, gemeinsam mit Akteuren der Immobilienwirtschaft. Es werden Mieten bei Verkauf und Neuvermietung oder bei Sanierungen immens angehoben und Wohnungseigentum „vergoldet“. Wer nicht verwertbar ist in der liberalen Wirtschaft, muss gehen. Die Verdrängung von Leuten, die nicht mit hohem Einkommen und Status trumpfen können, wurde so deutlich, dass auch PolitikerInnen verschiedener Parteien zuweilen öffentlich darüber klagen. Doch der Senat hat seit den 90ern, in der anschließenden rot-roten Regierung und bis zu rot-schwarz, eben zu dieser Situation hingewirkt.

Mehrfachdiskriminierung am Markt

Am stärksten bekommen die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt Geflüchtete, aber auch MigrantInnen mit (relativ) gesichertem Aufenthaltsstatus zu spüren. Denn auf sie wirken weitere Gemeinheiten. Ein als nicht deutsch erkannter Akzent, eine nicht weiße Hautfarbe oder auch nur das Buchstabieren des Namens sind offen genannte oder ursächliche Gründe für die Ablehnung bei der Wohnungssuche. Weitere Diskriminierungen sind im Fehlen eines dauerhaften Aufenthaltstitels begründet. Ca. 12.000 BerlinerInnen (mit Flüchtlingsstatus, AsylbewerberInnen im laufenden Verfahren u. a.) bekommen lediglich eine auf normalerweise 6 Monate beschränkte Aufenthaltsgenehmigung. Dass diese in der Regel über Jahre und Jahrzehnte verlängert wird, interessiert die VermieterInnen nicht. Sie weisen daraufhin, dass sie nicht befristet vermieten - Flüchtlinge werden mit diesem vordergründig vernünftigen Argument sofort und legal aus der Liste der Interessierten gestrichen.

Von 6 auf 31 Lager

Öffentlich Aufmerksamkeit zu fordern, ist für Geflüchtete besonders schwierig. Doch eben das tut Not, denn die Politik hält es für gut, sie in Lager zu verweisen. Die Zahl der Sammelunterkünfte stieg in wenigen Jahren von 6 auf 31. Dabei wird jetzt von der Politik und der Presse die angestiegene Zahl Asylsuchender in Berlin dramatisiert.

Die Berliner Regierung, die in den letzten 15 Jahren den Verkauf von 40.000 Wohnungen an die Großfirma Cerberus ermöglichte und weitere Hilfestellungen bei Luxussanierungen und Eigentumswohnungs-Umwandlungen gab, findet es selbstverständlich, Geflüchtete in Baracken, meist in Randlage, zu schicken. Beispiel Motardstraße: Das Container-Lager im Spandauer Industriegebiet weit weg von bewohnten Gegenden wurde von vorher 400 Personen auf 600 Personen überbelegt. Über eine Erweiterung des Motardstraßen-Geländes wird zur Zeit nachgedacht. Im Prenzlauer Berg eröffnete in 2012 eine Notunterkunft: Keine Wohnungen in dem Edel-Bezirk, dafür aber eine Turnhalle für rund 100 Personen – hier sollen Spanplatten-Trennwände für „Privatsphäre“ sorgen. Neue Heime minderwertiger Qualität gibt es in Lichtenberg und Charlottenburg.

Lager machen krank!

Hingegen wollen wir lautstark auftreten für Wohnungen für Flüchtlinge. Das Leben im Lager macht krank, bedeutet, der Selbstbestimmung und der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beraubt, sozial isoliert zu werden. Die Politik argumentiert doppelbödig: Einerseits verweist sie auf die Wohnungsknappheit in Berlin. Das Realo-Argument lässt von einer Verantwortung der Berliner Regierung vergessen, die in den vergangenen 15 Jahren den sozialen öffentlichen Wohnungsbau faktisch reduziert und dann eingestellt hat und für die Privatisierung von Wohnraum Tür und Tore öffnete. Andererseits spricht der Sozialsenat gerne von seiner Vereinbarung mit privaten Wohnungsbaugesellschaften über 275 Wohnungen für Flüchtlinge jährlich im geschützten Marktsegment bereit zu stellen. Aber die Vereinbarung ist nicht verpflichtend und die Wohnungen wurden noch nie voll genutzt. Die Verwaltung stellt noch nicht mal genügend Beratung für Flüchtlinge bereit, um solche Wohnungen zu beantragen, deren Zahl sowieso nicht ausreicht. Durch Untätigkeit bringt der Berliner Senat immer mehr Flüchtlinge in eine desolate Lebenssituation.

Dazu kommt noch rassistische Ausgrenzung von mehreren Bezirksverwaltungen: Stadtrat Lambert (CDU) in Reinickendorf wetterte mit einem Brief an AnwohnerInnen gegen eine neue Flüchtlings-Unterkunft im Wohngebiet, und dito legte Baustadtrat Spallek (CDU) in Mitte gegen die Nutzung eines Hostel-Gebäudes in bewohnter Nachbarschaft ein Veto ein. Es gibt also viel für uns zu tun.

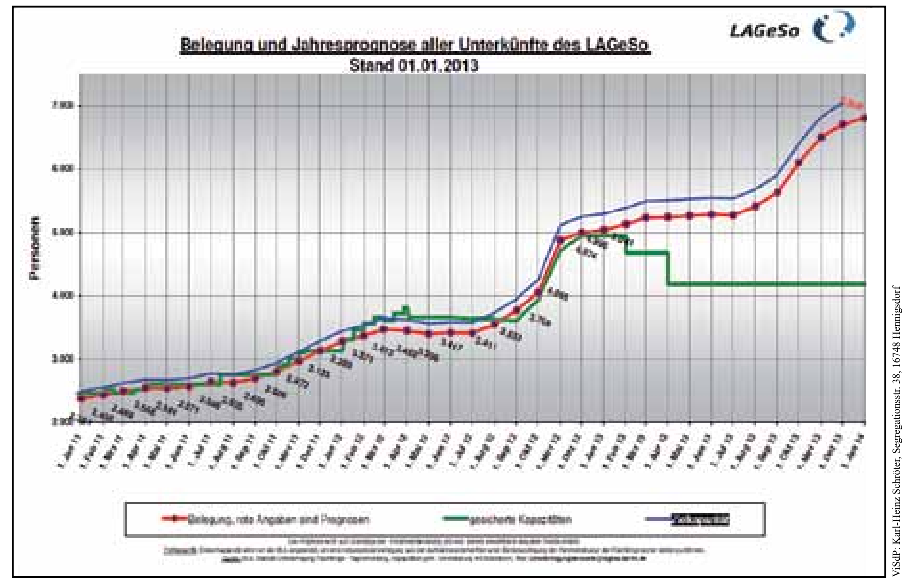
(Verdeckter) Rassismus bei der Wohnungsfindung

Flüchtlinge werden in Berlin auf sehr vielfache Weise diskriminiert. Eine Wohnungsfindung wird besonders in den zentral gelegenen Quartieren fast unmöglich.

Mehrfache Diskriminierung durch

- Geringes Einkommen: Gemäß Asylbewerberleistungsgesetz maximal Hartz 4 - Einkommen bei gleichzeitigem Arbeitsverbot
- Unsichere Mietdauer wegen kurzer Befristung der Aufenthaltspapiere
- Rassistische Auswahlkriterien bei der Wohnungsvergabe durch VermieterInnen (z.B.) Belegungsquoten, die gegen Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet sind
- Unzureichende Beratung und Hilfestellung (z.B. Kaution) durch das Sozialamt

Im Jahr 2010 mussten 15% aller Flüchtlinge in Lagern leben. Aktuell müssen es bereits etwa 50%. Das Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) zeigt in seiner Prognose vom Januar 2013, dass es Ende des Jahres 7.000 Flüchtlinge in Lagern unterbringen will.



ViSdP: Karl-Heinz Schröter, Segregationsstr. 38, 16748 Hennigsdorf

Wohnungen für Flüchtlinge und die City als sozialer Lebensraum!

Die Politik hält uns Sachzwänge vor - jahrelang waren es Profitzwänge. In der sozialfeindlichen Entwicklung kommen heute auch zunehmend rassistische Töne auf. Wir wollen sichtbar und deutlich auftreten gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen und für ihr Recht auf Wohnungen und gesellschaftliche Teilhabe. Der Kampf gegen Mieterhöhungen und für sozialen Wohnungsbau muss alle BerlinerInnen, die mit deutschem Pass und ohne, einschließen. Dabei geht es einerseits darum, praktische Wege zu finden, damit Geflüchtete Informationen und Begleitung für die Wohnungssuche erhalten. Andererseits müssen wir gemeinsam sozialfeindlichen und rassistischen Argumentationen in Politik und Alltag entgegentreten. Ein geschütztes Marktsegment für Erwerbsschwache, Kranke, Hartz-IV-LeistungsempfängerInnen, RentnerInnen wie Flüchtlinge kann nur der Anfang sein - für eine City, die der Profitgesellschaft nicht mehr schmeckt!

Wohnungen statt Lager! Das Leben im Lager macht krank!

Über die Bedingungen und Folgen des langjährigen Lebens in Flüchtlingslagern und die Kämpfe gegen das deutsche Lagersystem ist wiederholt geschrieben worden. Dieser Artikel soll verdeutlichen, wie der Berliner Senat durch seine Untätigkeit immer mehr Flüchtlinge in eine noch immer desolatere Lebenssituation bringt. Über die menschlichen und sozialen und letztlich unter anderem auch ökonomischen Folgen dieser fahrlässig herbeigeführten Verelendung und Desintegration braucht man sich nicht zu wundern. Wohnungen statt Lager!

Konkrete Planungen für weitere lokale und bundesweite Proteste sind in Vorbereitung.

Bündnis gegen Lager – Berlin/Brandenburg
www.bglbb.blogsport.de
Kontakt: buendnis_gegen_lager@riseup.net

Politik mit und gegen die Lager

Dezember 2012: Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg

„Wir wünschen uns eine Gesetzesverschärfung" sagte der integrationspolitische Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Kurt Wansner letzten Freitag auf einer AnwohnerInnenversammlung im Norden Kreuzbergs und meinte die Asylgesetzgebung, die ihm und vielen seiner ParteikollegInnen immer noch zu unbeschränkt erscheint und die durch den Flüchtlingsstreik wirkungsvoll in der Kritik steht. Dabei knüpfte er an die bundes- und europaweite Debatte um Migration und Abschottung an, die derzeit aufgrund zunehmender Flüchtlingszahlen auch regional wegen der Unterbringung von AsylbewerberInnen geführt wird. Auf lokaler Ebene greifen die Verantwortlichen gern zu sozialtechnokratischen Lösungen, richten Notunterkünfte ein und weisen die Verantwortung von sich. Dieser Artikel geht exemplarisch auf das Berliner „Unterbringungskonzept" ein. Derzeit leben rund 5.000 Flüchtlinge in der Hauptstadt in Gemeinschaftsunterkünften (1000 davon in Notunterkünften).

Gründe für die CDU-Kampagne gegen Flüchtlinge, sind die gestiegenen Zahlen der Asylerstanträge (im Vergleich zum Vorjahr um 30%), die allein dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von AsylbewerberInnen mit deutschen EmpfängerInnen von Grundsicherung zugeschrieben werden. Die Fluchtgründe (z.B. aus Serbien/Mazedonien), die Verhältnisse in den Herkunftsstaaten oder die Situation in den bisherigen Aufnahmeländern spielt bei der Neuauflage der „Asyldebatte" keine Rolle, sondern allein die Frage wie Deutschland die Leute schnell wieder los wird (z.B. durch Asylschnellverfahren). Dafür werden in der öffentlichen Debatte die Fluchtgründe sauber in ökonomische und politische getrennt und erstere als „Wohlstandsflüchtlinge" stigmatisiert. Gleichzeitig überschlagen sich PolitikerInnen in ihren Solidaritätsbekundungen gegenüber den (kämpfenden) Flüchtlingen, wie z.B. heute Bundespräsident Gauck im Brandenburgischen Bad Belzig.

Flüchtlinge in Berlin

Wenn Flüchtlinge in Berlin einen Asylantrag stellen, durchlaufen sie die sogenannte Erstaufnahme. Innerhalb von sechs Wochen werden sie registriert, die Anhörung durch das Bundesamt für Migration (BAMF) findet statt und sie werden entweder in andere Bundesländer verteilt oder in die Gemeinschaftsunterkünfte der Hauptstadt verlegt. Derzeit gibt es zwei Erstaufnahmeeinrichtungen in Spandau und Lichtenberg mit einer Kapazität von 750 Personen, die aber zu 130% ausgelastet sind. Auch die Gemeinschaftsunterkünfte sind überfüllt, weshalb das LaGeSo an unterschiedlichen Standorten (z.B. in Grünau, Mitte, Pankow, Spandau, Reinickendorf und Lichtenberg) Notunterkünfte eingerichtet hat. Nach der Erstaufnahme ist, zumindest in Berlin, der Bezug einer eigenen Wohnung für die Dauer des Asylverfahrens angestrebt. Davon ist aber seit zwei Jahren nicht mehr viel übrig. Aufgrund der verantwortungslosen Wohnungspolitik des Berliner Senats müssen immer mehr Flüchtlinge immer längere Zeit in den Berliner Gemeinschaftsunterkünften verbringen. Die Zahlen haben sich in den letzten Jahren verfünffacht.

Das LaGeSo-Unterbringungskonzept

Im Kontext der aktuellen politischen Debatten hat Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) nach einem Jahr Wartezeit sein 5seitiges „Konzept zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Berlin" dem Rat der BezirksbürgermeisterInnen vorgelegt. Dabei geht es vornehmlich um eine gleichmäßige Verteilung (nach Bevölkerungszahl) von Gemeinschaftsunterkünften (derzeit 27) in der Stadt und die Koordinierung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) bzw. die dort angesiedelte Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL). Grund für eine Neukonzeptionierung seien die veränderten Rahmenbedingungen (z.B. Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften aufgrund der Wohnungsknappheit). Dabei beschränkt sich Czaja auf die Asylsuchenden für die das Land zuständig ist und lässt Flüchtlinge für die die Bezirke allein sorgen müssen (z.B. Flüchtlinge mit Duldung) außer acht. Letztere tauchen in keiner landesweiten Statistik auf, werden aber auch seit 2010 nicht mehr, da aus den LaGeSo-Einrichtungen niemand mehr in die z.T. miserablen Bezirkseinrichtungen verlegt wird. Eine Zahl ist vielleicht noch wichtig: Dauerhaft sollen in Berlin 6.000-12.000 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften leben. Vor zwei Jahren waren es noch unter 2.000.

Große Aufmerksamkeit hat das Konzept bekommen, da Czaja nebenbei erklärte er werde geeignete Immobilien in den Bezirken mit zu wenig Flüchtlingen (Pankow, Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Treptow-Köpenick) beschlagnahmen, falls sich die Bezirke weiterhin weigerten Gebäude zur Verfügung zu stellen. Die öffentliche Inszenierung dieser Drohung passt in die Kampagne der CDU möglichst viel Wirbel um das angeblich überforderte deutsche Sozialsystem zu erzeugen. Der inszenierte Unterbringungsnotstand schafft u.a. ein Klima in denen die Asylschnellverfahren, wonach Asylgesuche aus bestimmten Ländern pauschal als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden, legitimer werden.

Notunterkünfte in Berlin

Nutunterkunft GrünauGesagt getan übergaben die Bezirke ungenutzte Gebäude an den Liegenschaftsfonds, der diese wiederum an das LaGeSo überschrieb, welches private Betreiber wie PRISOD, PeWoBe und GIERSO (wie B.O.S.S. beide Ex-Penz/Garsky-Firmen) oder Sozialträger wie die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und den Arbeitersamariterbund (ASB) beauftragt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) Notunterkünfte einzurichten. Die notdürftigen Heime bieten einen Standard, der in Fällen des Katastrophenschutz ausreichend sein mag – zur Aufnahme von Schutzsuchenden ist er aber gänzlich ungeeignet.

Meist wird die schnelle Bereitstellung der Notunterkünfte begleitet mit Versammlungen der AnwohnerInnen, die dort mal Dampf gegen „die da oben" und Vorverurteilungen gegen Flüchtlinge ablassen können. In Rudow war es der Standort, in Grünau der Lärm, in Kreuzberg die Informationspolitik des Bezirksamts (hier geht es allerdings um eine Dauerunterkunft für die nächsten 10 Jahre) und in Reinickendorf die Angst vor Kriminalität. Doch egal welcher Bezirk: In keinem wurden die betroffenen Flüchtlinge an den Versammlungen beteiligt und bei allen waren CDU-Funktionäre die Wortführer und schürten den Rassismus der meist mittelständischen Anwohner_innen. Ausgerechnet die Berliner CDU, die mit ihrem Sozialsenator die aktuelle Situation zu verantworten hat. Das Agenda ist klar: Lokalpolitisch Stimmung machen für Gesetzesverschärfungen. In Rudow hat die NPD sich dem Thema bereits angenommen.

Kritik und Widerstand

Die offensichtlichen Kritikpunkte seitens flüchtlingspolitischer Gruppen an den Notunterkünften sind einerseits die sanitären Bedingungen, die mangelnde Beratung der AsylbewerberInnen und die vernachlässigte Beschulung der Kinder. Die jahrelange Kritik an den Gemeinschaftsunterkünften und die Forderungen nach Wohnungsunterbringung werden durch die Diskussion um Notunterkünfte in den Schatten gestellt. Vor vollendete Tatsachen gestellt bleibt den Bezirken und Anwohner_innen aktuell nur noch mit Kleiderspenden o.ä. zu helfen. Diejenigen, die seit Jahren in Berliner Lagern leben müssen, sind aus der Debatte völlig verschwunden. Lager machen psychisch krank, sie traumatisieren, sie entmündigen, sie isolieren von der Mehrheitsbevölkerung und stellen Perspektivlosigkeit und existenzielle Not auf Dauer her.

Aber nicht nur in Berlin, auch in anderen Regionen ist die Presse voll von Artikeln die die gleiche Sprache sprechen: Hamburg Stellingen oder Lokstedt, Bremen, Karlsruhe, im Breisgau, in Baden-Würtemberg Reutlingen und Elchingen, Ratingen (bei Düsseldorf), in München Brunnthal und Neuhaus (bei Nürnberg).

Wie das Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg im Oktober prognostizierte (mehr private Lager-Betreiber, Rassistischer Diskurs 1: Kostenargument, Überforderung der Kieze usw.; Rassistischer Diskurs 2: Schnellere Asylverfahren, Visa-Pflicht für EU-Beitrittskandidaten und Internierung an Außengrenzen) sind die Notunterkünfte und der Ausbau es bundesdeutschen Lagersystems nur ein Vorgeschmack auf die weitere Beschränkung des Asylrechts in Deutschland und der EU.

Ende November gab die Bundesregierung bekannt das Asylbewerberleistungsgesetz zwar gemäß des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu ändern, aber nur für jene Flüchtlinge deren Asylanträge nicht „offensichtlich unbegründet" sind. Alle anderen bekommen verminderte Leistungen. Wie schon im Asylschnellverfahren wird erneut ein Mittel geschaffen, um das ohnehin ausgehöhlte Recht auf Asyl immer weniger Flüchtlingen zugänglich zu machen.

Das Jahr 2013 wird nicht nur ein Wahljahr sein. Es jährt sich auch im Mai der 20. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Asylrechts in Deutschland. Nun gilt es auch auf lokaler Ebene die Kämpfe gegen rassistische Sondergesetze zu intensivieren.

Kreuzberg: CDU hetzt Anwohner auf

9. Dezember 2012: Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg

Am Freitag abend (7.12.) fand eine Bürgerversammlung im Saal eines als Asylbewerberheims neu genutzten ehemaligen Seniorenheims im Kreuzberger Norden statt.
Veranstalter waren der private Heimbetreiber Prisod, auf dem Podium vertreten durch dessen Chefin Susanne Menk sowie die Leiterin eines Prisod-Heimes in Hohenschönhausen, das Bezirksamt Kreuzberg vertreten durch Bezirksbürgermeister Schulz und Sozialstadtrat Mildner-Spindler (Linke), sowie das Landesamt für Gesundheit und Soziales, vertreten durch die Chefin der Leistungsstelle für Asylbewerber Frau Ave.
Vor einer Woche wurde in der Bezirksverordnetenversammlung die Standortentscheidung getroffen und gleich mit der Belegung begonnen. Es wohnen bereits 90 Flüchtlinge (40 Kinder) aus unterschiedlichen Herkunftsländern dort. Das LaGeSo sprach auf der Versammlung davon, dass sie von dem „großem Zulauf“ im Herbst überrascht wurden und nun adhoc Möglichkeiten der Unterbringungen suchten.
Die Firma Prisod hat den Zuschlag zum Betrieb und einen 10-Jahresvertrag bekommen. Geplant sind 400 Plätze in den etwa 200 Seniorenappartements. Wachschutz macht die Firma B.O.S.S.. Friedrichshain-Kreuzberg hat bisher nur ein Flüchtlingsheim mit 130 Bewohnern und soll laut Unterbringungskonzept des Senats 500 weitere Asylbewerber_innen unterbringen. Dieses Gebäude sei laut Bürgermeister Schulz das einzige geeignete und sofort beziehbare Objekt im Bezirk gewesen. CDU-Sozialsenator Czaja habe den Bezirken bereits mit der Beschlagnahme von Gebäuden gedroht, daher habe man kurzfristig die Entscheidung für diese Unterkunft getroffen. Das Haus steht seit Oktober leer. Die Senioren sind in ein neues Seniorenheim in der Fidicinstraße umgezogen.

„Die Barbaren kommen!“

Mobilisiert zu der Versammlung hatte das Bezirksamt mit Aushängen und vor allem die CDU-Kreuzberg durch Flugblätter in den Briefkästen der Anwohner_innen. Dementsprechend machten von den gut 150 BesucherInnen drei Viertel Stimmung gegen Asylbewerber_innen. Anwesend war die komplette CDU-BVV-Fraktion, die allesamt die flüchtlingsfeindliche Stimmungsmache nach Kräften unterstützten. Kurz Wansner, Kreuzberger CDU-Fraktionsvorsitzender und migrationspolitische Sprecher der CDU im Abgeordnetenhaus war Wortführer im Publikum. Er wolle einfach „kein Asylbewerberheim“ sondern hoffe auf eine Verschärfung der Asylgesetzgebung.
Der größte Kritikpunkt einiger Anwohner_innen war, dass sie zu spät informiert worden seien. Angeblich hätten die dort ausgezognen Rentner und ein bekannter Briefträger schon im Sommer die Entwicklungen vorausgesehen. Mensch habe nichts gegen die Asylbewerber_innen, aber dagegen wie mit den Anwohner_innen in der Frage umgegangen wird. In der Waldstraße in Reinickendorf hätten die Anwohner_innen die Einrichtung eines Flüchtlingsheims erfolgreich verhindert. Diese Chance hatten die Kreuzberger nicht. Diesen Unmut nahm die CDU zum Aufhänger um mehr Bürgerbeteiligung zu fordern. Nach Wansners Meinung hätten die Anwohner_innen und nicht die BVV entscheiden müssen.
Außerdem wurde geschimpft über drohende Kriminalität, Drogenhandel, Prostitution, Wohnungseinbrüche und Überfälle. Dass es sowas schon jetzt dort gäbe sei ja kein Geheimnis.
Ein Vertreter des Aufbau-Hauses am Morizplatz unterstützte das Bezirksamt und analysierte treffend, dass Leute, die keine Asylbewerber_innen in ihrer Nachbarschaft wollen auch immer Gegenargumente finden. Er plädierte dafür die neuen Anwohner_innen in den Kiez zu integrieren und als „strukturelle Bereicherung“ zu betrachten. Mildner-Spindler (Linke) rückte in den Mittelpunkt, dass Asylbewerber_innen in der Nachbarschaft weniger Probleme machen würden als die Nutzung des Gebäudes als Studentenwohnheim. Schuldbewusst gaben einige zu, dass viele Argumente natürlich vorgeschoben seien, da sie einfach Angst hätten. Nachdem das geklärt war wurde noch über Fluchtgründe spekuliert (politisch oder ökonomisch motiviert) und erörtert welche denn geeignet sind um in den Genuss der Unterbringung zu kommen. Dazu wieder ein CDU-BVV-Verordnete: Roma, die ohnehin bald wieder abgeschoben werden, müssen auch nicht aufwendig integriert werden. Ein Vergleich mit DDR-Flüchtlingen aus dem Publikum lies CDU-Wansner komplett durchdrehen.
Die Äußerungen zu Prisod durch das LaGeSo hinterlassen Skepsis. Offenbar ist der Träger die einzige Institution, die nicht überfordert ist: „Der Träger steht dafür, dass es keine Probleme in der Nachbarschaft gibt“. Prisod argumentierte wiederum mit dem eigenen Wachschutz.
Die wohl dümmste Äußerung des Abends kam von einer älteren Frau die meinte, dass sie zuerst 40 Jahre mit der Mauer getriezt wurde, dann die „Türken und Araber“ kamen und nun die Asylbewerber_innen.

Fazit: Ob Pankow, Grünau, Rudow oder Kreuzberg – das Problem sind sicherlich nicht Flüchtlinge, sondern panische Nachbar_innen, die durch ihre selbstgewählte Isolation soviele xenophoben Vorurteile aufgebaut haben, dass alles Fremde überproblematisiert wird. Und tatsächlich: Die Leute haben glaubhaft versichert, dass sie Nachts nicht mehr schlafen können seit dem sie wissen, dass es in ihrer Gegend eine Unterkunft für Flüchtlinge gibt. An diesen bizarren Einstellungen werden solche Anwohner_innen-Versammlungen nichts ändern, egal wie gut argumentiert wird. Die Bemühungen des Bezirksamts Kreuzberg und auch die z.T. guten Beiträge aus dem Publikum auf der Versammlung konnten dem tiefverwurzelten Rassismus jedenfalls wenig entgegensetzen.
Das Ganze erinnerte an eine CDU-Bürgerversammlung in Rudow vor einigen Wochen. Dort wurde ebenfalls Stimmung gegen ein geplantes Asylbeweberheim gemacht. In Rudow hat inzwischen die NPD das Thema übernommen.

Grünau hilft! Jedenfalls einige...

Ende Oktober fand in der Friedenskirche in Berlin-Grünau eine Bürgerversammlung auf Einladung der Kirchengemeinde und der Linken unter dem Motto „Grünau hilft…“statt. Rund 150 AnwohnerInnen folgten dem Aufruf um über eine neue Notunterkunft für Flüchtlinge direkt in ihrer Nachbarschaft zu diskutieren.

Trotz der Bemühungen des Podiums wurden im Publikum Ressentiments gegenüber den Flüchtlingen laut. Da wurde nach den Herkunftsländern gefragt aus denen die Flüchtlinge kommen und ob wirklich Kriegsflüchtlinge kommen und keine Sinti und Roma und andere Armutsflüchtlinge.
Seit einer Woche leben nun rund 100 Flüchtlinge in dem Grünauer Bürgeramt. Und den AnwohnerInnen fiel nichts anderes ein als sich über lautes Fernsehschauen bei offenen Fenstern zu beschweren. Auch das am Fenster geraucht werde sahen manche Grünauer gar nicht gern. Die Vertreterin des Bezirksamtes beschwerte sich, dass man nicht selbst entscheiden durfte wo die Flüchtlinge hin sollen, während Vertreter des Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) damit konterten, dass man wohl lange warten könne wenn auf das Votum der Bezirke gewartet werden müsste.
Alles in allem eine wichtige Veranstaltung, allerdings erschreckend wie plump doch argumentiert wird, wenn der eigene Rassismus nicht offen ausgesprochen werden will.
Anders als in Rudow war die Veranstaltung aber vor allem davon geprägt, dass AnwohnerInnen helfen wollten. Gut ein Drittel der Anwesenden, wollten die „neuen“ erstmal kennenlernen



fragten ob und wie man helfen könne. Nächste Treffen wurden vereinbart und es wurde auch besprochen, wie Angriffe, wie auf das Lager im benachbarten Waßmannsdorf verhindert werden könnten.

Artikel im Neuen Deutschland zu der Versammlung: https://www.neues-deutschland.de/artikel/802729.gruenau-hilft.html

Achtung – Flüchtlinge in Berlin: Es herrscht Notstand!

4. November 2013: Redebeitrag auf der Demonstration zum Jahrestag der NSU

Letzte Woche erklärte sich die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus solidarisch mit den streikenden Flüchtlingen. Absurd, denn es ist die SPD, die seit Jahrzehnten in Berlin mitregiert, für die Lager und Abschiebungen mitverantwortlich ist. Doch der zynische Umgang mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz ist nur ein Beispiel wie die bundesweit geführte sogenannte Asyldebatte auf die Politik der untersten Ebene in den Ländern, Städten und Kommunen durchschlägt.

Ein weiteres ist das Unterbringungskonzept des Berliner Senats für AsylbewerberInnen. Um 40 % sei in Berlin im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl derer, die einen Asylantrag stellen, gestiegen. Der Berliner Sozialsenator Czaja fabulierte ganze Busse voll mit Flüchtlingen, die täglich in Berlin ankommen und nach Bargeld und Unterkunft fragen. Ein Notstand drohe. Die Lösung hatte das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGESO) kurzfristig parat. In den letzten Wochen sind 8 Notunterkünfte für rund 1000 Menschen vom DRK in Zusammenarbeit mit Privatunternehmen eingrichtet worden.

Lager bedeuten menschenunwürdiges Leben und gesellschaftliche Isolation. Die Zahl der in Berliner Lagern lebenden hat sich in kürzester Zeit verdoppelt. Mittlerweile gibt es 17 reguläre Lager in denen jeweils zwischen 10 und 500 Flüchtlinge untergebracht sind. Zusammen mit den Notunterkünften sind es momentan 4.900 Menschen, die hier so leben müssen.

Der Senat schiebt die Schuld für die Notunterkünfte auf die Bezirksverwaltungen. Die würden mit Hilfe des Baurechts Flüchtlingsheime in ihrem Zuständigkeitsbereich verhindern. Eigene Wohnungen kommen im Konzept des Senats offenbar gar nicht mehr vor. Der aktuelle Unterbringungsnotstand ist selbst produziert und die Argumente des Senats pure Heuchelei. Denn, ein paar tausend Flüchtlinge können in einer Stadt mit 3,5 Millionen EinwohnerInnen keinen Notstand verursachen. Vielmehr trägt die Verantwortung für die aktuelle Lage eine unverantwortliche Politik, die ignorant und rassistisch ist. Eine Politik, die Flüchtlingen den Zugang zum gesellschaftlichen und selbstbestimmten Leben verweigern will.

Wenn der Senat wollen würde, dann könnte er die Flüchtlinge ganz anders bei der Wohnungssuche und bei den Mietvertragsabschlüssen unterstützen. Er könnte die Bezirke und öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften verpflichten und nicht nur freundlich ermahnen. Statt dessen wird falsch und lückenhaft informiert. Auch die Bezirke könnten Hilfestellung leisten, in dem die Kinder ordentlich eingeschult und Hilfe bei der Wohnungssuche organisiert würde. Doch statt dessen üben sich der Senat und die Bezirksämter in gegenseitigen Schuldzuweisungen und eskalieren die Debatte.

Bereitwillig wurde das Märchen der Überforderung der Sozialsysteme durch die Medien und Rechtspopulisten aufgegriffen. Auf Bürgerversammlungen in Rudow und Grünau versicherten sich die AnwohnerInnnen gegenseitig ihren Wunsch nach Lösungen und führten die plumpesten Ressentiments von klauenden und lauten Flüchtlingen an.

Der politisch herbeigeführte Notstand kanalisiert sich jetzt in den Forderungen nach schärferen Gesetzen, schnelleren Abschiebungen und noch geringerer Lebensqualität für AsylberwerberInnen. Wir sind nicht überrascht, aber trotzdem schockiert wie voraussehbar diese Debatte gerade 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen und ein Jahr nach Bekanntwerden der NSU-Mordeserie verläuft.

Aktive Solidarität mit den Geflüchteten!
Schluss mit der politischen Brandstiftung und dem Notstandsgelaber!
Schluss mit den rassistischen Sondergesetzen!
Wohnungen statt Lager!

Keine neuen Lager!

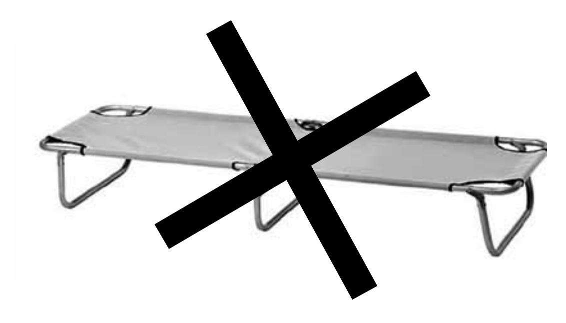
Wohnungen für Flüchtlinge!

Notunterkünfte sind keine Lösung!

Seit September 2012 eröffnet das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) Notunterkünfte für Flüchtlinge. Diese ergänzen die bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte, in denen etwa ein Viertel aller Asylbewerber_innen leben müssen.
Die notdürftigen Einrichtungen bieten einen Standard, der in Fällen des Katastrophenschutz ausreichend sein mag - zur Aufnahme von Schutzsuchenden ist er aber gänzlich ungeeignet.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 sind die Zahlen der Asylerstanträge in Europa sprunghaft angestiegen. Auch nach Berlin kommen wieder mehr Flüchtlinge. Obwohl die Zahlen überschaubar sind, droht in Berlin ein Unterbringungsengpass. Der Senat und die Bezirke haben es in den letzten Jahren versäumt die Situation von Flüchtlingen durch Wohnungsunterbringung und schnellere Aufnahmeverfahren zu verbessern. Die jetzige massenhafte Einrichtung von Notunterkünften und die parallel geführte politische Debatte um „Asylmissbrauch" provoziert eine Katastrophenstimmung und weitere rassistische Vorurteile gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung.

Die jahrelange Kritik an den Gemeinschaftsunterkünften und die Forderungen nach Wohnungsunterbringung werden durch die Diskussion um Notunterkünfte in den Schatten gestellt. Vor vollendete Tatsachen gestellt bleibt den Bezirken und Anwohner_innen aktuell nur noch mit Kleiderspenden o.ä. zu helfen. Diejenigen, die seit Jahren in Berliner Lagern leben müssen, sind aus der Debatte völlig verschwunden. Lager machen psychisch krank, sie traumatisieren, sie entmündigen, sie isolieren von der Mehrheitsbevölkerung und stellen Perspektivlosigkeit und existenzielle Not auf Dauer her.



Unsere Forderungen

AN DEN SENAT

- Lager schließen und Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen!
- Mietobergrenzen für Empfänger_innen von ALG II und AsylbLG an die Realitäten des Berliner Wohnungsmarktes anpassen!
- Anträge auf Wohnungsunterbringung erleichtern!
- Mietkautionen grundsätzlich auch für Flüchtlinge übernehmen!
- Ein geschütztes Marktsegment für Flüchtlinge bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in angemessenem Umfang schaffen und auch durchsetzen!
- Unterstützung bei der Wohnungssuche (z.B. durch konkrete Hilfe in den zahllosen Fällen verdeckter und offener Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt, durch vorab Ausstellen eines Mietübernahmebescheids)!
- Mietkostenübernahme für alle!
- Engagement auf Bundesebene zur Gleichstellung mit Beziehern von „Grundsicherung" und Stärkung des Asylrechts zur Erhöhung der Anerkennungsquote bei Asylanträgen!

AN DIE BEZIRKE

- direkte und sofortige Einschulung der Flüchtlingskinder, egal wie lange sie hier bleiben!
- nachbarschaftlichen Austausch und Kontakt in die Heime organisieren!
- Beratungs- und Betreuungsangebote für die unterschiedlichen Bedürfnisse
- zur dezentralen Unterbringung beitragen, indem alternative Konzepte zur Massenunterbringung erarbeitet werden
- eigene Konzepte erarbeiten wie mehr Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden können, z.B. aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche und bei der Durchsetzung des Rechts auf Wohnung gegenüber den zuständigen Behörden!

Nicht die gestiegene Anzahl an Asylanträgen ist ein Problem, sondern die politischen Versäumnisse des Senats und der Bezirke, die nun auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden.

Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg - Infos zum Thema unter www.bglbb.blogsport.de

Die CDU-Rudow und der Anschlag in Waßmannsdorf

12.10.2012 Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg

Kaum ist der Protestmarsch der Flüchtlinge in Berlin angekommen nutzen RassistInnen die Gunst der Stunde. Die NPD hatte schon früh dazu aufgerufen den Marsch unterwegs anzugreifen (z.B. in Erfurt). Der Beitrag der Berliner Neonazis war eine Mini-Kundgebung in Potsdam und der Anschlag auf ein Flüchtlingslager in Waßmannsdorf. Doch auch die RechtspopulistInnen von Pro Deutschland http://berlin.vvn-bda.org/?p=2577 und die in Berlin mitregierende CDU machen mobil gegen den Streik der Flüchtlinge. Skurril, denn der Berliner Sozialsenator Mario Czaja (CDU) soll sich eigentlich um die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin kümmern.

„Diese ganze Situation fühlt sich für meinen Geschmack etwas arg nach der Zeit Anfang der 1990er Jahre an, als die bürgerlichen Parteien im Gleichschritt mit den Nazis das Asylrecht faktisch kippten." So beschreibt ein Neuköllner Kiezblog die Veranstaltung der CDU-Neukölln „Asylbewerberheim in Rudow?" die am Dienstag in der Gaststätte „Steckenpferd" (Ostburger Weg) mit rund 200 aufgebrachten RudowerInnen stattfand.

Für die Rudower CDU auf dem Podium saßen die Rechtsanwälte Hans-Christian Hausmann (u.a. wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus) und Daniel Dobberke (BVV-Neukölln), sowie der Bauunternehmer Klaus-Peter Mahlo (BVV-Mitglied) und Gerrit Kringel (ebenfalls BVV-Mitglied). Dieses Immobilien-Kompetenzteam des mittelständischen CDU-Nachwuchses hatte zum „Bürgerdialog" geladen, um gegen eine geplante Notunterkunft für Flüchtlinge zu hetzen. Diese ist als Container auf einem Gelände geplant auf dem angeblich eine Schule entstehen sollte. Der eigentliche Aufreger ist aber, dass überhaupt AsylbewerberInnen in Rudow eine Unterkunft bekämen. Vorgeschlagen wurde, dass der Senat dieses Containerlager doch lieber auf dem Campus der Rütli-Schule (Nordneukölln), an der A100 oder auf dem Tempelhofer Feld setzen sollte. Die zahlreichen rassistischen Äußerungen aus dem Publikum wurden vom Podium zumindest nicht zurückgewiesen. Mit dieser Veranstaltung hat die CDU sicher keinen Dialog stiften, sondern einfach einen Contra-Punkt zur bisher freundlichen Berichterstattung über den Flüchtlingsmarsch liefern wollen. Der Tenor heißt „Wir haben ein Problem mit Asylbewerbern".

Auch Sebastian Thom, NPD-Vorsitzender in Neukölln und Mitglied im Berliner Landesvorstand der Partei saß im Publikum. Er wird verdächtigt einer der AutorInnen des Internetportals nw-berlin zu sein.

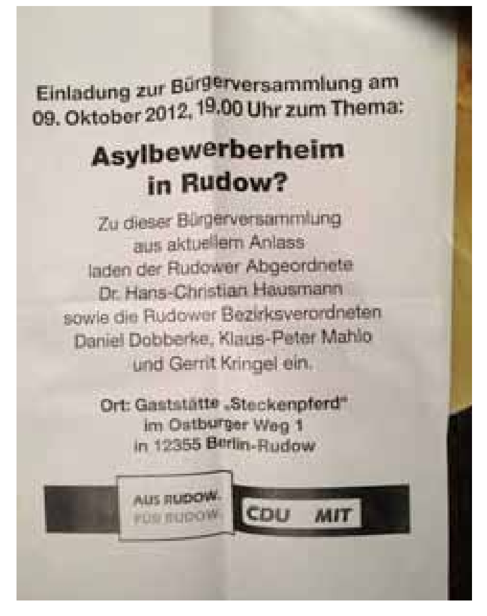
Und hier schließt sich wieder der Kreis zu dem Anschlag auf das Lager in Waßmannsdorf. Dieses ist nur wenige Kilometer von Rudow entfernt und wurde in der Nacht zu Dienstag von Neonazis angegriffen.

Der Angriff in Waßmannsdorf

Gegen 1:30 Uhr schnitten drei Männer den Zaun der Einrichtung auf und besprühten die Hauswand mit „Rostock ist überall" um dem Kürzel „nw", sowie ein Hakenkreuz. Danach versuchten sie über die Feuerleiter von außen in das Haus einzudringen. Als das nicht gelang schmissen sie eine mit brauner Farbe gefüllte Flasche in ein Fenster im ersten Stock. Dort schliefen zwei Frauen, von denen die eine von der Flasche bzw. der Farbe getroffen wurde. Danach flüchteten die Angreifer unerkannt. Der in dem Lager stationierte Wachmann wurde informiert und rief die Polizei. Diese nahm aber nur die Personalien der Frauen auf und fuhr wieder ab. Als die Spurensicherung bei Tageslicht anrückte hatte der Hausmeister bereits die Flasche und Farbe beseitigt. Die Sprühereien außen wurden von der Polizei überstrichen. Es scheint als möchte der Landkreis Dahme-Spreewald solche Vorkommnisse lieber vertuschen (obwohl der Landrat gerade große Reden schwingt). Bereits vor einiger Zeit war im Treppenhaus ein Kinderwagen angezündet worden, ohne dass dazu irgendwie ermittelt wurde. Auch wenn sich der Berliner NPD Chef Sebastian Schmidtke von dem Anschlag distanzierte mit ist davon auszugehen, dass es sich bei den Angreifern um Aktivisten des nw-berlin handelte. Die zeitliche und örtliche Nähe mit der CDU-Veranstaltung kann kein Zufall gewesen sein.

Der Berliner Sozialsenator

Der Marzahner CDUler Mario Czaja ist zwar nicht so plump rassistisch wie seine Rudower Parteikollegen, doch hat er mehr Potential um Schaden anzurichten. Auch er ist ein Sprössling der Immobilienbranche und seit knapp einem Jahr Senator für Gesundheit und Soziales. Damit ist er u.a. für die Unterbringungseinrichtungen (aka Lager) in Berlin verantwortlich. Unter ihm kommen aktuell wieder mehr Flüchtlinge in Lager. Angeblich herrscht in seiner Behörde ein Unterbringungs-Notstand, der nur durch neue Lager behoben werden kann. In den letzten Wochen wurden deshalb zuzüglich zu den bisherigen 17 Lagern des Senats (die Unter-



bringungseinrichtungen der Bezirke sind da noch nicht dabei) weitere vier Notunterkünfte eingerichtet, die demnächst bezugsfertig sind. Diese Notunterkünfte unterscheiden sich von den „normalen" Lagern dadurch, dass sie weder den viel zitierten Berliner Mindeststandards entsprechen, noch langfristig angelegt sind. Unter der Regie der Privatunternehmen Prisod und PeWoBe soll das Rote Kreuz die Häuser nur mit dem nötigsten ausstatten. Damit will Berlin der selbst produzierten Wohnungsnot unter Flüchtlingen begegnen. Aber es war nicht anders zu erwarten: Denn ein Senator der als Vorsitzender des Vereins der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer firmiert und der aus einer Partei kommt, die „Bürgerdialoge" zur rassistischen Mobilmachung initiiert (wie u.a. in Leipzig), ist nicht zu erwarten dass er menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Dass die Demonstration der Flüchtlinge am Samstag am Sozialsenat in der Oranienstraße vorbeigeht ist deshalb ein wichtiges und längst überfälliges Signal.



Das Flüchtlingslager Waßmannsdorf nach dem Anschlag am 9.10.2012

rundbrief des apabiz e. v. | ausgabe nr. 57, dezember 2012

monitor

Inhalt



(c) Christoph Löffler/chloephoto.de

Flüchtlingsproteste im Visier

Die rassistischen »Ausländer Raus!«-Kampagnen der extremen Rechten nehmen zu

Nach Deutschland geflüchtete Menschen kämpfen seit Wochen so offensiv wie nie gegen die Menschen verachtende Praxis der bundesdeutschen Asylpolitik. Während von Rechtsaußen die Rassist_innen von NPD und pro Deutschland gegen »Asylbetrüger« hetzen, legen manche Innenpolitiker_innen die Lunte ans Fass, indem sie sich als rassistische Stichwortgeber betätigen.

Am 13. November hält die rechtspopulistische pro Deutschland-Bewegung am Brandenburger Tor eine Kundgebung ab. Hier campieren seit dem 24. Oktober rund 20 Flüchtlinge und Unterstützer_innen, um ihren Forderungen nach Änderungen in der bundesdeutschen Asylpolitik Nachdruck zu verleihen. Solcher Art selbstbewusste Kämpfe im Zentrum der Hauptstadt sind in den Augen der ein Dutzend Anhänger_innen von Manfred Rouhs und Co. eine Anmaßung ohne Gleichen. Der Bundesgeschäftsführer der Partei und Vorsitzende des Berliner Landesverbandes, Lars Seidensticker, formuliert in seiner Rede: »Auf dem Pariser Platz campieren eben keine politisch verfolgten Menschen. Die wirklich politisch Verfolgten hätten doch gar keinen Grund dazu, außer sie würden wegen unserer Gastfreundschaft eine Dankeskundgebung abhalten.«[1] Und in einer bekannten extrem rechten Manier werden die Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen zu Kriminellen erklärt, als »Asylbetrüger« und als »Einwanderungsindustrie« diffamiert: »Nein, diese Leute, die da drüben stehen, haben sich bereitwillig vor den Karren derer spannen lassen, die Deutschland abschaffen wollen. Dort drüben stehen Scheinasylanten, Asylbetrüger, kriminelle Ausländer als billige Helfershelfer der Einwanderungsindustrie, die von ihrem Erwerbszweig Asylbetrug offenbar sehr gut leben können. Sie haben sich vor den Karren von SPD, Grünen, Linken und Piraten spannen lassen, die in ihrem grenzenlosen Hass gegen alles Deutsche nichts unversucht lassen, diesem Land zu schaden.«

Öffentliche Hetze

Das tapfere Dutzend der pro-Bewegung, das sich mehreren hundert Protestierenden gegenüber sah, hat auch politische Forderungen mit-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate

gebracht. Neben einer weiteren Verschärfung des Asylverfahrens fordert pro Deutschland den »Wieder-Gutmachungs-Arbeitseinsatz von Asylbetrügern«, selbstredend unter freiem Himmel, denn: »Schwere körperliche Arbeit unter freiem Himmel hat noch keinem Menschen geschadet«. Und die Flüchtlings-Hilfsorganisation PRO ASYL betreibe »unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit nichts anderes als Beihilfe zum bandenmäßigen Asylbetrug«, weshalb ihr Verbot gefordert wird.

Der Unterschied dieser Rhetorik zu jener der Konkurrenz von der NPD, die sich noch in der gleichen Woche ebenfalls am Brandenburger Tor einfindet, ist kaum erkennbar. Auch die NPD polemisiert gegen eine »organisierte Ausländerlobby«, die »seit Jahrzehnten (…) systematisch Ausländer nach Deutschland transferiert und somit unser[en] hart erarbeiteten Sozialstaat zum kollabieren« bringe. Heißt es bei pro Deutschland, man wünsche allen »Asylbetrügern und Integrationsverweigerern« eine »gute Heimreise«, so fordert NPD-Bundesvorstandsmitglied Ronny Zasowk »alle kriminellen Ausländer umgehend abzuschieben. Selbst die, die in ihren Heimatländern höhere Strafen zu erwarten haben. Wir fordern härtere Strafen für Migranten.« Und an die hungerstreikenden Flüchtlinge richtet er die zynischen Worte: »Fressen oder gefressen werden, liebe erst kürzlich nach Berlin gewanderte Flüchtlinge, Asylbewerber wie auch immer, hungert mal schön weiter, dann haben sich so einige Probleme bald von selbst gelöst.«[2]

Rechte Einigkeit

Bei der Frage, aus welchen Motiven die hierhin geflüchteten Menschen nach Deutschland kommen und wie mit ihnen umzugehen sei, herrscht eine erschreckende Einmütigkeit: Die Geflüchteten hätten allesamt keine humanitären Gründe vorzuweisen, sie wollten allein den deutschen Sozialstaat plündern und suchten den finanziellen Vorteil auf Kosten der ohnehin verarmten einheimischen Bevölkerung. Dieser Konsens wird parteiübergreifend in sämtlichen Spektren der deutschen Rechten verbal artikuliert: von den neonazistischen Kameradschaften und der NPD über die pro-Bewegung bis hin zu rechten Populist_innen in CDU und CSU. Und auch »Integrationskritiker« wie Heinz Buschkowsky und Thilo Sarrazin aus der SPD malen dieses Bild. Auf die Straße getragen wird diese Stimmung wenig überraschend zu aller erst und bereits seit längerem von der NPD und den Kameradschaften.

Die NPD und die Autonomen Nationalisten hatten in Berlin bereits im Wahljahr 2011 zwei aufeinander abgestimmte »Ausländer Raus!«-Kampagnen durchgeführt. Den Marsch der Flüchtlinge nach Berlin versuchten NPD-Gliederungen an mehreren Orten zu stören. In Erfurt kam es dabei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, in anderen Städten blieb es bei kläglichen Kundgebungen.[3] Fast zeitgleich startete der sächsische Landesverband eine mehrtägige Veranstaltungstour, bei der NPD-Funktionäre an vier Orten vor oder in der Nähe von Flüchtlingsheimen und Moscheegemeinden gegen »Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung« hetzten.

Mit Fackeln zum »Asylantenheim«

Einen unrühmlichen Höhepunkt stellte der zunächst als »Fackelmarsch gegen Asylmissbrauch« am historisch belasteten 9. November in Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern) geplante Aufmarsch der NPD dar. Von den Behörden wurde das Mitführen von Fackeln und der Vorbeimarsch am Flüchtlingsheim zwar untersagt, dennoch sammelten sich rund 200 Anhängerinnen und Anhänger der NPD. Mit Parolen wie »Deutschland den Deutschen – wir sind das Volk« und »Wir wollen keine Asylantenheime« zogen – »diszipliniert in Dreier-Reihen« – die »volkstreuen Deutschen« durch die Straßen, wie die NPD im Nachgang schreibt. In Wolgast hatte es bereits Wochen vor dem Aufmarsch Sprühereien und Äußerungen der benachbarten Einwohner_innen gegeben, die sich gegen die Unterbringung weiterer Flüchtlinge wendeten. Ein Erfolg dagegen war die große Mobilisierung von Gegendemonstrant_innen: über eintausend Menschen beteiligten sich an Protesten, darunter auch an friedlichen Blockaden der Nazi-Demoroute.

Die neonazistischen Drohungen haben auch längst diejenigen erreicht, die sich in ihrer kirchlichen, humanitären oder karitativen Arbeit für die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge einsetzen. So tauchte im Januar diesen Jahres auf dem neonazistischen Internetportal mein-hh.info ein Artikel auf, der sich ausführlich mit dem angeblichen »Überfremdungsnetzwerk in Hamburg« beschäftigte.[4] Der dortige Flüchtlingsrat wurde als »steuerndes Element der Überfremdungsbemühungen« bezeichnet, alternative, kirchliche und diakonische Einrichtungen zum Teil mit Adressen und Namen der Verantwortlichen aufgelistet. Ähnlich wie bei den Listen von »Volksfeinden«, die das neonazistische Netzwerk Nationaler Widerstand Berlin (NW Berlin) bereits seit Jahren veröffentlicht, verstanden auch die hier Betroffenen die Veröffentlichung als deutliche Drohung.[5]

»Rostock ist überall!«

Wer sich öffentlich für die Rechte der Geflüchteten einsetzt, läuft inzwischen erneut Gefahr, eine Flut von Hassmails, -Briefen und -Telefonanrufen zu erhalten. Aus einer Region erreichten uns Hinweise, dass bereits darüber nachgedacht werde, wie die Flüchtlinge im Ernstfall zu schützen wären. Der Gedanke, dass es zu einer gewalttätigen Eskalation und der Gefährdung von Menschen kommen könnte, ist keineswegs als Paranoia abzutun. Es ist die neonazistische Rechte selber, die den Kampf gegen Flüchtlinge und die Bedrohung ihres Lebens auf die Tagesordnung setzt.

Eine solche Bedrohung mussten Anfang Oktober die Bewohner_innen eines abgelegenen Flüchtlingsheims im brandenburgischen Waßmannsdorf erleben. Mitten in der Nacht klirrten Scheiben, ein Glasbehälter mit brauner Farbe flog in das Zimmer im Erdgeschoss, in dem zwei junge Afghaninnen schliefen. Die unbe-

1 Dieses und folgende Zitate nach einem vom apabiz angefertigten Transkript der Rede von Lars Seidensticker vom 13.11.2012.

2 Zitat nach einem vom apabiz angefertigten Transkript der Rede von Ronny Zasowk vom 17.11.2012.

3 Vgl. zum Beispiel zu den Störversuchen der NPD in Potsdam: http://inforiot.de/artikel/refugees-are-welcome-here

4 Der Artikel ist auf der Webseite nicht mehr aufzufinden. Eine Reaktion auf das Medienecho im Internet unter http://www.npd-stade.de/?p=388, zuletzt am 28.11.2012.

5 Vgl. Peter Müller: Liste der Einschüchterung. In: taz Hamburg v. 20.1.2012.

kannten Täter_innen versuchten zwei Türen einzuschlagen. Am Tatort hinterließen sie die Parole »Rostock ist überall« sowie ein Hakenkreuz. Und das Kürzel NW Berlin, das seit einiger Zeit häufiger in Brandenburg auftaucht.[6] »Einen so offensiven Angriff, eine so klare Drohung, das hat es hier lange nicht gegeben.«, so ein Vertreter der Brandenburger Opferberatung »Opferperspektive«.[7]

Am selben Abend wurde das Kürzel des brandgefährlichen Neonazi-Netzwerkes auch im wenige Kilometer entfernten Berlin-Rudow gesprüht. Als mutmaßlicher Betreiber der Webseite des Nationalen Widerstandes wird seit geraumer Zeit gegen Sebastian Schmidtke ermittelt, seines Zeichens Landesvorsitzender der Berliner NPD.

Besorgnis erregte auch ein bislang ungeklärter Brandanschlag in einem Flüchtlingsheim im bayerischen Wörth (Isar). Dort wurde in der Nacht des 3. November im Erdgeschoss randaliert und mehrere kleine Brände gelegt. Bereits vor dem Anschlag war das Wohnheim mit rassistischen Parolen beschmiert worden, berichteten die Bewohner_innen.

Regionale Unterschiede

An den Beispielen zeigt sich: dort, wo die NPD oder Kameradschaften die Stärke besitzen, versuchen sie vorhandene lokale Debatten ideologisch zu verschärfen und mit eigener »Ausländer Raus!«-Rhetorik auf die Spitze zu treiben. In verschiedenen Regionen und in unterschiedlichen Bundesländern können durchaus auch andere politische Akteure federführend sein, wenn es darum geht, den »Unmut der Bevölkerung« zu artikulieren. Mal gründen sich – wie es in Bayern zuletzt häufiger der Fall war – örtliche Bürgerinitiativen sozusagen aus der Mitte der Gemeinden, die vor dem angeblich massenhaften Zuzug von Fremden warnen. Mal sind es die besorgten Nachbarinnen und Nachbarn, die das Schreckensbild eines herunter gekommenen Stadtteils herauf beschwören, falls sich die fremden, als kulturell »andersartig« stigmatisierten Menschen bei ihnen niederlassen. Besonders häufig hörbar wird dies beim tatsächlichen oder vorgesehenen Zuzug von Romafamilien in Stadtteile. Die tradierten antiziganistischen Ressentiments treffen die vor Diskriminierung aus Serbien und Mazedonien geflüchteten Familien mit voller Wucht.

Back to the Nineties?

Die langjährig politisch Aktiven fühlen sich bei manchen öffentlichen Diskursen und in Anbetracht der Leichtigkeit, mit der das öffentliche rassistische Ressentiment bedienbar scheint, an die frühen 1990er-Jahre erinnert. Ein leichtfertiges Gleichsetzen der aktuellen Situation mit den Monaten, als der rassistische Mob prügelnd und Brände legend durch viele Städte und Gemeinden in Ost und West zog, verbietet sich. Doch wir wissen seither um die verhängnisvolle Dynamik, die sich zwischen politischem Diskurs von oben und der Exekution eines vermeintlichen oder realen »Volkswillens« durch Nazis und andere Brandstifter von unten entwickeln kann. Auch in den Jahren 1990 bis 1994 dominierte das Thema »Asyl« die konkreten physischen Angriffe der Neonazis deutlich, wie u.a. Ruud Koopmans in seinen Studien belegen konnte: mehr als 50 Prozent aller damaligen Aktionen und Äußerungen wendeten sich gegen »Ausländer«, »Asylbewerber« und deren Unterkünfte. Laut Koopmans war dies »ein Indiz für die zentrale Bedeutung, die der öffentlichen Asyldebatte für die Entfaltung rechtsextremer Gewalt zukam.«[8]

Ausblick

Wenn politische »Bedenkenträger« sich öffentlich um den »massenhaften Missbrauch« der Asylgesetze sorgen, haben sie nicht die Intention, Flüchtlinge zum Angriff frei zu geben. Aber sie spielen bewusst auf der rassistischen Klaviatur, um Wahlkampf zu machen. Oder um politische Projekte durchzusetzen, in der Hoffnung, durch das Drohpotenzial solcher Kampagnen die politische Opposition gefügig zu machen.

Allein die Presse spielt nach Ansicht vieler heute eine positivere Rolle als vor 20 Jahren. Bisher lesen wir viel kritisches gegenüber manch platter »Ausländer raus«-Rhetorik und in vielen Artikeln wird Verständnis deutlich für die Motive und Forderungen der Geflüchteten.

Es ist vor dieser Entwicklung nur zu hoffen, dass die Linke endlich die antifaschistische Politik mit einer antirassistischen Praxis verbindet. Dafür gibt es gute, aber leider noch zu wenige Beispiele.

Ulli Jentsch

Bei ihrer Kundgebungstour am 17. November machte die NPD auch am Brandenburger Tor halt. | (c) apabiz

6 Vgl. dazu inforiot: NW Berlin goes Brandenburg?, auf: www.blog.schattenbericht.de. Informationen zu Waßmannsdorf vgl. inforiot: NW goes Brandenburg Teil 2, auf: www.inforiot.de/artikel/nw-berlin-goes-brandenburg-teil-2

7 Vgl. Konrad Litschko: Rechter Angriff auf Flüchtlingsheim. In: taz Berlin v. 10.10.2012.

8 Vgl. Ruud Koopmans: Soziale Bewegung von rechts? In: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S.767-781.

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.



Menschenrechte kennen keine Grenzen

Georgenkirchstrasse 69/70
10249 Berlin

Tel.: (030) 24344 – 5762
Fax: (030) 24344 – 5763

buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Berlin, 15. Oktober 2012

vorab per Email:
Franz.Allert@lageso.Berlin.de

Herrn Franz Allert
Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales
Turmstr. 21
10559 Berlin

Sofortmaßnahmen Wohnungen für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Allert,

mit großer Freude haben wir am Mittwoch Abend in der Abendschau von Ihnen erfahren, dass die ZLA ab sofort Mietkautionen übernehmen soll.

Ganz herzlich danken möchten wir zudem, dass trotz der aktuellen Arbeitsüberlastung Ihre engagierten Mitarbeiter/innen Herr Djacenko, Frau Engelke und Frau Thoelldte uns am selben Tag nach Dienstschluss bei unserer Flüchtlingsratssitzung besucht und über die **aktuelle Unterbringungsnotlage** berichtet haben.

Im Ergebnis unserer Sitzung möchten wir hiermit Sofortmaßnahmen vorschlagen, um die Wohnungssuche von Flüchtlingen nach Kräften zu unterstützen und so die vorhandenen Sammelunterkünfte zu entlasten.

1. Mietübernahmebescheinigungen von Amts wegen

Mietübernahmebescheinigungen zur Wohnungssuche werden bei der ZLA derzeit nur noch **auf Antrag** ausgegeben. Flüchtlinge berichten uns, dass sie dafür eine Wartenummer für den Sozialdienst ziehen und erneut fünf Stunden warten mussten.

Wir möchten vorschlagen, dass die Sachbearbeiter **allen Leistungsberechtigten** von Amts wegen Mietübernahmescheine ausstellen, sobald absehbar ist, dass die 6- bis 12-Wochenfrist des § 47 AsylVfG überschritten wird, also zB bei Syrern (Anerkennungsquote 94 %) sofort nach Einreise.

2. Sofortprüfung der Wohnungsangebote

Die Sofortprüfung und Zustimmung zur Mietübernahme durch ZLA für die von Flüchtlingen **selbst gefundenen Mietwohnungen** sollte angesichts der aktuellen Unterbringungsnotlage die höchste Priorität haben.

Flüchtlinge berichten uns, dass aktuell die Prüfung durch die ZLA in der Regel **zwei bis drei Wochen** dauert, teils sogar noch länger. Das Wohnungsangebot hat sich dann durch den Zeitablauf in der Regel erledigt.

3. Änderung Mietübernahmescheine:
Kautionen, Genossenschaftsanteile, Maklerkosten, Vergleichsberechnung GU, Tabelle WAV

Vgl. die anliegende Mietübernahmebescheinigung ZLA II A 2001 v. 17.9.2012.

- Der für Betroffene, Berater und Vermieter völlig unverständliche **Vorbehalt zum Kostenvergleich mit GUs** muss entfallen, da auch für Alleinstehende GUs immer teurer als die Beträge nach WAV sind.
- Der Hinweis, dass **Kautionen *nicht*** übernommen werden, muss dahin geändert werden, dass Kautionen, Genossenschaftsanteile und Maklerkosten im nach BGB rechtlich zulässigen Rahmen **übernommen *werden***, vgl. insoweit auch § 35 Abs. 2 Satz 5 SGB XII sowie § 22 Abs. 6 SGB II.

- Die **WAV-Tabelle** sollte nur die auf die **jeweils konkrete Personenzahl** zutreffenden Werte nennen, dann wäre sie verbindlicher und deutlich weniger verwirrend.

Vgl. dazu Anlage aktuelle Mietkostenübernahmeschein BA Friedrichshain-Kreuzberg für 2 Personen.

Die Bescheinigung wird dort nach § 3 AsylbLG und nach SGB XII gleichermaßen verwendet, die WAV-Tabelle ist auf die konkrete Personenzahl bezogen, kein Kostenvergleich mit GUs, kein Ausschluss von Kautionen.

4. Änderung Beratungsprotokoll zur Wohnungssuche

Vgl. das anliegende Beratungsprotokoll ZLA II A 5007 v. 17.9.2012.

Flüchtlinge beim müssen beim Sozialdienst mit ihrer Unterschrift bestätigen, dass ***"Provision und Kautionen nicht übernommen werden"***.

U.E. muss im Formular des **Beratungsprotokolls** das Wort ***"nicht"*** gestrichen werden, da angesichts der aktuellen Notlage auch die Übernahme vom Kautionen und Maklerprovisionen im nach BGB zulässigen Rahmen notwendig ist. Hinzu kommen sollte ein Hinweis auf die Übernahme von Genossenschaftsanteilen.

5. Rechtsverbindlich Mietübernahmebescheinigungen zur eigenständige Wohnungssuche

Die Mietübernahmebescheinigungen zur Wohnungssuche müssen eine eigenständige Suche und **Anmietung** angemessenen Wohnraums ermöglichen.

Dies erfordert eine **rechtsverbindliche Kostenübernahmeerklärung**, adressiert an den **Vermieter nach Wahl,** unter Nennung der konkreten Bedingungen (Zustand, Mietobergrenze, ggf. Mietwuchergrenze). Vgl. das anliegende Muster aus den 80er Jahren.

6. Untermietverträge, Wohngemeinschaften

Untermietverträge in WGs oder für ganze Wohnungen sind auch **ohne Zustimmung des Hauseigentümers** miet- und sozialrechtlich wirksam und werden zB beim Jobcenter ohne weiteres akzeptiert. Wäre dies anders, hätten wir in Berlin auf einen Schlag mehrere 1000 zusätzliche Obdachlose.

Wir möchten daher anregen, auch im Bereich des AsylbLG auf die Zustimmung des Hauseigentümers zu verzichten, wenn die übrigen Voraussetzungen wie Angemessenheit usw. erfüllt sind.

Bei der Vermietung einzelner **WG-Zimmer** ergibt sich eine höhere m^2 Miete als bei einer ganzen Wohnung. Zudem ist es legitim, bei der Festlegung der Miethöhe neben der Kopfzahl unterschiedliche Zimmergrößen und ggf **Möblierungszuschläge** zu berücksichtigen. All dies wird bei der ZLA tendenziell nicht akzeptiert.

7. Renovierter Zustand, Staffelmiete

U.E. sollten anders als bisher zB auch Vereinbarungen zum Selbstrenovieren erlaubt werden und Staffelmieteverträge, die sich innerhalb der Mietobergrenzen bewegen, zugelassen werden.

8. Ermessen bei geringer Überschreitung der Mietobergrenze bzw. Unterschreitung der Frist nach § 47 AsylVfG

Uns wurde in den letzten Tagen von der Ablehnung von Mietangeboten für Familien berichtet wegen Überschreitung der Mietobergrenze um 5 oder 10 €, oder weil die Familie (bei positiver Bleibeprognose!) erst 2 1/2 Monate in der EAE sei. UE sollte hier Ermessen im Sinne der Wohnungssuchenden ausgeübt werden, zB bei Überschreitung der Miethöhe um **bis zu 10 %** analog des auch für Wohnungslose geltenden § 6 Abs. 8 WAV.

9. Verbot der Begleitung Wohnungssuchender durch Wohnheimbetreuer

Die Begleitung Wohnungssuchender zu Wohnungsbesichtigungsterminen durch Sozialarbeiter/Innen usw. erhöht die Erfolgsquote der Bewerber um ein Vielfaches. Dennoch verbieten die Wohnheimträger dies ihren Betreuerinnen in der Regel ausdrücklich, so zB der IB.

Lageso und Berliner Senat können und müssen noch mehr tun:

10. WBS für AsylbLG-Berechtigte

In Absprache mit der Senatsbauverwaltung sollte die Ausgabe von **Wohnberechtigungsscheinen** auch an AsylbLG-Berechtigte erfolgen, vgl. dazu und zu den Genossenschaftsanteilen das Beispiel Bremens:

www.fluechtlingsrat.de/materialien/thema/unterbringung/
www.radiobremen.de/politik/nachrichten/politikfluechtlinge100.html

11. Verhandlungen mit weiteren Wohnungsgesellschaften

Vereinbarung von Kontingenten mit **weiteren gemeinnützigen, kirchlichen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften** für AsylbLG-Berechtigte im Sinne des Vertrags WfF, Vereinbarung verbindlicher Kontingente und Quoten statt unverbindlicher Absichtserklärungen.

12. Öffentlicher Appell an Vermieter, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten

Wie der zuständige Staatsrat Horst Frehe in Bremen sollte auch Berlin öffentlich appellieren, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten. Vgl. PE Hansestadt Bremen vom 27.9.2012:

http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.55931.de

Dabei sollte auch die Möglichkeit der **Untervermietung** konkret genannt und öffentlich unterstützt werden.

13. Kreative Förderung von Wohnprojekten zB kirchlicher und alternativer Träger

Die Förderung größerer und kleinerer Wohnprojekte zB kirchlicher und alternativer Träger könnte die Unterbringungsnotlage entlasten. Vgl. dazu als positives Beispiel aus Potsdam MAZ vom 8.10.2012 *"Mit Herz und Verstand - Die ersten Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder sind in das neue Asyl in der City eingezogen"*

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12403618/60709/Die-ersten-Fluechtlingsfrauen-und-ihre-Kinder-sind-in.html

In den 80er Jahren gab es zB bei der **Diakonie Westberlin die "Regiestelle Flüchtlingshilfe"**, die Wohnungen für Asylbewerber mit dem Ziel anmietete, dass der Hauptmietvertrag nach einer Übergangszeit an die Flüchtlinge selbst übergeht. Hierzu wurde die soziale Betreuung der Flüchtlinge für zwei Jahre zugesichert.

14. Finanzierung von Sozialarbeiterstellen zur Wohnungssuche

bei freien Trägern zur aktiven Unterstützung der Wohnungssuche von Flüchtlingen, Beispiel Diakonie Potsdam:
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Stellenausschreibung_BFM.pdf

15. Mietübernahme auch nach Auslaufen der Jugendhilfe

Junge Flüchtlinge, die im Rahmen der Jugendhilfe bereits eine eigene Wohnung gemietet haben, berichten uns, dass Bezirkssozialämter die Mietübernahme wegen § 1a AsylbLG ablehnen und darauf verweisen, dass die Jugendlichen in eine GU umzuziehen hätte. Abgesehen vom oft fraglichen Tatbestand des § 1a AsylbLG sollten bei vorhandener Wohnung nach AV zu § 1a AsylbLG die Kosten auch weiter übernommen werden.

16. Anpassung der Mietobergrenzen an die Berliner Marktrealitäten

Die für AsylbLG-Berechtigte, Sozialhilfe- und Hartz-IV-Berechtigte geltenden, trotz ca. **25 - 30 % Mietpreissteigerung** gegenüber dem Niveau von 2005 bis 2012 nur um ca. 5 % angepassten Mietobergrenzen entsprechen in keiner Weise mehr den rechtlich zulässigen und allgemein üblichen Berliner Marktrealitäten bei der Neuvermietung von Wohnungen.

Auf **verwirrende Differenzierungen** nach Heizungstyp (Gas-/Öl-/Fernheizung) und Gebäudegröße (100/500/1000m^2) sollte ganz verzichtet werden.

Wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des Mietanstiegs muss die Politik treffen, hierfür sind nicht die Flüchtlinge verantwortlich.

Wir wären Ihnen sehr dankbar für eine Mitteilung, ob und welche Maßnahmen Sie realisieren können, auch um dies an Beratungsstellen und ehrenamtliche Unterstützer Asylsuchender weiterzugeben.

Wir stehen für Ihre Rückfragen und ein Gespräch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Georg Classen

Anlagen:
Aktueller Mietübernahmeschein ZLA mit Beratungsprotokoll zur Wohnungssuche ZLA **(keine Kautionen!)**
Aktueller Mietübernahmeschein BA Friedrichshain Kreuzberg
Rechtsverbindlicher(!) Mietübernahmeschein BA Neukölln aus 1987

Wohnungen für alle!

Schluss mit der Lagerunterbringung für Flüchtlinge!

> "Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen […]."
>
> **Artikel 25, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**

Theoretisch haben die meisten Flüchtlinge in Berlin das Recht in privaten Wohnungen zu leben. Doch in der Realität wird ihnen dieses Recht häufig verwehrt. Stattdessen müssen sie in Sammellagern leben. Es ist zynisch, das Leben in Flüchtlingslagern als Wohnen zu bezeichnen, denn

Lager machen krank, körperlich wie seelisch:

Oft sind die Flüchtlinge in maroden Plattenbauten oder Containerunterkünften untergebracht, die abseits vom Zentrum in Industriegebieten liegen. Bis zu vier Personen müssen sich ein viel zu kleines Zimmer teilen. Die Lagerleitung, Hausmeister und anderes Personal haben uneingeschränkten Zugang zu den Zimmern, Privatsphäre gibt es nicht. Auch Duschen, Toiletten und Küchen müssen sich die Bewohner teilen. Die Situation ist in besonderer Weise für Frauen belastend, denn im Lager sind sexualisierte Übergriffe keine Seltenheit.



Flüchtlinge in Lagern haben keine Privatssphäre, da Lagerleitung und anderes Personal uneingeschränkten Zugang zu den Zimmern haben. Ihr Zimmer müssen sie sich mit bis zu vier weiteren Personen teilen.

Wir fordern: Wohnungen statt Lager!

Wir wissen, dass auch Menschen, die ALG II beziehen, zunehmend Probleme haben eine Wohnung in Berlin zu finden. Das Leben in Berlin wird für alle immer teurer und viele können ihre Miete nicht mehr zahlen.

Wir wissen aber auch, dass es für Flüchtlinge (= EmpfängerInnen von Leistungen nach dem AsylbLG) besonders schwer ist, eine Wohnung zu finden, weil die vom Sozialamt festgelegten Mietobergrenzen viel zu niedrig sind, das Sozialamt die Mietkautionen für Flüchtlinge nur in Ausnahmefällen übernimmt, wegen des unsicheren Aufenthaltsstatus viele Hauseigentümer und Genossenschaften nicht an Flüchtlinge vermieten und Flüchtlinge auf dem Wohnungsmarkt erheblich diskriminiert werden.

Flüchtlinge in Lagern haben keine eigene Dusche und keine eigene Küche.

Statt Bedürftige zu unterstützen, privatisiert der Berliner Senat städtische Wohnungen und fördert dadurch Mieterhöhungen. Flüchtlinge werden zunehmend in Lagern untergebracht, neue Lager werden eröffnet.

Schluss damit! Wir fordern:

- Keine neuen Lager in Berlin, Schließung aller bestehenden Lager.
- Mietobergrenzen für EmpfängerInnen von ALG II und AsylbLG an die Marktrealitäten anpassen.
- Mietkautionen grundsätzlich auch für Flüchtlinge übernehmen.
- Ein geschütztes Marktsegment zusätzlich für Flüchtlinge.
- Endlich Unterstützung vom Amt bei der Wohnungssuche (z.B. durch konkrete Hilfe in den zahllosen Fällen verdeckter und offener Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt, durch vorab Ausstellen eines Mietübernahmebescheids usw.).
- Mietkostenübernahme für alle.

Verantwortlich und zuständig sowie Adressatin unserer Forderungen ist die Sozialsenatorin Carola Bluhm. Wir werden Frau Bluhm an ihrem Amtssitz in der Oranienstraße 106 besuchen und ihr laut und deutlich unsere Forderungen mitteilen.



Flüchtlinge in Lagern dürfen nur zu bestimmten Zeiten Besuch empfangen. Diese müssen ihren Ausweis kontrollieren lassen.

Wir rufen auf zur

DEMONSTRATION
AM 16. 11. 2010 | 14 UHR
CHECKPOINT CHARLY (U-BHF. KOCHSTRASSE)

Innere und äußere Grenzen einreißen!

Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg
buendnis_gegen_lager@riseup.net



ViSdP: Hans Jung, Seelenbinderstraße 12, 12555 Berlin

Seit einigen Wochen suchst du eine eigene Wohnung. Wieso willst du aus dem Lager raus?
Generell ist es da zu laut. Außerdem muss ich mir das Zimmer mit einem anderen Mann teilen, der nachts arbeitet und tagsüber schläft. Da kann ich eigentlich nichts im Zimmer machen. Ich muss immer leise sein, damit er schlafen kann. Überhaupt gefällt es mir da nicht. In dem Heim wohnen nur allein stehende Männer. Die Toiletten und die Küchen sind immer schmutzig, weil die anderen nichts sauber machen.

Wie viele Wohnungen hast du dir bisher angeschaut? Und wie hast du sie gefunden?
Freunde von mir haben mir die Adressen von Wohnungsbüros gegeben, „Deutsche Wohnen" zum Bespiel und BWG und GWG. Dort habe ich nach einer Wohnung gefragt und gleich beim ersten Wohnungsbüro haben die mir eine Adresse gegeben. Die Wohnung hat mir gefallen. Der Vermieter hat mir einige Papiere gegeben, die ich ausfüllen musste. Ich brauchte eine SCHUFA-Auskunft und eine Bescheinigung von meinem jetzigen Vermieter. Und ich brauchte die Zustimmung vom Sozialamt, dass die meine Miete übernehmen. Also habe ich einen Antrag auf Übernahme der Mietkosten gestellt. Zehn Tage später kam dann die Zusage. Aber als ich bei dem Vermieter angerufen habe, hat er gesagt „Tut mir leid, die Wohnung ist weg". Das Sozialamt war einfach zu langsam.

Hast du dich seitdem um andere Wohnungen bemüht?
Ja, ich war bei ungefähr fünfzehn Wohnungsbüros, wo ich nach Wohnungen gefragt habe. Aber viele haben mir gesagt, dass sie mir keine Wohnung geben, wenn ich keinen Pass habe. Oder ich brauche wenigstens eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr. Ich habe aber nur eine Duldung für sechs Monate. Die wird zwar dann verlängert, aber das wissen die ja nicht.

Was willst du jetzt tun?
Ich weiß es nicht. Bei Wohnungsbüros bekomme ich nicht mal einen Besichtigungstermin. Und das Sozialamt ist zu langsam oder hat komische Vorstellungen. Einem Freund von mir hat das Sozialamt nicht die Miete übernommen, weil die Wohnung in der Küche einen Boiler hatte. Die Energiekosten wären dann zu hoch, haben sie gesagt.
Ich habe überlegt, mit einem Freund zusammen in eine Zwei-Zimmer-Wohnung zu ziehen. Dann könnten wir uns die Miete teilen. Aber das Sozialamt würde niemals zustimmen, ihm oder mir eine Zwei-Zimmer-Wohnung zu zahlen.

Bekommst du Unterstützung bei der Wohnungssuche?
Ja, meine Freunde, die schon länger in Berlin wohnen, geben mir Adressen von Wohnungsbüros. Manchmal kommen sie auch mit, weil ich noch nicht so gut deutsch kann. Ich habe aber das Gefühl, dass Vermieter nicht gerne an Ausländer vermieten und immer abweisend sind, wenn man nicht perfekt deutsch spricht. Ich glaube, viele Vermieter hassen Ausländer. Ein Freund von mir hat seine Ein-Zimmer-Wohnung gekündigt. Ich wusste das und war bei dem Vermieter, um nach einer freien Ein-Zimmer-Wohnung zu fragen. Der hat mir gesagt „nein, wir haben keine freie Wohnung". Da wusste ich, der lügt.

Hast du schon mal vom Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge" gehört?
Nein, was ist das?



Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrates

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331-716499
Fax: 0331-887 15 460

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

Beitrag zum Fachgespräch im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie

zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 5/4573,

Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung

am Mittwoch, 14. März 2012, Landtag Brandenburg

Der Flüchtlingsrat bedankt sich für die Gelegenheit, zum Bericht der Landesregierung Stellung zu nehmen. Unsere Kritik haben wir bereits in dem Ihnen vorliegenden Offenen Brief geäußert, und auch die Positionspapiere, die wir zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen der Caritas, des Diakonischen Werkes Potsdam und der Ausländerseelsorge Potsdam in die beratende Arbeitsgruppe des Ministeriums eingebracht haben, liegen Ihnen vor.

Ich werde mich im Folgenden auf die Fragen 1 und 2 konzentrieren und damit auch einige der anderen Fragen aus unserer Sicht beantworten.

1. Welche Auswirkungen hat aus Ihrer Sicht die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft?

Das erzwungene, enge Zusammenleben mit fremden Menschen, ohne Rückzugsmöglichkeit würde für jeden von uns bereits nach wenigen Wochen eine große Belastung darstellen. Unter den Bedingungen des Verlusts von allem Vertrauten, nach oft traumatischen Erlebnissen (die meisten Flüchtlinge kommen aktuell aus Kriegsregionen) und im Wartestand administrativer Entscheidungen, ohne Arbeitsmöglichkeit, in mehr oder weniger großer gesellschaftlicher Isolation und nicht selten über Jahre hinweg, sind die negativen Auswirkungen enorm.

Konflikte aufgrund unterschiedlicher Lebensbedürfnisse und Gewohnheiten, oft auch um die knappen Ressourcen (Herdplatten, Wasserhähne, Schlüssel für Toilettentüren, gemeinnützige Arbeit oder schlicht Platz) verursachen zusätzlichen Stress. Das Fehlen einer gemeinsamen Sprache und die hohe Grundanspannung führen dazu, dass Konflikte leicht eskalieren.

Zugespitzt kann man sagen: Die Lebensbedingungen in Gemeinschaftsunterkünften machen Gesunde krank und verhindern bei Kranken die Gesundung. Sie begünstigen sexuelle Übergriffe bzw. fördern allein durch die Räumlichkeiten die Angst davor, und setzen Kinder Einflüssen aus, die niemand von uns für seine Kinder möchte, einfach dadurch, dass man mit fremden Menschen Flur, Küche, WC und Dusche teilen muss, die für Erwachsene normale aber eben häufig nicht kindgerechte Gewohnheiten und Interessen haben.

Dazu kommt, dass viele Unterkünfte in schlechtem Zustand sind, dass sie abseits liegen, ihre Anlage atmosphärisch bedrückend ist.

Soziale, gesellschaftliche Folgen:

Die konzentrierte und isolierte Unterbringung verhindert Kontakte zur einheimischen Bevölkerung und die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Kommune.

Die jahrelange Unterbringung in einer GU führt, verstärkt durch die anderen Restriktionen, zu Persönlichkeitsveränderung. Kompetenzen gehen verloren, Selbstständigkeit und Integrationsfähigkeit werden zerstört. Menschen, die über Jahre so leben mussten, berichten, dass es enormer Anstrengung bedarf, ihre Lebenstüchtigkeit und Alltagskompetenz und das frühere Selbstvertrauen wiederzugewinnen.

Die Unterbringung in Sammelunterkünften hat auch negative gesellschaftliche Folgen: Als im September 2009 der Bürgermeister von Guben ALG-II-Bezieher, die mit der Miete im Rückstand waren, in die leerstehende GU für Asylsuchende umsiedeln wollte, war die Empörung groß. Die „Massenunterkunft am Stadtrand“ sei ein Pranger, von „Ghettoisierung“ war die Rede, von „Lager“ und davon, dass die Stadt eine Fürsorgepflicht habe – besonders für Familien mit Kindern, für die die Unterkunft völlig ungeeignet sei.

Die Art der Unterbringung von Flüchtlingen in solchen GU wird also nicht nur von den Flüchtlingen als Ausgrenzung empfunden, sondern auch von der einheimischen Bevölkerung als Ausgrenzung verstanden, und fördert damit allgemein abwertende Haltungen gegenüber Ausländern und Ausländerinnen. (Die überwiegende Mehrheit der GU in Brandenburg liegt übrigens mindestens am Stadtrand, wenn nicht weit außerhalb.)[1]

Gesundheitliche Folgen:

Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen sind mehrfach dokumentiert: Der Chefarzt Dr. August Stich der Missionsärztlichen Klinik in Würzburg, die eine Ambulanz in der dortigen GU unterhält, berichtet von einer Verstärkung psychischer Erkrankungen, Retraumatisierungen und Auslösung von Depressionen durch die Zwangsunterbringung in der GU und weist außerdem auf Gefahren hin, die durch nachlässiges Verhalten entstehen, das dem Leben in einer erzwungenen Gemeinschaft geschuldet ist.[2] Ähnlich sind die Beobachtungen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Beratungsstellen. Anders als in Bayern ist die extreme Fremdbestimmung in Brandenburg durch die Abkehr vom Sachleistungsprinzip (Essenspakete, Magazine) gemildert. Stich verweist auf internationale Studien, die ebenfalls eine erhöhte Krankheitshäufigkeit in Sammelunterkünften belegen.

[1] Lausitzer Rundschau, 5.9.2007 „Lager für ALG-II-Bezieher“; Lausitzer Rundschau, 4.9.2007„Asylbewerberheim für Mietschuldner in Guben - Kurzsichtige Pädagogik“; Berliner Zeitung, 17.8.2007 „Mietschuldner sollen ins Asylheim“

[2] August Stich, „Medizinische Versorgung von Migranten“ in: Heilung und Heil, Mitteilungen und Berichte des Missionsärztlichen Instituts Würzburg 3/2006 und Stellungnahme der Missionsärztlichen Klinik Würzburg zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern, 23.4.2009. Hier wird auf mehrere internationale Studien verwiesen, die die Krankheitshäufigkeit von Flüchtlingen in Sammelunterkünften mit der in Privatwohnungen vergleichen.

Für Deutschland liegen zwei Regionalstudien vor, die den Zusammenhang zwischen Krankheit und Wohnform aufzeigen,[3] und im Bericht des Bremer Gesundheitsamtes „Das Bremer Modell – Gesundheitsversorgung Asylsuchender“ vom August 2011 heißt es resümierend: „...dass die Wohn- und Lebensbedingungen von Asylsuchenden gesundheitlich belastend sind, sowohl auf der psychischen Ebene wie auch auf der körperlichen. Das gilt auch, wenn die Unterkünfte ‚Bremer Standards’ genügen und teilweise über denen anderer deutscher Standorte liegen,“ und weiter: „Über den engen medizinischen Bereich hinausgehend wäre es wünschenswert, die Wohndauer in Gemeinschaftseinrichtungen möglichst kurz zu halten.“[4] Schließlich kommt auch der hier zur Debatte stehende Bericht der Landesregierung zu dem Schluss „Die Frage der Verweildauer in der Gemeinschaftsunterkunft ist ... von erheblicher Bedeutung für die Gesundheit und Integrationschancen der betroffenen Flüchtlinge.“ (S. 31)

Schlussfolgerung:

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um eine Zwangsunterbringung handelt, kommt den staatlichen Stellen eine besondere Fürsorgepflicht zu. In der Verfassung des Landes Brandenburg wird außerdem in Artikel 47 die „Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens“ betont. Aus all dem folgt für uns:

Soll nach der Erstaufnahme auch nur zeitweilig die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verpflichtend bleiben, so ist sicherzustellen, dass alle GU zu abgeschlossenen Apartments umgebaut werden, um ein menschenwürdiges Leben in dieser Zeit zu ermöglichen.

Sofern Gemeinschaftsunterkünfte in Kommunen vorgehalten werden, sollte die Unterbringung von Flüchtlingen dort auf maximal 6-12 Monate begrenzt werden.

Die extrem abgeschieden gelegenen GU in Elbe-Elster und Barnim müssen geschlossen werden.

Die Erfahrung zeigt, dass Flüchtlinge, die unter guten Bedingungen in Ortslage und abgeschlossenen Wohnungen untergebracht sind, ein Leben in der GU nicht in jedem Fall einer Privatwohnung vorziehen. Wäre die Unterbringung in einer GU freiwillig, so würde schnell deutlich, welche GU dem Anspruch einer „menschenwürdigen Unterbringung“, wie sie die Mehrheit des Landtags anstrebt, entspricht und welche nicht.

2. Welche Möglichkeit sehen Sie, Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wohnungen unterzubringen?

Rechtlich, organisatorisch und finanziell ist es möglich, sicherzustellen, dass Flüchtlinge unabhängig vom Aufenthaltsstatus dezentral in Wohnungen leben können. Die Mehrheit der Bundesländer zeigt, wie es geht. Sehr viele Kreisverwaltungen sind außerdem der Meinung, die dezentrale Unterbringung liege im Interesse der Gemeinden und Kommunen.[5]

[3] Birgit Behrensen, Verena Groß, „Auf dem Weg in ein ‚normales Leben‘“?- Eine Analyse der gesundheitlichen Situation von Asylsuchenden in der Region Osnabrück, Osnabrück 2004 und
Andreas Beier, „Die gesundheitliche Situation von Flüchtlingen – eine Untersuchung der kommunalen Gesundheitsversorgung in Münster und Osnabrück“, Fachhochschule Münster, April 2007

[4] Hrsg. Gesundheitsamt Bremen, Kommunale Gesundheitsberichterstattung August 2011. Felicitas Jung, „Das Bremer Modell – Gesundheitsversorgung Asylsuchender“ S. 74 und 76

[5] Hingewiesen sei auf den Erfahrungsbericht des SPD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Veit (Ausschuss für Arbeit und Soziales Wortprotokoll 47. Sitzung 2011, S. 790): “Ich muss auf die Aussage von Frau Vorholz zurückkommen, es gäbe Kommunen, die hätten gute Erfahrungen mit dem Sachleistungsprinzip und mit der Gemeinschaftsunterkunft gemacht. Ich würde Sie bitten, sehr konkret zu benennen, wo und wer das im Einzelnen war. Ich spitze diese Frage auch

Die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Mindeststandards hat einhellig festgestellt, dass die Verpflichtung in GU zu wohnen auf 6 bis 12 Monate begrenzt werden soll. Die Empfehlung, die die Landesregierung daraus ableitet: „Wegen der damit möglicherweise verbundenen Kostenfolgen sollten ... keine absolut verbindlichen Festlegungen getroffen, sondern eher eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen werden“ (S.31), ist vor dem Hintergrund des bisher Ausgeführten nicht nachvollziehbar und zu kritisieren. Sie ist politisch unentschieden, wider besseren Wissens, überlässt die Entscheidung und damit auch die Verantwortung den Kreisen und geht zu Lasten der Betroffenen.

Die Landeregierung verspielt so die politische Gestaltungsmöglichkeit, denn wo kein entschiedener politischer Wille ist, werden auch die Wege nicht gesucht werden.

Verblüffend ist die Sorge vor Mehrkosten, wo in anderen Bundesländern die Kostenersparnis der Grund für die Umstellung auf dezentrale Unterbringung in Wohnungen war bzw. aktuell ist.

Die Kosten

In den „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ vom 20. Juli 2004, werden die Kostenunterschiede zwischen den Unterbringungsformen wie folgt berechnet:

In **„Wohnheimen mit Gemeinschaftseinrichtungen“** (gemeinsame Küchen- und Sanitärnutzung) betragen die durchschnittlichen monatlichen Kosten für die Stadt	**24,56 € / qm**
In „**Wohnheimen mit abgeschlossenen Wohneinheiten**“ betragen die durchschnittlichen monatlichen Kosten	**17,96 € / qm**
In **Wohnungen auf dem Kölner Wohnungsmarkt** beträgt der durchschnittliche qm-Preis in mittlerer Wohnlage lt. Mietspiegel je nach Größe und Baujahr der Wohnung zwischen 6,50 und 10,00 € / qm. Heizkosten werden im Regelfall in Höhe von 1,30 €/qm/mtl. übernommen; d.h. Warmmiete gemäß Obergrenze Mietspiegel: Hinzu kommen ggf. Kosten einer Wohnungsersteinrichtungsbeihilfe; grob überschlägig gerechnet und auf drei Jahre abgeschrieben bedeutet dies zusätzlich ca. 0,80 / qm/ Monat	**11,30 € / qm**

Diese sogenannte **Kölner Rechnung** wird auch dem neuen Unterbringungskonzept in Bremen zugrunde gelegt (s.u.).

In **Leverkusen** wurde 2002 das sogenannte **Leverkusener Modell** der dezentralen Wohnungsunterbringung gleich nach der Erstaufnahmezeit eingeführt, mit dem Ziel, zunächst eine GU zu schließen und dadurch ca. 27.500,- €. einzusparen. Der Abbau der GU ging wesentlich schneller, so dass allein im Jahr 2002 die Kosten für die Unterbringung schon um 76.000 € reduziert werden konnten.

Von der Umsetzung des **Cottbuser Konzepts** der dezentralen Unterbringung (maximal 12 Monate GU, dann Wohnungsunterbringung möglich), das in der gleichen Zeit wie das Leverkusener Modell entwickelt wurde, sind uns leider keine Auswertungen bekannt.

In **Berlin** wurde 2003 aus Kostengründen wie in Leverkusen von der Anschlussunterbringung in GU nach der Erstaufnahme abgesehen und auf dezentrale private Wohnungen umgestellt.

deswegen so zu, weil ich selber von 1985 bis 1998 für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständig war und eine meiner ersten Amtshandlungen im August 1985 war die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften mit dem Ziel einer dezentralen Unterbringung. Wen das interessiert und wer die Kommunen und ihre Interessen wirklich ernst nimmt, der soll auch noch wissen, als das Land Hessen dann die Kosten pauschaliert und den Gemeinden und Kommunen erstattet hat – auch den Kreisen, hat mein Kreis mehr als eine Million DM verdient.”

In **Leipzig** wurde im Oktober 2010 ein Konzept zur dezentralen Unterbringung verabschiedet, in dem die verpflichtende Aufenthaltsdauer in der GU auf 6 Monate reduziert wird.

In **Bremen** wurde (mit dem Argument Kostenersparnis) im letzten Jahr beschlossen, angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen keine neuen GU zu bauen, sondern die Verweildauer dort auf maximal 12 Monate zu begrenzen und dann dezentral unterzubringen.

Dies sind nur einige Beispiele, es gäbe noch viele - **Frankfurt am Main** hält zum Beispiel schon lange gar keine spezielle GU für Flüchtlinge mehr vor. Die Unterbringung in einer GU kommt nur zur Vermeidung von Obdachlosigkeit in Frage, so wie bei allen anderen Bürger/innen auch.

Das Wohnraummangel- und Wohnraumsuchproblem

Oft entsteht der Wohnraummangel durch die fehlende Bereitschaft von Vermietern, an Flüchtlinge zu vermieten, sei es aus Vorurteil oder aus Vorbehalt wegen des Aufenthaltsstatus.

Dazu ist zu sagen, dass es im allgemeinen Interesse der Landesregierung liegt, direkte und indirekte Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu beseitigen. Die politische Entscheidung der Landesregierung, Flüchtlinge perspektivisch in Wohnungen unterzubringen, könnte in dem Zusammenhang auch gesellschaftlich richtungsweisend sein.

Praktische Möglichkeiten, dem Problem zu begegnen sind:

- In **Potsdam** gibt es die Vereinbarung, dass die Wohnungsbaugesellschaft keinen Bewerber öfter als drei Mal ablehnen soll, um möglichen Diskriminierungen entgegen zu wirken.
- In **Berlin** gibt es ein geschütztes Marktsegment. Die städtischen Wohnungsunternehmen stellen per Kooperationsvertrag ein jährliches Kontingent von 275 Wohnungen im Jahr für Flüchtlinge bereit.
- In **Bremen** wurde mit der Wohnungsbaugesellschaft vereinbart, dass sie auf aufenthaltsrechtliche Einschränkungen bei der Vermietung verzichtet. Im Gespräch ist derzeit, 100.000,-- € für eine Personalstelle bereitzustellen, die die Wohnungssuche begleitet und neue Selbsthilfe- und Ehrenamtsstrukturen installiert. Sie soll sich aus den Einsparungen durch die reduzierte GU-Unterbringung refinanzieren.
- In **Leverkusen** obliegt die Wohnungssuche den Flüchtlingen selbst. Hierbei wurden sie zu Beginn von Ehrenamtlichen unterstützt. Zur Installation des Modells (Förderung des Auszugs, Aufbau der Ehrenamtsstruktur zur Unterstützung der Wohnungssuche, Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften, Aufbau von unterstützenden Nachbarschaftsstrukturen) wurde zwei Jahre lang eine Personalstelle aus dem europäischen Flüchtlingsfonds finanziert. In den Berichten heißt es: „Sehr rasch stellte sich unter den Flüchtlingen eine gegenseitige Hilfestellung bei der Wohnungssuche und der Wohnungsrenovierung ein."
- In **Köln** versucht man, neuen Wohnraum durch ein Investorenmodell zu schaffen. „Mit „Investorenmodell" ist hier der Verkauf von städtischen Grundstücken an Investoren gemeint, die auf diesen Grundstücken neuen Wohnraum bauen und diesen an die Stadt über einen langfristigen Zeitraum, ggf. mit zusätzlicher Optionsmöglichkeit seitens der Stadt hinsichtlich der Gesamtmietdauer, vermieten. Durch einen entsprechenden baulichen Standard kann der errichtete Wohnraum nach Ablauf der Nutzung zur Flüchtlingsunterbringung zur Vermietung an andere Personenkreise offen stehen." (Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln)
- Außerdem wurde ein „Konzept für das Umzugs- , Auszugs- und Verbesserungsmanagement für die Beratung und Betreuung der Flüchtlinge in Wohnheimen" entwickelt, mit einer Personalstelle für die Begleitung der Auszüge (einschließlich Nachbarschaftsarbeit), die sich aus den Einsparungen refinanziert.

Rechtliche Voraussetzungen und Möglichkeiten:

Die Unterbringung in GU begründet sich aus dem **Asylverfahrensgesetz.** Hier heißt es:

> **§ 53** (1) Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen.

Es handelt sich um eine **Soll-Bestimmung**, die den Kommunen großen Spielraum lässt.

Die Einschränkung der Regel durch die Bestimmung **„Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen"** wurde schon in den 90er Jahren stark zugunsten der Unterbringung in Privatwohnungen genutzt (s.u.).

- Im *Interesse des Ausländers*:

  Vermeidung der schädigende Folgen durch eine länger dauernde Unterbringung in GU, Verwirklichung von Grundrechten (Privatsphäre, Persönlichkeitsentfaltung, Unversehrtheit)
- Im *öffentlichen Interesse*:

  Einsparungen bei den unmittelbaren Unterbringungskosten (erhöhte Instandhaltung, Bewachung, Hausmeister und andere Begleitkosten)

  Vermeidung von Folgekosten, die alle beschriebenen negativen Auswirkungen in der einen oder anderen Form verursachen.

Im Bundesgesetz sieht eine Soll-Bestimmung die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vor. Zur Vorhaltung von GU sind die Kreise aber nur durch das Landesaufnahmegesetz verpflichtet. Eine bundesgesetzliche Pflicht, GU vorzuhalten, gibt es nicht.

Im Gegensatz dazu besteht die Pflicht, das öffentliche Interesse und die Belange des Ausländers zu berücksichtigen.

Landesregierung und Kommunen haben einen großen Spielraum über die Art der Unterbringung zu entscheiden.

Der regelhaften Unterbringung in Wohnungen aus öffentlichem Interesse steht bundesrechtlich nichts im Wege.

Auch das **Asylbewerberleistungsgesetz § 3, Abs 2** ermöglicht nach Ablauf der dreimonatigen Pflicht des Wohnens in der Erstaufnahmeeinrichtung einzelfallbezogene, gruppenbezogene sowie flächendeckende Ermessensentscheidungen zugunsten einer Mietkostenübernahme. Nach Ablauf der 48monatigen Kürzungsdauer - die häufig allerdings nicht mit der tatsächlichen Aufenthaltsdauer übereinstimmt - besteht gemäß § 2 AsylbLG ein Rechtsanspruch auf Mietkostenübernahme. An Zeitpunkt, Dauer und Umfang der Leistungseinschränkungen durch das AsylbLG bestehen ernstliche verfassungsrechtliche Zweifel. Eine großzügige Ermessensausübung zugunsten der Betroffenen ist auch deshalb geboten, um verfassungswidrige Härten möglichst zu vermeiden.[6]

[6] Vgl. Georg Classen, „Stellungnahme zur Anhörung im Sächsischen Landtag am 30.4.2009 Dezentrale Unterbringung" Selbst wenn man den in § 3 Abs. 1 AsylbLG enthaltenen Vorrang von Sachleistungen für die Unterkunft so interpretiert, dass dies die Einweisung in *Gemeinschaftsunterkünfte* bedeutet. Möglich ist aber auch die Einweisung in Kommu-

Sowohl in Bezug auf den § 53 AsylVfG, als auch in Bezug auf § 3, Abs. 2 hat die Landesregierung die Möglichkeit, das Ermessen durch einen entsprechenden Erlass zu steuern und so Einfluss auf die Art der Unterbringung zu nehmen.

Geduldete:

Geduldete sind von § 53 nicht betroffen, denn das AsylVfG gilt nur für Asylbewerber, nicht für Ausländer mit Duldung. Für die gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geduldeten Ausländer ist nach dem AufenthG nur in besonders begründeten Ausnahmefällen die Einweisung in eine spezielle "Ausreiseeinrichtung" (§ 61 Abs. 2 AufenthG) vorgesehen. Zwar "können" nach § 61 Abs. 1 S. 2 AufenthG "weitere Bedingungen und Auflagen" für Geduldete angeordnet werden. Die generelle Einweisung in Gemeinschaftsunterkünfte ist aufgrund dieser allgemeinen Ermessensregelung jedoch unzulässig, zumal die spezialgesetzliche Regelung des § 61 Abs. 2 AufenthG ("Ausreiseeinrichtung") vorgeht.[7]

Die Landesregierung sollte zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen in einem Erlass festhalten, dass Geduldete nicht verpflichtet werden, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen.

Brandenburg steht im Bundesvergleich sehr schlecht da

Im bundesweiten Vergleich lag Brandenburg bei der Unterbringung in Privatwohnungen Ende 2009 mit nur 24.7 Prozent auf dem vorletzten Platz, gefolgt nur noch von Bayern (15,6 Prozent), das bekanntlich die restriktivste Unterbringungspolitik verfolgt (vgl: Niedersachsen 81,7 %, Schleswig-Holstein 77,5 %, Berlin 80%, Bremen 84,7 %, Hessen 60,1 %)[8] Bis Oktober 2010 stieg der Anteil in Brandenburg auf 29 Prozent, [9] liegt damit aber immer noch weiter unter dem Bundesdurchschnitt von fast 60 Prozent. Die Gründe hierfür sind vielfältig und u.a. in der Geschichte Brandenburgs als Neuem Bundesland zu suchen, denn neben Bayern und dem Saarland sind es die fünf Neuen Bundesländer, die in puncto Wohnungsunterbringung schlecht abschneiden (wobei auch hier Brandenburg am schlechtesten dasteht).

Mit der Zahlung einer Investitionspauschale an die Landkreise für die Einrichtung von GU (2300,81 € pro eingerichteten Platz) hat die Landesregierung in den 1990er Jahren Anreize für die Etablierung von GU geschaffen und die Unterbringung in diese Richtung gelenkt.

In den 1990er-Jahren wurden mit dieser Investitionspauschale mehrere GU pro Landkreis eingerichtet. Wegen sinkender Zugangszahlen sind die Kapazitäten wieder stark abgebaut worden mit dem Ergebnis, dass aktuell durch leicht steigende Zahlen überall Engpässe entstehen. Die

nalwohnungen mit Nutzungsvertrag, wobei dies in Hinblick auf die damit verbundene Umgehung des gesetzlichen Mieterschutzes nach dem BGB rechtliche Probleme aufweist. Denkbar ist auch die Anmietung regulärer Wohnungen durch den Leistungsberechtigten und die Direktzahlung an den Vermieter als Sachleistung vom Sozialamt. Classen ebd.

[7] § 15a AufenthG ermöglicht zudem - analog zu Asylantragstellern - die Einweisung illegal Eingereister, die keinen Asylantrag stellen, in eine Aufnahmeeinrichtung. Diese Wohnverpflichtung endet, wenn ein Aufenthaltstitel oder eine Duldung erteilt wurde, § 15a Abs. 4 AufenthG. Eine anschließende Pflicht zum Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften enthält § 15a AufenthG nicht. In der Praxis kommt § 15a AufenthG nur in wenigen Einzelfällen zur Anwendung. Georg Classen, ebd.

[8] Antwort auf die Große Parlamentarische Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Verfassungsrechtliche Aspekte und Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes", BT Drucksache 17/3660 vom 10.11.2010, Tabelle Seite 32

[9] Antwort auf die Kleine Parlamentarische Anfrage der Landtags-Abgeordneten Ursula Nonnemacher Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Situation von Flüchtlingen", LT-Drucksache 5/2015 am 22.10.2010, S.5 Durchschnittszahl ohne Werte aus der Prignitz s. S. 8

meisten GU sind vollständig ausgelastet, wodurch die beengten Verhältnisse noch drückender und die Arbeitsbedingungen für die Sozialarbeiter/innen noch belastender werden. In den Landkreisen Elbe Elster und Potsdam Mittelmark reichen die Kapazitäten schon jetzt nicht mehr aus.

An diesem Punkt stellt sich die Frage: Wie werden die Kapazitäten erweitert? Werden zusätzliche GU eingerichtet oder werden die Weichen in Richtung dezentrale Wohnungsunterbringung gestellt?

Die Investitionspauschale, die den Kreisverwaltungen im Landesaufnahmegesetz § 6, Abs, 2 „für die von der Erstattungsbehörde genehmigte Errichtung und Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften" zugesichert wird, sollte in Zukunft nur für die Versorgung von Flüchtlingen mit Wohnungen bereitgestellt werden.

Exkurs: Mogelpackung Prignitz

In offiziellen Verlautbarungen der Landesregierung wird die Prignitz als Kreis mit hundertprozentiger Wohnungsunterbringung aufgeführt. Geht man davon aus, dass mit Wohnungsunterbringung der Bezug einer privaten Wohnung gemeint ist, so trifft das auf die Regelunterbringung in der Prignitz nicht zu. Die völlig abgelegene GU in Perleberg wurde mangels Belegung geschlossen. Neu ankommende Flüchtlinge werden seitdem in Wohnungen in einem Wohnblock in der Stadt untergebracht, die den Charakter einer Klein-GU haben. Mehrere Erwachsene müssen sich dabei eine Wohnung teilen, so dass es ähnliche Schwierigkeiten gibt, wie in einer GU. Trotzdem sind diejenigen, die noch die alte Unterkunft kennen, froh jetzt in der Stadt zu wohnen. Das Unterbringungskonzept aber als hundertprozentige Wohnungsunterbringung zu werten, ist irreführend.

Weiterführendes:

Das Leverkusener Modell: Herr Frank Stein, Sozialdezernent von Leverkusen, informiert Kolleg/innen in anderen Kommunen gerne über das Leverkusener Modell. 0214 / 406-8830 E-Mail: dezernat-III@stadt-leverkusen.de

Frank Stein, Stellungnahme für die Anhörung 23.04.2009 im Bayerischen Landtag zum Thema „Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern"

http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl_files/Landtagsanhoerung/09-04-23%20Stellungnahme%20Leverkusen.pdf

Rita Schillings, Flüchtlingsrat NRW – Stellungnahme zum Leverkusener Modell – 2008

http://www.fluechtlingsrat-bremen.de/wp-content/uploads/Leverkusener_Modell.pdf

Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004 http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf5620/1.pdf

Teilkonzept eines integrativen Grundkonzeptes für das Umzugs- , Auszugs- und Verbesserungsmanagement für die Beratung und Betreuung der Flüchtlinge in Wohnheimen, Köln, Sept. 2011

Eckpunkte für ein Konzept zur dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden, Leipzig 2010

Antwort zur Anfrage Nr. V/F 478 vom 04.11.11 Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Leipzig http://jule.linxxnet.de/wp-content/uploads/2011/11/V-f-478-antwort.pdf

Dokumentation zur zentralen Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt Cottbus – Chronologie der Diskussion und Projektentwicklung, Juni 2002 http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/materialienabschiebungen/wohnen

www.menschen-wuerdig.org

Asylsuchenden-Unterkünfte? Aber doch nicht bei uns!

Zehn Erwiderungen auf Argumente, die in der aktuellen Debatte um das Unterbringungs- und Betreuungskonzept für Flüchtlinge in Leipzig immer wieder fallen.

1.) „Aufgrund des sozioökonomischen Status' neigen Asylsuchende eher zu Kriminalität.“

Asylsuchende sind strukturell in vielerlei Hinsicht benachteiligt: So werden sie aufgrund ihres vermeintlich nicht-deutschen Aussehens nicht nur häufiger durch die Polizei verdächtigt und kontrolliert, sondern auch für Verstöße bestraft, die Menschen mit deutscher Staatsbürger_innenschaft gar nicht begehen können. Hierzu zählt der Verstoß gegen die Residenzpflicht, die asylsuchenden Menschen verwehrt, auch in andere Orte zu gehen als an den zugewiesenen. Kurz: Sie dürfen die Stadt/den Landkreis nicht verlassen.

Zudem berichten Medien sehr häufig im Zusammenhang mit der vermeintlich nicht-deutschen Herkunft von Tatverdächtigen. Medien sowie Polizei weisen tendenziell auf die (vermeintliche) Herkunft oder den Status hin, wenn ein Vergehen durch Asylsuchende oder Menschen ohne deutsche Staatsbürger_innenschaft begangen wurde. Dies geschieht bei Straftaten mit deutschen Täter_innen nicht. Durch die Verknüpfung einer ausländischen Staatsbürgerschaft mit einer Straftat wird der Eindruck erweckt, Menschen mit Migrationshintergrund seien krimineller als Deutsche.

Der pauschale Verweis auf einen Zusammenhang zwischen Armut bzw. struktureller Benachteiligung und Kriminalität basiert ebenfalls auf Vorurteilen. Arme Menschen verhalten sich nicht automatisch krimineller als vermeintlich Bessergestellte oder Reiche. Diese Unterstellung würde im Fall von deutschen Personen mit niedrigem, sozioökonomischen Status vermutlich zu Recht als diskriminierend und verletzend zurückgewiesen.

2.) „Durch eine Asylsuchendenunterkunft in der Nachbarschaft steigen Kriminalität und Drogenhandel.“

Eine solche Pauschalisierung offenbart verbreitete Ressentiments gegenüber Flüchtlingen: Asylsuchende seien kriminell und handeln mit Drogen. Diese negativen Vorurteile sind rassistisch, da sie Menschen in Not, die in dieses Land kommen, pauschal abstempeln.

Asylsuchende fliehen vor politischer Unterdrückung, Verfolgung, Misshandlung und Hunger in ihren Ländern. Ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben zu unterstützen, sollte Anspruch jedes Aufnahmelandes sein. Ungerechtfertigte Vorverurteilungen laufen diesem Anspruch zuwider.

3.) „Von den Flüchtlingsunterkünften geht eine Gefahr für unsere Kinder aus.“

Dies ist eine pauschale Unterstellung, für die es keine Belege gibt. Die angebliche Neigung der Flüchtlinge zu Kriminalität, Drogen usw. beruht - siehe oben - auf Vorurteilen. Asylsuchende sind genauso kinderfreundlich wie andere Menschen.

4.) „Durch Asylsuchendenunterkünfte sinken die Grundstückswerte der umliegenden Gebäude.“

Es handelt sich nicht um „klassische“ Asylunterkünfte, sondern um einzelne Wohnungen in einem Gebäude. Dass sich der Marktwert der umliegenden Gebäude minimiert, weil Asylsuchende in der Nachbarschaft leben, ist zunächst reine Spekulation. Grundstückspreise werden durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst, die sich nicht alle vollständig von den Eigentümer_innen beeinflussen lassen.

Durch die dezentrale Unterbringung in kleineren Wohneinheiten soll Asylsuchenden eine bessere, menschenwürdigere Unterbringung während ihres Asylverfahrens ermöglicht werden. Sie in eine entlegene Einöde zu verbannen, in der sie keinen Kontakt zu anderen Menschen haben, würde dem fundamental widersprechen. Leider war dies lange Zeit gängige Praxis. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar (Artikel 1 des Grundgesetzes) und muss vom Staat gewährleistet und geschützt werden.

5.) „Aufgrund der arabischen und afrikanischen Kultur müssen Frauen Angst vor Vergewaltigungen haben. Diese Kulturen sind nun einmal so.“

Dieser Aussage liegt eine kultur-rassistische Denkweise zugrunde. Es wird davon ausgegangen, dass Kulturen homogene und unabänderliche Gebilde sind, die das Handeln der in sie Hineingeborenen bestimmen. Menschen wären danach keine Individuen mehr, die sich durch Erlebnisse und persönliche Erfahrungen immerzu entwickeln.

Durch Statistiken belegen lässt sich die Befürchtung nicht. Sexuelle Gewalt geht in Deutschland meist vom unmittelbaren familiären Umfeld der_des Betroffenen aus.

6.) „Die Nachbarschaft wurde in den Entscheidungsprozess nicht ausreichend eingebunden.“

Die Stadtverwaltung hat das Konzept basierend auf einem Stadtratsbeschluss vom Juni 2010 ausgearbeitet und nun Anfang Mai der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Juni steht es in den jeweils zuständigen Stadtbezirksbeiräten auf der Tagesordnung. Dadurch und durch weitere Stadtteilversammlungen haben die Anwohner_innen die Möglichkeit, mit der Verwaltung in einen Austausch über das Konzept zu treten. Zudem hat diese die Beschlussvorlage im Stadtrat kurzfristig um einen Monat verschoben, so dass noch bis Juli weitere Hinweise und Vorschläge einfließen können.

Viel problematischer ist jedoch, dass die Verwaltung es bisher versäumt hat, die von der Maßnahme betroffenen Flüchtlinge zu informieren und in die Ausgestaltung des Konzepts mit einzubeziehen. Dies ist die wirkliche Entmündigung.

7.) „Unser Stadtteil ist infrastrukturell nicht geeignet. Es gibt deutliche bessere Orte.“

Die Aufgabenstellung der Stadt war es, neue Unterkünfte über das Stadtgebiet verteilt zu finden, damit die Flüchtlinge nicht mehr geballt an einem Ort leben müssen. Dieser Ansatz ist mit dem vorliegenden Konzept erfüllt worden. Sicherlich ist die Kritik an einzelnen Standorten und deren nicht-zentrumsnaher Lage berechtigt. Andererseits sind die Möglichkeiten der Stadt und der städtischen Wohnungsgesellschaft LWB begrenzt. Laut Aussagen der Stadtverwaltung hat sich zudem die private Wohnungswirtschaft verweigert, die Suche nach Wohnhäusern zu unterstützen.

8.) „Das Konzept der Stadt sieht keine dezentrale Unter-bringung der Asylsuchenden vor und ist deshalb abzulehnen.“

Bund und Freistaat Sachsen sehen per Gesetz die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften als Regelunterbringung vor. Eine dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden in Mietshäusern kann die Stadt Leipzig ohne eine Änderung der entsprechenden Gesetze nicht erreichen. Bisher bekommen Asylsuchende nur auf Antrag eine eigene Wohnung. Ein Positiv-Bescheid ist nur zu erwarten, wenn die Betroffenen eine amtsärztlich bestätigte schwerwiegende Erkrankung nachweisen oder eine Wohnungsunterbringung aus humanitären Gründen (z.B. Familien mit mehreren Kindern, hohes Alter, Ausbildung) empfohlen wird. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Anträge auf dezentrale Unterbringung und auch die Zahl der Bewilligungen in Leipzig erhöht.

Das vorliegende Unterbringungskonzept ist ein wichtiger ergänzender Schritt für die Asylsuchenden, die nicht in eigene Wohnungen ziehen dürfen. Es stellt im Kern eine Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen dar. Damit alle Asylsuchenden dezentral untergebracht werden können, muss Druck auf die Bundes- und Landesregierung ausgeübt werden.

9. „Es fehlen Sicherheitskonzepte für die Unterkünfte.“

Flüchtlinge gehören zur schwächsten/verwundbarsten gesellschaftlichen Gruppe. Neben Benachteiligungen durch staatliche Regelungen müssen sie auch Diskriminierung und Bedrohungen im Alltag ertragen. Die NPD hat bereits deutliche Kampfansagen gegen die neuen Asyl-Unterkünfte gemacht. Vor diesem Hintergrund ist die Erarbeitung von Sicherheitskonzepten für die neuen Standorte - durch Stadtverwaltung und Polizei - unabdingbar. Dies kann beginnen, sobald der Stadtrat das Unterbringungs- und Betreuungskonzept mit den neuen Standorten beschlossen hat.

Mit den zu entwickenden Sicherheitskonzepten muss allerdings vermieden werden, die Flüchtlinge wieder als benachteiligte Gruppe zu markieren, beispielsweise durch Umzäunungen und eine dauerhafte, ganztägige Bewachung durch Sicherheitsdienste. Das neue Konzept intendiert im Gegenteil, dass die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge erweitert wird und es bessere Möglichkeiten gibt, mit der Stadtbevölkerung in Kontakt zu kommen.

Neben polizeilichen Maßnahmen spielen bei den Überlegungen für Sicherheitskonzepte auch nachbarschaftliche Aspekte eine Rolle: ein respektvoller Umgang miteinander und ein gegenseitiges Verantwortungsgefühl stellen wichtige Grundlage dar.

10. „Das Patenschaftsmodell ist unausgegoren.“

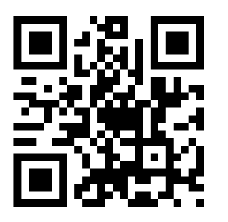
Die Stadt Leipzig möchte die Zahl der Sozialarbeiter_innen erhöhen, die den Asylsuchenden unterstützend zur Seite stehen. Auch wird ein Patenschaftsmodell für die Menschen entwickelt, mit dem individueller Kontakt zwischen Leipziger_innen und Flüchtlingen ermöglicht und verstetigt werden soll und damit ein solidarisches, vorurteilsfreies Miteinander gestärkt wird.

Kritisiert wurde in den letzten Wochen, dass das Patenschaftsmodell noch nicht durchgeplant sei. Allerdings befindet sich diese Idee genau wie das gesamte Unterbringungskonzept noch in der Diskussion. Vorschläge werden dankbar aufgenommen - genau das ist ein demokratischer Mitwirkungsprozess.

Die zentrale Voraussetzung für die Übernahme von Patenschaften und damit für stetige Kontakte zwischen Menschen, die schon lange in Leipzig leben und jenen, die als Asylsuchende nach Leipzig zugewiesen wurden, ist Offenheit und das Überwinden von Vorurteilen. Zahlreiche Wortmeldungen gegen die neuen Unterkünfte haben bewiesen, dass hier ein großer Nachholbedarf besteht.

Initiativkreis: Menschen. Würdig.

Mehr Informationen, eine Onlinepetition und einen Pressespiegel auf: www.menschen-wuerdig.org



Initiativkreis: Menschen. Würdig. - http://www.menschen-wuerdig.de

V.i.S.d.P. Clara Schumann, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig

Lager: Begriff und Funktion

von *Beate Selders, Andrea Kothen* und *Kai Weber*

Die bürokratische Sprache ist glatt wie polierter Edelstahl, an dem die Realität abgleitet. Wer kann sich schon etwas vorstellen unter Begriffen wie Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft oder einem Ausreisezentrum? Gemeint sind mit diesen neutral, gar fürsorglich anmutenden Begriffen Lager, in denen Flüchtlinge in Deutschland zwangsweise untergebracht werden.

Wenn wir in diesem Heft zentral den Lagerbegriff verwenden, steht das als analytische Kategorie für eine Flüchtlingspolitik, die mit rechtlichen und administrativen Vorgaben das Ziel verfolgt, die Betroffenen auszugrenzen, sie Lebensbedingungen weit unterhalb der sozialstaatlich gebotenen Mindeststandards zu unterwerfen und eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Der Weg in die Gesellschaft ist für Flüchtlinge in Lagern nicht vorgesehen.

Lebensbedingungen

Im ersten Jahr herrscht Arbeitsverbot, danach unterliegen die Betroffenen mindestens drei Jahre lang einer diskriminierenden „Vorrangprüfung“, das heißt, sie erhalten nur solche Jobs, für die kein Deutscher oder „bevorrechtigter“ Ausländer zur Verfügung steht. Die Höhe der staatlichen Alimente, die Flüchtlinge notgedrungen in Anspruch nehmen müssen, ist im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben. Sie ist seit Inkrafttreten dieses Gesetzes 1993 nicht erhöht worden und liegt mittlerweile mehr als 30% unter dem durch das SGB II definierten Existenzminimum für Deutsche. Aus Mangel an Alternativen und um an Bargeld zu kommen, verrichten viele gemeinnützige Arbeit und putzen in der Einrichtung. Ein Anspruch auf Sprach- oder Integrationskurse gibt es nicht.

Merkmale des Lagers sind Enge und fehlende Privatsphäre im Innern, räumliche und soziale Isolation nach außen, mehr oder weniger strenge Kontrollen, fehlende Selbstbestimmung und Entmündigung im Alltag, ein Mangel an sinnvollen Betätigungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund einer fehlenden Integrationsperspektiven.

…die abschrecken sollen

Diese politische Funktionsbestimmung ist beabsichtigt: „Zweck der gesetzlich vorgesehenen Form der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist unter anderem der, den Asylbewerbern sowohl für ihre eigene Person, als auch in Hinblick auf mögliche künftige Antragsteller vor Augen zu führen, dass mit dem Antrag auf Anerkennung als Asyl berechtigter vor dessen unanfechtbarer Stattgabe kein Aufenthalt im Bundesgebiet zu erreichen ist…“ heißt es in der Stellungnahme einer Brandenburgischen Kreisverwaltung und in der Begründung der niedersächsischen Landes regierung für die Beibehaltung des Sachleistungsprinzips heißt es:

„Der Bundesgesetzgeber geht wissend nicht von der vermeintlich kostengünstigsten Form der Leistungsgewährung aus, sondern will mittel- und langfristig die Kosten senken, da unbare Leistungen eine deutlich verminderte Anreizwirkung haben. Der Gesetzgeber nimmt durchaus in Kauf, dass bei der Leistungserbringung durch Sachleistungen der Ver waltungsaufwand höher als beim Bargeld sein kann.“

Massenunterkünfte sollen abschrecken

Insbesondere die großen Massenunterkünfte entsprechen häufig ohne Weiteres der bildlichen Vorstellung von einem Lager: Umzäunte Gelände mit Wachhäuschen, Schlafgebäude, Kantine, Verwaltungstrakt. Mancherorts gibt es ein Kinderspielzimmer, hier und da einen Bolzplatz. Es herrscht Vollversorgung und volle Kontrolle: Durchaus üblich sind Eingangs- und Ausgangskontrollen, Ausweis- und Erlaubnispflicht für Besucher/innen, Übernachtungsverbote auch für Ehepartner/innen, weit gehende Untersagung der Selbstversorgung mit Essen oder Getränken.

Ein Leben außerhalb gibt es kaum, auch wenn nicht alle Einrichtungen so isoliert im Wald liegen wie die EAE Nostorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern, acht Kilometer vom nächsten Ort entfernt. Die häufig einzigen sozialen Ansprechpartner sind vor Ort: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), zuständig für Asylantrag, Fingerabdrücke, Papiere und Transfer, manchmal Polizei und Ausländerbehörde, und eine Krankenstation, wo u.a. die obligatorischen Seuchen-Erstuntersuchungen stattfinden.



Alles Leben ist beherrscht vom Warten auf den nächsten Behördentermin und der Hoffnung auf einen Weiterleitungsbescheid in eine Kommune. “Da können die Berater noch so nett sein – die EAE ist die organisierte Langeweile, vor allem für Jugendliche”, sagt eine Flüchtlingsberaterin über die EAE Schöppingen in NRW.

Insassen werden fremdbestimmt

Im Lager gerät die Menschlichkeit der Bewohner/innen offenbar leicht aus dem Blick: Warum zum Beispiel werden im saarländischen Lebach die gemeinschaftlichen Duschräume, die sich für Hunderte Bewohner/innen in einem einzigen Gebäude befinden, von 18-10 Uhr abgeschlossen? Wieso gibt es in der EAE Karlsruhe nur einen Schlüssel für bis zu acht Bewohner/innen eines Zimmers? Was sucht eine dreiköpfige Delegation von Hausmeister, Krankenschwester und Wachpersonal bei täglichen Zimmerdurchsuchungen im Lager Eisendorf? Das thüringische Innenministerium hält dabei sogar einfache Regeln des Anstands wie Anklopfen vor dem Eintreten für verzichtbar. Offizieller Kommentar: „Es wäre nicht sachgerecht, die Besichtigung der Zimmer von der Zustimmung der Bewohner abhängig zu machen.“ (Thüringer Landtag Drs. 5/600 vom 11.3.2010).

Lager machen krank

Lager machen krank – diese banale Erkenntnis ist inzwischen durch eine Unmenge an empirischen Untersuchungen und Gutachten belegt (siehe z.B. Henning/Wießner 1982: 52). Eine angemessene Gesundheitsversorgung ist freilich in den Lagern oft nicht gewährleistet. Vor dem Hintergrund ansteigender Kosten für die medizinische Versorgung werden behördenintern stattdessen Strategien ersonnen, wie auf „überzogene“ Ansprüche der Bewohner/innen zu reagieren sei und die Kosten begrenzt werden könnten.

Insbesondere durch Krieg, Verfolgung und Flucht traumatisierte Flüchtlinge leiden nicht selten unter erheblichen (psychosomatischen) Beschwerden, werden aber von den stundenweise arbeitenden Krankendiensten oft nicht ernst genommen, auf die Zeit nach dem Transfer in die Kommunen vertröstet oder mit Schmerzmitteln abgespeist.

Eine Beraterin berichtete von einem Flüchtling, der sechs oder sieben Mal bei der Ärztin der EAE vorgesprochen hatte, und dort vergeblich Hilfe bei wiederkehrenden Alpträumen, Schmerzzuständen und psychischem Leiden suchte – bis er sich schließlich die Pulsadern aufschnitt und auf diese Weise in stationärer psychiatrischer Behandlung landete. In der hessischen EAE Gießen haben sich Flüchtlinge verwundert darüber geäußert, dass Schmerzbehandlung in Deutschland wohl auf fernöstliche Weise durchgeführt würde – durch ärztliche Verabreichung eines Teebeutels.

Menschenwürde mit Rabatt

Auch die Mindeststandards, soweit sie überhaupt existieren, verdeutlichen, dass bei Flüchtlingen die Menschenwürde „mit Rabatt“ berechnet wird: In Baden-Württemberg zum Beispiel schreibt der Gesetzgeber die Bereitstellung von 4,5 Quadratmetern (in Brandenburg sechs Quadratmeter) als Wohnraum für eine Person vor. Kochstellen, Toiletten und Duschen werden als „Gemeinschaftsräume“ von vielen Flüchtlingen genutzt und befinden sich oft in einem erbärmlichen Zustand. Oftmals gibt es Einlass- und Besuchskontrollen, auch kann die Post gewöhnlich nicht persönlich in Empfang genommen werden. In einigen Lagern gibt es auch eine Anwesenheits-Meldepflicht bei der „Heim“-Leitung. Unter solchen Bedingungen leben viele nicht übergangsweise, sondern jahrelang. Es gibt Kinder, die in den Lagern geboren und groß werden.

Keine Wahl

Lager ist freilich nicht gleich Lager: Ob eine Unterkunft als Zuhause oder als Zumutung empfunden wird, hängt nicht nur von der Zahl der Bewohner/innen ab, sondern auch vom baulichen Zustand, von der Ausstattung, vom individuellen Platz, von der Lage, dem sozialen Umfeld und so weiter. Eine großstädtische Sammelunterkunft empfinden manche als bessere Alternative zur Abgeschiedenheit einer Einzelunterbringung in strukturschwachem Gebiet oder in einem als feindlich empfundenen dörflichen Umfeld.

Im Rahmen der staatlich verordneten Zwangsunterbringung – Flüchtlinge haben nicht das Recht, bei Verwandten oder Freunden/innen zu wohnen, auch wenn diese ihnen kostenlos Wohnraum anbieten – stellen die Lager jedoch häufig die abschreckendsten Unterkünfte dar. Die Lagerproblematik ist eng verknüpft mit der mangelnden Freiheit, mangelnden Möglichkeiten aus Armut, mangelnder Freizügigkeit und fehlender Umzugserlaubnis.

Diskriminierung per Gesetz

Dass allein die Lage und die baulichen Voraussetzungen oftmals diskriminierend sind, macht folgende Begebenheit deutlich: Der Bürgermeister des Brandenburgischen Guben schlug im September 2007 vor, ALG-II-BezieherInnen, die bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft mit der Miete im Rückstand sind, sollten in die leer stehende Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber umziehen.

„Lager für ALG-II-Bezieher“ titelte die Lokalzeitung und zitierte die Empörung quer durch alle politischen Lager wie folgt: „In Not geratene Menschen dürfen nicht in einer Massenunterkunft mit unzumutbaren Gegebenheiten untergebracht werden“, der „unschöne Versuch der Ghettoisierung“ müsse verhindert werden, und „Familien können nicht in einem Asylbewerberheim am Rande der Stadt untergebracht werden“[1]

“Familien können nicht in einem Asylbewerberheim am Rande der Stadt untergebracht werden.”

Asylsuchende gelten, das führen diese Zitate eindrücklich vor Augen, als eine andere Kategorie Mensch. Sie erscheinen nicht als Familien, als alleinerziehende Mütter oder Väter, als Menschen mit verschiedenen Berufen, als Jugendliche, Alte oder Kranke, kurz als Menschen mit je individuellen Lebenssituationen, Biografien, Fähigkeiten und Zielen. Die systematische Ausgrenzung und Stigmatisierung durch diskriminierende Sondergesetze nährt fremdenfeindliche und rassistische Fantasien in der Bevölkerung von den „Asylanten, die durchgefüttert werden“, „uns auf der Tasche“ liegen, in betrügerischer Absicht kommen, ohne Fluchtgründe, wegen der Sozialhilfe oder attraktiver Jobs. Eine bedrohliche Gruppe, die man abwehren muss.

Die Grenzen guten Willens

Es gibt in den Aufnahmelagern für Flüchtlinge natürlich auch Angestellte, die sich Mühe geben, den Betroffenen den Lebensalltag im Lager zu erleichtern und die Bedingungen zu verbessern. In Braunschweig oder Trier erhalten Asylsuchende beispielsweise engagierte soziale Begleitung durch professionelle, mit Landesmitteln finanzierte Sozialdienste. An der politisch gewollten Funktion der Lager, Flüchtlinge auszugrenzen und eine Integration zu verhindern, kann freilich auch eine gutwillige Lagerverwaltung nur begrenzt etwas ändern. Um so wichtiger ist es, mit ihr ins Gespräch zu kommen.

Totale Institution

Lager haben eine Tendenz zur „totalen Institution“, sie schaffen Bedingungen, unter denen auch kleine Angestellte plötzlich ungeahnte Machtbefugnisse über die aufgenommenen Menschen erhalten. Während die einen diese Macht auskosten werden andere durch formale Auflagen und Anweisungen zu einem Verhalten verpflichtet, das sie selbst nicht für richtig halten. Die Spielräume sind gering.

Demütigungen und Entwürdigungen sind keine originellen Auswüchse, sondern in vielen Lagern innerhalb und außerhalb der Erstaufnahme Alltag und letztlich Folge jedes Lagersystems. Wenn beispielsweise ein Flüchtling im Notfall nachts ärztliche Hilfe braucht und keinen Zugang zu einem Telefon oder kein Geld dafür hat, entscheidet oftmals ein – gutwilliger oder weniger gutwilliger, regelmäßig aber medizinisch ungeschulter Pförtner oder Hausmeister darüber, ob ein (teurer) Notarztbesuch erforderlich ist oder nicht. Die Ausgabe von Duschmarken oder Terminen für eine Waschmaschinenbenutzung, oder auch die Erteilung von Reisegenehmigungen für den Besuch von Angehörigen außerhalb des Lagers werden zu hoheitlichen Formen der Machtausübung, an die gegebenenfalls auch Bedingungen geknüpft werden. Alltägliche, selbstverständliche Menschenrechte werden in ein System von „Belohnung“ und „Bestrafung“ eingebaut, das die Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder los werden will.

Insofern bleibt als politische Forderung nur eins: Wir wollen keine „schöneren“ Lager, wir wollen einen anderen Umgang mit Flüchtlingen.

Die Lager müssen weg.







[1] Landkreises Oberspreewald-Lausitz zur Klage gegen den Umzug nach Bahnsdorf v. 20.11.2007.

[2] Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 17.09.2008; TOP 27/28 Wertgutscheinpraxis - Rede von Innenminister Uwe Schünemann zu den Anträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

[3] Selders, 2009, *Lausitzer Rundschau vom 5.9.2007*).

